Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

1882.



Detmold.
Verlag von C. Schenk.
Druck von F. Böger.



Inhaltsverzeichniß.

№		Seite
1.	Bekanntmachung, die Feststellung der im Jahre 1882 bei Ablösung von Korngefällen und Naturalzehnten in Anwendnng kommenden Kornpreise betreffend, vom 31. December 1881	367
2.	Bekanntmachung, die Ausführung der §§ 101 bis 108 des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 und der §§ 15, 16 und 22 der Novelle vom 4. April 1874 betreffend, vom 22. Februar 1874	369
3.	Bekanntmachung, das Zusatzprotokoll vom 21. December 1881 zu dem Deutsch-Schweizerischen Niederlassungsvertrage vom 27. April 1876 betreffend, nebst dem Verzeichnisse der Schweizer-Behörden, welche befugt sind, über die Staatsangehörigkeit in der Schweiz Erklärungen und Anerkenntnisse auszustellen. Vom 25. Januar 1881	383
4.	Circular-Verfügung an die Verwaltungsämter und Magistrate, die Fortschreibung der in den Gebäudesteuer-Katastern eintretenden Veränderungen betreffend, vom 30. Januar 1882	389
5.	Bekanntmachung, die Verleihung der Rechte einer juristischen Person an den lippischen landwirthschaftlichen Hauptverein betreffend, vom 2. Februar 1882	399
6.	Bekanntmachung, die Festsetzung der Ablösungspreise für kleine Naturalabgaben während des Zeitraumes vom 9. Februar 1882 bis dahin 1888 betreffend, vom 10. Februar 1882	401
7.	Bekanntmachung, Einlagen von 50 Pfennigen in die Landessparkasse betreffend, vom 14. Februar 1882	403
8.	Bekanntmachung, die Prüfung der Apothekergehülfen betreffend, v. 27. Febr. 1882	405
9.	Bekanntmachung, die Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern betreffend, vom 3. April 1882	407
10.	Bekanntmachung, betreffend Abänderung und Ergänzung des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands, vom 30. März 1882	437
11.	Bekanntmachung, die in der Bekanntmachung vom 10. Februar l. J. geschehene Festsetzung der Ablösungspreise für kleine Naturalabgaben während des Zeitraumes vom 9. Februar 1882 bis dahin 1888 betreffend, vom 6. April 1882	440
12.	Gesetz, Maßregeln gegen die Reblaus betreffend, vom 6. April 1882	441
13.	Gesetz, die Ergänzung der Bestimmung in § 2c des Gesetzes vom 6. Juni 1868 über die Klassensteuer und die klassificirte Einkommensteuer betreffend, vom 6. April 1882	443
14.	Gesetz, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, vom 8. April 1882	445
15.	Allgemeine Verfügung, betreffend die Aufbewahrung und Vernichtung der Akten bei den Justizbehörden, vom 15. April 1882	447
16.	Bekanntmachung, Abänderung der Instruction zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen betreffend, v. 7. Mai 1882	451
17.	Verordnung, den Verkauf von Giften in den Apotheken betreffend, v. 9. Mai 1882	452
18.	Bekanntmachung, eine Abänderung in dem unter dem 25. Januar d. J. veröffentlichten Verzeichniß der zur Anerkennung der Staatsangehörigkeit befugten schweizerischen Behörden betreffend, vom 11. Mai 1882	453

№		Seite
19.	Allgemeine Verfügung, die Zuständigkeit der Militärbehörden bei erfolgter Pfändung des Diensteinkommens und der Pensionen der Officiere und Beamten im Ressort der Königlich Bayerschen, Königlich Würtembergischen und Königlich Sächsischen Militärverwaltung betreffend, vom 19. Mai 1882	455
20.	Allgemeine Verfügung, die Bezeichnung der Vertreter der Parteien bei Abfassung der Urtheile in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betreffend, vom 31. Mai 1882	467
21.	Verordnung, die Einrichtung von Strafregistern und die wechselseitige Mittheilung der Strafurtheile betreffend, vom 16. Juni 1882	469
22.	Allgemeine Verfügung zur Ausführung der vom Bundesrathe in seiner Sitzung vom 16. Juni 1882 beschlossenen Verordnung, die Einrichtung von Strafregistern und die wechselseitige Mittheilung der Strafurtheile betreffend. Vom 24. Juli 1882	497
23.	Gesetz, den Eigenthumserwerb an Grundstücken und deren dingliche Belastung betr., vom 27. Juli 1882	507
24.	Gesetz, die Grundbuchordnung vom 27. Juli 1882 betreffend, vom 27. Juli 1882	521
25.	Gesetz, die Einführung des Gesetzes über den Eigenthumserwerb an Grundstücken und deren dingliche Belastung vom 27. Juli 1882 und der Grundbuchordnung vom 27. Juli 1882 betreffend, vom 27. Juli 1882	553
26.	Anweisung zur Ausführung des Gesetzes vom 8. April 1882, betr. die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, vom 10. August 1882	563
27.	Bekanntmachung bezüglich der Stellen, welche nach Maßgabe der von dem Bundesrathe beschlossenen „Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militairanwärtern" im hiesigen Lande mit Militairanwärtern zu besetzen sind, vom 2. September 1882	571
28.	Bekanntmachung, die Vollziehung der im hiesigen Lande erkannten Zuchthausstrafen betreffend, vom 16. September 1882	573
29.	Allgemeine Verfügung, die Ausstellung der Zeugnisse zum Zwecke der Bewilligung des Armenrechtes betreffend, vom 29. September 1882	575
30.	Bekanntmachung, die Einführung der Pharmacopoea Germanica. Editio altera. betreffend, vom 30. September 1882	577
31.	Bekanntmachung, einen Nachtrag zu dem Uebereinkommen verschiedener Staaten wegen Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei vom 3. December 1877 betreffend, vom 14. October 1882	579
32.	Verordnung, den Termin für den Amtsantritt der Kirchenvorsteher und Stellvertreter wie der Klassensuperintendenten betreffend, vom 19. October 1882	583
33.	Verordnung, die Abänderung des § 17 wegen der Kirchenvorstände ꝛc. vom 18. Februar 1876 betreffend, vom 19. October 1882	584
34.	Verordnung, den Beitritt der lutherischen Gemeinden des Landes zur Landessynode betreffend, vom 19. October 1882	584
35.	Bekanntmachung, die Bestimmung über die Zusammensetzung und den Geschäftsbetrieb der literarischen, musikalischen, künstlerischen, photographischen und gewerblichen Sachverständigen-Vereine betreffend, vom 30. October 1882	589
36.	Bekanntmachung, die in den Apotheken zulässigen Waagen betreffend, vom 1. November 1882	591
37.	Gesetz, die Hebung der Grundsteuer von den Liegenschaften betreffend, vom 9. November 1882	593
38.	Verordnung, die Organisation der Kataster-Verwaltung betreffend, v. 9. Nov. 1882	594
39.	Verordnung, die Abänderung des § 6 der Verordnung wegen der Emeritirung der reformirten Pastoren des Landes vom 29. Aug. 1878 betreffend, v. 16. Nov. 1882	597
40.	Allgemeine Verfügung, die Verpflichtung zur Tragung der durch die Arrestation, die Verpflegung und den Transport von Bettlern, Vagabunden u. s. w. verursachten Kosten betreffend, vom 23. November 1882	599
41.	Verordnung, die Hebung der Grundsteuer von den Liegenschaften betreffend, vom 28. December 1882	601

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 4. Januar 1882.

№ 1.

Bekanntmachung,

die Feststellung der im Jahre 1882 bei Ablösung von Korngefällen und Naturalzehnten in Anwendung kommenden Kornpreise betreffend.

Die nach § 46 der Ablösungsordnung vom 4. September 1838 und nach der Bekanntmachung vom 9. Februar 1864 bei Ablösung von Korngefällen und Naturalzehnten in Anwendung kommenden Kornpreise betragen für das Jahr 1882:

	pro Scheffel,	pro Neuscheffel,
für Weizen	6 ℳ 03 ₰	6 ℳ 81 ₰
„ Roggen	4 „ 76 „	5 „ 37 „
„ Gerste	3 „ 90 „	4 „ 40 „
„ Hafer	2 „ 92 „	2 „ 83 „
„ Rauhfutter	4 „ 76 „	5 „ 37 „

Detmold, den 31. December 1881.

Fürstlich Lippische Ablösungs-Commission.

A. Steneberg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 28. Januar 1882.

№ 2.

Nachstehende Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 22. Februar 1875, welche damals durch das Centralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht ist, wird hierdurch den betreffenden Behörden und Privatpersonen zur Kenntniß gebracht.

Detmold, den 19. Januar 1882.

Fürstlich Lippische Regierung.
Eschenburg.

Bekanntmachung,

betreffend die Ausführung der §§ 101 bis 108 des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 und der §§ 15, 16 und 22 der Novelle vom 4 April 1874. Vom 22. Februar 1875.

Auf Grund der Vorschrift im Artikel 7 Ziffer 2 der Reichsverfassung hat der Bundesrath nachstehende

Bestimmungen

zur Ausführung der §§ 101 bis 108 des Militairpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 (Reichs-Gesetzblatt S. 275)
und der §§ 15, 16 und 22 der Novelle vom 4. April 1874 (Reichs-Gesetzblatt S. 25)

beschlossen:

I. zu § 101.

Pensionsempfänger, welche sich im Auslande (außerhalb des Reichsge-

biets) aufhalten, müssen die Abhebung ihrer Pension im Inlande — entweder in eigener Person oder durch Bevollmächtigte — bewirken.

Die inländischen Kassen und Behörden sind zu Geldsendungen und Korrespondenzen mit den im Auslande lebenden Pensionären nicht verpflichtet, es ist vielmehr Sache dieser letzteren, den Kassen und Behörden alle diejenigen Vorlagen zu machen, welche für die Zahlbarmachung der Pension erforderlich sind, wozu namentlich das Lebensatteſt und der Nachweis gehört, daß der Pensionär nicht durch ununterbrochenen zehnjährigen Aufenthalt im Auslande das deutsche Indigenat verloren hat.

Den Nachweis, daß er aus anderem Grunde das deutsche Indigenat nicht verloren habe, hat der Pensionär nicht zu führen. Wird der Zahlstelle bekannt, daß der Pensionär dasselbe aus irgend einem Grunde verloren hat, so ist die Zahlung der Pension einzustellen.

Die Prüfung der von den Pensionsempfängern selbst oder von deren Bevollmächtigten vorzulegenden Schriftstücke, insbesondere auch der Vollmachten selbst, ist Sache der zahlenden Kasse.

Hinsichtlich derjenigen Pensionsempfänger, welchen beim Erscheinen der gegenwärtigen Bestimmungen ihre Pensionen bereits in das Ausland gezahlt werden, verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

II. zu § 102.

A. Unter den Pensions- und Verstümmelungszulagen sind nur die in den §§ 71 und 72 aufgeführten Zulagen, nicht aber auch die Dienstzulagen (§ 74) zu verstehen.

Behufs der erforderlichen Unterscheidung der verschiedenen Zulagen haben die Militär-Intendanturen, beziehungsweise die Marine-Intendantur in den Pensions-Zugangs-Nachweisungen die Zulagen nach § 71 als Kriegszulage, nach § 72 als Verstümmelungszulagen, nach § 74 als Dienstzulage zu bezeichnen.

B. 1. Der Aufenthalt in einem Militärkurhause oder in einer militärischen Heilanstalt zum Zwecke einer Bade- oder Brunnenkur fällt unter die Vorschrift des § 102 b. Sonstige zu derartigen Kurzwecken gewährte Unterstützungen sind auf die Fortzahlung der Invalidenpension einflußlos.

2. Unter „Familie" im Sinne des § 102 b, sind außer der Ehefrau und der ehelichen Nachkommenschaft (Kinder, Enkel) auch die Eltern und Großeltern des Pensionärs zu verstehen, sofern dieser der einzige Ernährer derselben ist.

3. Die bezeichneten Anstalten haben von jeder Aufnahme und Entlassung eines Pensionsempfängers derjenigen Behörde, auf deren Pensionsetat der Pensionär steht, unter genauer Angabe des Tages der Aufnahme, sowie des Tages der Entlassung aus der Anstalt, behufs der Pensionsregulirung unverzüglich Mittheilung zu machen.

4. Die Zahlung der Pension und etwaigen Zulagen erfolgt für den Monat der Aufnahme und Entlassung gemäß § 99 stets in vollen Monatsbeträgen.

Etwaige Marschkompetenzen, welche behufs der Aufnahme in die Anstalt oder bei Entlassung aus derselben zur Erreichung des Heimathsortes dem Invaliden gewährt werden, kommen auf die Pensionsbeträge nicht in Anrechnung.

5. Erfolgt die Invaliditäts-Anerkennung von Mannschaften erst während ihres Aufenthalts in einer der bezeichneten Anstalten, so haben die zuständigen Militärbehörden die zur Erhebung der Pension 2c. berechtigenden Legitimationspapiere der Anstalt zur Aufbewahrung und späteren Aushändigung an den Pensionär zu übersenden.

C. 1. Sobald die Aufnahme eines pensionsberechtigten Invaliden in einer Zivilstelle oder zu einer Beschäftigung im Zivildienst erfolgt ist, hat die anstellende Behörde demselben das Quittungsbuch, welches fortan nach dem beiliegenden Schema angefertigt wird, abfordern und in dasselbe betreffenden Orts das Anstellungs- beziehungsweise Beschäftigungsverhältniß eintragen zu lassen unter Angabe:

a) der Art der Anstellung oder Beschäftigung, wobei insbesondere ersichtlich zu machen ist, ob dem Angestellten oder Beschäftigten die Eigenschaft eines Beamten beiwohnt oder nicht (vergl. zu § 106);

b) des Tages des Beginns der Anstellung 2c.;

c) des Diensteinkommens (Entgelt), welches für die Wahrnehmung der Stelle oder für die Beschäftigung gewährt wird, unter genauer Bezeichnung der Art und des Betrages desselben, sowie des Zeitpunktes, von welchem ab die Gewährung stattfindet. Bezüglich der Art des Diensteinkommens ist namentlich anzugeben, ob dasselbe in festen oder ungewissen Hebungen besteht; bezüglich des Betrages desselben, welchen Geldwerth die etwa einbegriffenen Naturalien und Nutzungen haben und wie viel vom Gesammtbetrage des Einkommens zu Ausgaben für Dienstbedürfnisse (§ 103) in Abrechnung zu bringen ist.

Besteht das Einkommen ganz oder zum Theil in ungewissen Hebungen (z. B. Exekutionsgebühren, Tantiemen), so werden da, wo mit der Stelle ein Aufwand von Reise- und Zehrungskosten verbunden ist, 50 Prozent des ermittelten unfixirten Einkommens, und zwar wenn das Diensteinkommen ganz in unfixirten Hebungen besteht, aber nach dem Durch-

schnitt nicht 50 Mark monatlich erreicht, als Mindestbetrag 25 Mark monatlich in Abzug gebracht.

Demnächst ist das Quittungsbuch der die Pension feststellenden Behörde behufs der Prüfung und etwaigen Richtigstellung, sowie zur Regelung der Pensionskompetenzen zu überreichen.

2. Diese Behörde hat insbesondere auf Grund der Vorschriften des Gesetzes vom 27. Juni 1871 beziehungsweise der Novelle vom 4. April 1874 festzustellen, bis zu welchem Zeitpunkte der Angestellte 2c. die Pension unverkürzt zu beziehen hat, von wann ab die Einziehung oder Kürzung derselben einzutreten und letzteren Falls, in welchem Betrage die Kürzung zu erfolgen hat.*)

Diese Festsetzungen sind in das Quittungsbuch den Angaben über das Anstellungsverhältniß gegenüber einzutragen. Auch ist der Kasse, aus welcher der Pensionär seine Pension bezieht, die entsprechende Anweisung zu ertheilen.

3. Nach erfolgter Regelung erhält die Anstellungsbehörde das Quittungsbuch zurück, theilt die darin enthaltene Regelungsverfügung dem Invaliden mit und läßt ihn, daß solches geschehen, durch Namensunterschrift anerkennen. Hiernächst ist das Quittungsbuch dem Inhaber wieder auszuhändigen, demselben aber behufs Aufbewahrung wieder abzufordern, sobald er zur Erhebung irgend welcher Invalidenkompetenzen nicht mehr berechtigt ist.

4. Um den regelmäßigen Empfang der Invalidenpension durch die Abforderung der Quittungsbücher nicht zu stören, haben Abforderung und Rückgabe in der Zeit zwischen dem zweiten und letzten Tage eines und desselben Monats stattzufinden.

5. Die in den Dienst- und Einkommenverhältnissen der angestellten Pensionsempfänger vorkommenden Veränderungen, sowie die Entlassung der Angestellten sind von den anstellenden Behörden in die Quittungsbücher, unter Angabe des Zeitpunktes der Veränderung und der Höhe des anderweiten Diensteinkommens, und bei Entlassungen unter Bezeichnung des Tages, bis zu welchem das Diensteinkommen bezogen wird, einzutragen und zur Bewirkung der nöthigen Festsetzungen (vergl. Nr. 1 und 2 vorstehend) der zuständigen Behörde zu übersenden.

---

*) Personen, welche sich im Besitze der Pensionszulage für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins (§ 12 der Novelle vom 4. April 1874) befinden, verlieren dieselbe mit Ablauf des Monats, in welchem die Anstellung oder Beschäftigung erfolgt ist, nicht nur bei einer etwaigen Anstellung oder Beschäftigung in einem unter den Begriff des § 106 fallenden Zivildienste, sondern bei jeder Anstellung oder Beschäftigung, welche die Zivilversorgungsberechtigung zur Voraussetzung hat, — also namentlich auch bei einer Verwendung im Dienste solcher Privat-Eisenbahnverwaltungen, welchen die Verpflichtung zur Annahme Zivilversorgungsberechtigter auferlegt ist.

Bei Entlassungen sind die Quittungsbücher dieser Behörde so zeitig vorzulegen, daß die Aushändigung an die Inhaber noch bis zum Entlassungstage erfolgen kann.

6. Die in den Händen der Invaliden befindlichen Quittungsbücher älterer Art sind bei der Annahme durch Hinzufügung des nöthigen Papiers in entsprechender Weise zu vervollständigen.

7. Der Monat, in welchen der Beginn einer Anstellung oder Beschäftigung fällt, zählt bei Berechnung der Fortgewährung der Pension während der ersten sechs Monate der Anstellung ꝛc. nicht mit und zwar auch dann nicht, wenn die Anstellung oder Beschäftigung mit dem ersten Tage des Monats begonnen hat.

8. Fällt der Zeitpunkt, mit welchem die Zahlung des Diensteinkommens beginnt, nicht mit dem Zeitpunkte des Beginns der Anstellung oder Beschäftigung zusammen, so ist für den Fortbezug der Pension der *erstere* Zeitpunkt als der maßgebende anzusehen.

9. Sind Invaliden bereits vor ihrer Entlassung aus dem Militärdienste im Zivildienste beschäftigt worden, so werden die 6 Monate des Bezugsrechts der Invalidenpension von dem Zeitpunkte ab gerechnet, mit welchem der Pensionsbezug nach Maßgabe der Invalidisirung seinen Anfang zu nehmen hat.

10. Der Fortbezug der Invalidenpension auf die Dauer von 6 Monaten, mit der im § 104 und den bezüglichen Ausführungsbestimmungen (s. unten zu § 104) gegebenen Beschränkung, findet bei jeder wechselnden Anstellung oder Beschäftigung im Zivildienste statt.

11. Diejenigen Theilnehmer am Kriege von 1870/71, deren Invalidität durch diesen Krieg verursacht, und welche demgemäß als Kriegsinvaliden anerkannt worden sind, werden nach der Bestimmung des § 102 c. behandelt, auch wenn ihre Anstellung oder Beschäftigung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, d. i. vor dem 21. Juli 1871 erfolgt ist.

12. Auf die übrigen bereits *vor* dem 21. Juli 1871 im Zivildienste angestellten oder beschäftigten Pensionsempfänger findet der § 102 c. keine Anwendung.

Auf die *nach* dem 21. Juli 1871 im Zivildienste angestellten oder in Beschäftigung getretenen Pensionsempfänger, welche nach den früheren Versorgungsgesetzen pensionirt worden sind, findet der § 102 c. nur dann Anwendung, wenn dieser ihnen günstiger ist, als die früheren diesfälligen Vorschriften.

(Vergl. zu 11 und 12: § 112 des Gesetzes und §§ 17 und 23 der Novelle.)

III. Zu § 103 des Gesetzes und §§ 15 und 22 der Novelle.

1. Die Dienstzulage (§ 74) wird als Theil der Pension bei Ermittelung des Doppelbetrages derselben mit zur Berechnung gezogen.

2. Die Zuschüsse, welche den nicht mit festem Einkommen, sondern gegen Tantieme, Gebühren, Kopialien oder ähnliche Bezüge im Zivildienst angestellten oder beschäftigten Pensionsempfängern aus der Pension bewilligt werden, sind nach Maßgabe des wirklich bezogenen Diensteinkommens (vergl. II. 1 c.) von der Behörde, welche den Pensionsempfänger angestellt hat, im Laufe des Jahres vorschußweise zu berichtigen, und im Monat Januar des folgenden Jahres derjenigen Behörde, auf deren Militärpensionsetat der Empfänger steht, beziehungsweise welche die Zahlung der Pensionen für die betreffenden Marinepensionäre zu bewirken hat, unter Beifügung einer Uebersicht des wirklichen Diensteinkommens zur Feststellung und Erstattung nachzuweisen.

Die Zuschüsse für die Marinepensionäre hat die Behörde, von welcher die vorschußweise Zahlung geleistet worden ist, der General-Militärkasse, als der Zahlstelle für die Reichsmarine, zur Wiedererstattung in Anrechnung zu bringen

3. Die Zahlbarkeit der erhöhten Zuschüsse aus § 15 Absatz 1 der Novelle beginnt für alle bereits vor dem 1. April 1874 im Zivildienst angestellten oder beschäftigten Pensionäre mit dem Monat des Inkrafttretens dieser Novelle (April 1874); für die im Zivildienste später angestellten oder beschäftigten Pensionsempfänger nach Ablauf der im § 102 c. gegebenen Frist.

Für die Zahlbarkeit der Zuschüsse aus Absatz 2 a. a. O. ist nach Maßgabe des § 22 ebenda der Monat April 1874 der früheste Termin.

IV. zu § 104.

1. Unter wechselnden Anstellungen oder Beschäftigungen im Sinne des Paragraphen sind Anstellungs- beziehungsweise Beschäftigungsverhältnisse zu verstehen, welche durch eine dazwischen liegende, mit dem Wegfall des Diensteinkommens verbundene Entlassung des angestellten oder beschäftigten Pensionärs von einander getrennt sind.

Ob die Entlassung mündlich oder schriftlich, freiwillig oder unfreiwillig erfolgt ist, ob zwischen der Entlassung und der etwaigen Wiederanstellung im Zivildienste ein Zeitraum liegt, oder ob der Pensionär nach der Entlassung aus seinem bisherigen Dienstverhältnisse in ein anderes unmittelbar übergeht, kommt bei der Anwendung des § 104 nicht in Betracht.

Dagegen gelten Beförderungen und Versetzungen in andere Stellen desselben Verwaltungsressorts nicht als wechselnde Anstellungen oder Beschäftigungen im Sinne des § 104 des Gesetzes.

2. Bei Dienstverrichtungen gegen stückweise Bezahlung, gegen Boten-, Tage- oder Wochenlohn oder bloßen Kopialienverdienst, sofern diese Beschäftigungen überhaupt unter den Begriff „Zivildienst" im Sinne des § 106, Absatz 1 (s. unten) fallen, ist jede mit einem Wegfall des bezüglichen Einkommens verbundene Unterbrechung einer Entlassung und jeder demnächstige Neubeginn einer derartigen Beschäftigung einer Wiederanstellung im Sinne des § 104 gleich zu achten.

3. Scheidet ein Pensionär aus der Zivilstelle im Laufe eines Monats unter gleichzeitigem Verluste seines Diensteinkommens, so beginnt die Pensions- 2c. Zahlung mit dem ersten Tage desselben Monats.

4. Hat bei wechselnder Anstellung oder Beschäftigung der Pensionär in dem vorherigen Anstellungs- oder Beschäftigungsverhältniß die Pension für den nach § 102 c. des Gesetzes zulässigen Zeitraum in einem und demselben Kalenderjahre bezogen, so kann ihm in demselben Kalenderjahre beim Antritt der neuen Stelle 2c. die Pension nur für den Monat des Antritts gewährt werden; für die folgenden sechs Monate der neuen Beschäftigung 2c. tritt die Pensionsgewährung nur insoweit ein, als dieselben in das nächste Kalenderjahr fallen.

5. Bei wechselnden Anstellungen oder Beschäftigungen der nach den früheren Versorgungsgesetzen Pensionirten findet der § 102 c nur dann Anwendung, wenn dies den Pensionirten günstiger ist, als die Anwendung der früheren Vorschriften.

V. zu § 105.

Wegen Wiedereinziehung etwa überhobener Pensionsbeträge durch Gehalts- oder Pensionsabzüge ist das Erforderliche von der Behörde zu verfügen, welche die Pension festzustellen hat. Die Höhe der Abzüge nach Bewandtniß der Umstände festzusetzen, bleibt derselben in jedem besonderen Falle überlassen.

VI. zu § 106.

1. Nach den in § 106 enthaltenen Grundsätzen ruht das Recht auf den Bezug der Pension und Dienstzulagen — nach Ablauf des in § 102 c bezeichneten Zeitraums — für alle Pensionäre, welche gegen Entgelt als Beamte angestellt oder beschäftigt sind, gleichviel in welcher Weise ihnen das mit ihrer Stellung verbundene Einkommen gewährt wird, namentlich ob letzteres seinem Gesammtbetrage nach ein bestimmtes ist oder ob es in einzelnen durch das Maß der Leistungen bedingten Bezügen besteht.

2. Im Allgemeinen gelten alle Stellen des im § 106 Absatz 1 bezeichneten Dienstes, welche nach den maßgebenden Bestimmungen ganz oder zum Theil mit Militäranwärtern zu besetzen sind, für das hier in Frage kommende Verhältniß als Beamtenstellen. Pensionäre, welche gewisse Ar-

ten niederer Dienstverrichtungen versehen (Lohnschreiber, Wärter, Wächter, Boten, Hausdiener und dergleichen mehr), sind jedoch nur dann als Beamte anzusehen, wenn ihre Annahme nicht bloß aushülfsweise und vorübergehend, sondern zur Befriedigung eines dauernden Bedürfnisses und mit der Aussicht auf dauernde Beschäftigung erfolgt.

In Zweifelsfällen ist die Frage, ob ein Pensionär in der ihm übertragenen Stelle oder Beschäftigung als Beamter anzusehen ist, zunächst von der anstellenden Behörde zu entscheiden, die getroffene Entscheidung aber, falls dieselbe nicht von einer Zentralbehörde erfolgt ist, von der die Pension feststellenden Behörde zu kontroliren. Die letzte Entscheidung steht in streitigen Fällen der obersten Militär-Verwaltungsbehörde des Kontingents zu (§§ 114 und 116). Dieselbe wird indessen bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der anstellenden und der kontrolirenden Behörde vor ihrer definitiven Entscheidung mit der, der anstellenden Behörde vorgesetzten obersten Instanz in Benehmen treten und dabei etwa hervortretende Differenzen prinzipieller Bedeutung durch Vermittelung des Reichskanzler-Amtes zur vorgängigen Entscheidung des Bundesraths bringen.

3. Unter den im § 106 aufgeführten Gemeindekassen sind nur die Kassen der politischen Gemeinden zu verstehen.

Kirchen- und Schulgemeinden kommen nur insoweit in Betracht, als die Dienstbesoldungen bei denselben ganz oder theilweise aus Staats- oder Gemeindekassen bestritten werden.

VII. zu §§ 107 und 108 des Gesetzes und § 16 der Novelle.

1. Die vorbezeichneten Bestimmungen kommen auch dann zur Anwendung, wenn die von den Invaliden erdiente Militärpension vor der Anstellung oder Beschäftigung im Zivildienste thatsächlich nicht zur Anweisung gelangt ist.

2. Die aus dem Zivil-Reichs- und Staatsdienste scheidenden Pensionäre, denen die ihnen schon früher zuerkannte Invalidenpension nach den vorbezeichneten Bestimmungen angewiesen wird, haben diese Pension

a) falls sie der Armee angehört haben, aus Militärpensionsfonds;
b) falls sie aus der Marine hervorgegangen sind, aus dem Marinepensionsfonds;
c) falls ihnen daneben gleichzeitig eine Zivilpension zuerkannt ist, aus Zivilfonds zu erheben, welchen letzteren der Betrag der verauslagten Militärpension am Jahresschlusse aus dem Militärpensionsfonds zu erstatten ist.

3. Auf die aus dem Kommunal- und Instituten- 2c. Dienste in das Pensionsverhältniß übertretenden Pensionäre finden die Bestimmungen des § 107 gleichmäßig Anwendung, sofern bei ihrer Pensionirung die

früher zurückgelegte Militärdienstzeit als pensionsfähige Dienstzeit mit in Anrechnung gebracht worden ist.

In den Fällen des § 108 ist der Betrag der Pension, welche dem Invaliden aus der von ihm im Kommunal- und Institutendienste bekleideten Stelle unter Zugrundelegung seiner gesammten pensionsfähigen Dienstzeit zu gewähren sein würde, von der zuständigen Verwaltungsbehörde festzustellen und damit zugleich der Zuschuß zu bestimmen, welcher ihm (nach Maßgabe des § 108) neben der effektiv gewährten Zivilpension aus der Invalidenpension für Rechnung des Militär- resp. Marinepensionsfonds zu zahlen ist.

4. Behufs Erstattung der nach Nummer 1 c. aus Zivilfonds verauslagten Militärpensionen der Armee ist am Jahresschlusse eine spezielle Nachweisung aufzustellen. Diese Nachweisung, welche von der zuständigen Behörde zu prüfen und dahin zu bescheinigen ist:

„daß der aus Militärpensionsfonds erstattete Betrag von . . . . Mark bei den im Laufe des Jahres 18 . . an Pensionen der . . . . . Verwaltung gebuchten, rechnungsmäßigen Ausgaben zwar nachrichtlich nachgewiesen, aber nicht in Aufrechnung gebracht ist"

dient zur Justifizirung der Militärpensionsrechnung.

Für Pensionäre der Marine ist am Jahresschlusse eine besondere Nachweisung aufzustellen und derjenigen Behörde, welche die Zahlung der bezüglichen Pensionen, zu bewirken hat, zur Erstattung zu übersenden. Diese Nachweisung, welche in analoger Weise, wie vorstehend festgesetzt, zu bescheinigen ist, ist der General-Militärkasse, welche den bezüglichen Betrag zu erstatten hat, zu übersenden und dient zur Justifizirung der Marinepensionsrechnung.

5. Bei den aus dem Kommunal- und Institutendienste in das Pensionsverhältniß übertretenden Pensionären ist von ihren Behörden der Tag des Ausscheidens aus dem Dienste und des Beginns der Pensionszahlung unter Angabe der Höhe der Pension in das Quittungsbuch einzutragen und dieses der zuständigen Behörde zur Zahlbarmachung der Invalidenpension beziehungsweise des Zuschusses vorzulegen.

6. Bei Berechnung des aus Zivilfonds zu bestreitenden Betrages bleiben nur die Kriegszulage (§ 71) und die Verstümmelungszulagen (§ 72) außer Betracht, während die Dienstzulage (§ 74) mit zur Berechnung zu ziehen ist.

7. Die Gewährung und Bestreitung der Invalidenpension nach den Festsetzungen der §§ 107 und 108 tritt nur in denjenigen Fällen ein, in denen der Uebertritt aus dem Zivildienst in den Ruhestand nach dem 21. Juli 1871 erfolgt ist resp. noch erfolgt.

Alle vor diesem Zeitpunkte bereits stattgefundenen Pensionsregulirungen bleiben zu Recht bestehen.

Berlin, den 22. Februar 1875.

Der Reichskanzler.
In Vertretung:
Delbrück.

Quittungsbuch

des

invaliden .....

vom .....

(Geldbetrag) Invalidenpension,
" Dienstzulage,
" Kriegs- resp. Verwundungszulage,
" Verstümmelungszulage,
" .....zulage.

Summe .....

.....

Laut Anweisung vom .....ten .....

vom .....ten ..... ab.

Zahlung

aus der .....Kasse zu .....

Kat.....Lit.....Fol.....Nr.....

Verpflichtungs-Bestimmungen für die Invaliden.

1. Der Invalide ist verpflichtet, Ende Juni und Ende November jeden Jahres von der Ortsobrigkeit, in größeren Orten von den Polizeibeamten, in deren Bezirk er wohnt, die neben den Empfangsmonaten befindliche Verhandlung ausfüllen zu lassen. Ohne dies erfolgt keine weitere Zahlung.
2. Das Quittungsbuch ist sorgfältig aufzubewahren. Verliert der Invalide dasselbe dennoch, so trifft ihn der etwaige Schaden. In einem solchen Falle hat er übrigens der Ortsbehörde und der zahlenden Kasse sofort Anzeige zu machen.
3. Jeder Invalide, der im Zivildienst (§ 106 des Gesetzes vom 27. Juni 1871) angestellt oder beschäftigt wird, hat das Quittungsbuch der Behörde, von welcher er berufen worden, sofort abzuliefern. Pensionsüberhebungen werden durch Einbehalten der fälligen Pension oder durch Abzüge von dem Diensteinkommen gedeckt.
4. Bei der Aufnahme in ein Invalideninstitut, in eine militärische Kranken-, Heil- oder Pflegeanstalt (§ 102 des Gesetzes vom 27. Juni 1871) ist das Quittungsbuch der aufnehmenden Behörde zu übergeben.
5. Wenn der Invalide seinen Aufenthalt an einen anderen Ort verlegt, und seine Pension aus einer näher gelegenen Kasse zu empfangen wünscht, so muß er sein Quittungsbuch rechtzeitig an die bisherige Zahlstelle abgeben, und um Uebertragung der Zahlung auf die näher gelegene Kasse nachsuchen.

Nr.	Beschäftigungs- und Anstellungsverhältniß, sowie Zivildiensteinkommen des Inhabers.	Geldbetrag.
1.	Der invalide ..... ist seit dem ....ten .... bei der unterzeichneten Behörde als Beamter in der Stelle eines .... angestellt worden. Er bezieht an Gehalt (Remuneration, Diäten, Naturalien ꝛc.) in obiger Stelle jährlich .... Davon ab Dienstbedürfnisse ..... vacat ..... bleiben jährlich ..... Obigen Betrag erhält derselbe vom ....ten .... ab. Ort, Datum, Firma, Unterschrift.	
2.	Der invalide ..... hat, ohne daß in seiner dienstlichen Stellung eine Aenderung eingetreten ist, vom ....ten .... ab an Gehalt (Remuneration, Diäten ꝛc.) jährlich .... zu beziehen. Davon ab Dienstbedürfnisse ..... vacat ..... bleiben jährlich ..... Ort, Datum, Firma, Unterschrift.	
3.	Der invalide ..... ist am ....ten .... aus der Stelle als .... entlassen und tritt in die Kategorie der Militäranwärter zurück. Das Zivildiensteinkommen hat derselbe bis ult. ..... empfangen. Ort, Datum, Firma, Unterschrift.	

Nr.	Regulirung des Bezuges der Invalidenkompetenzen nach nebenstehenden Angaben.	Geldbetrag.
ad 1.	Nach nebenstehenden Angaben hat der invalide .... seine Pensions- und Zulagekompetenzen bis ult. ..... unverkürzt fortzuempfangen. Vom 1sten ..... ab erhält er: a) aus seiner Pension und Dienstzulage zur Erreichung des Doppelbetrages derselben (zur Erreichung des gesetzlichen Minimaleinkommens) einen Zuschuß von monatlich ..... b) die Kriegs (Verwundungs-) Zulage mit monatlich c) die Verstümmelungszulage mit monatlich ..... Summe monatlich Die ..... Kasse zu ..... ist heute mit Zahlungsordre versehen. Ort, Datum, Firma, Unterschrift. Vorstehende Regulirungsverfügung ist mir heute vorgelesen und habe ich dieselbe wohl verstanden. ..... den ..... ten ..... Unterschrift des Empfängers.	
ad 2.	Nach nebenstehenden Angaben hat der invalide .... vom 1sten ..... ab folgende Invalidenkompetenzen zu empfangen: a) die Kriegs- (Verwundungs-) Zulage mit monatlich b) die Verstümmelungszulage mit monatlich ..... Summe monatlich Die ..... Kasse zu ..... ist heute mit Zahlungsordre versehen. Ort, Datum, Firma, Unterschrift. Vorstehende Regulirungsverfügung ist mir heute vorgelesen und habe ich dieselbe wohl verstanden. ..... den ..... ten ..... Unterschrift des Empfängers.	
ad 3.	Nach nebenstehender Angabe hat der invalide .... vom 1sten ..... ab wiederum seine Invaliden-, Pensions- und Zulagekompetenzen unverkürzt zu erhalten. Die ..... Kasse zu ..... ist heute mit Ordre versehen. Ort, Datum, Firma, Unterschrift.	

№ ..... Zahlungs-Designation pro .....

invalider .....

Kasse zu .....

..... den ..... ten Juni .....

Vor dem ..... erscheint heute

der von Person bekannte / gehörig rekognoszirte invalide .....

.....

und erklärte:

Aus Reichs-, Staats- oder anderen öffentlichen Kassen beziehe ich außer den nebenstehend aufgeführten Kompetenzen kein weiteres Einkommen.

nur das in dem Quittungsbuch aufgeführte Einkommen.

Die nebenstehenden Kompetenzen habe ich richtig empfangen, was ich hiermit ausdrücklich anerkenne.

Unterschrift des Invaliden.

Firma, Unterschrift der Behörde resp. des Beamten.

..... den ..... ten November .....

Vor dem ..... erscheint heute

der von Person bekannte / gehörig rekognoszirte invalide .....

.....

und erklärte:

Aus Reichs-, Staats- oder anderen öffentlichen Kassen beziehe ich außer den nebenstehend aufgeführten Kompetenzen kein weiteres Einkommen.

nur das in dem Quittungsbuche aufgeführte Einkommen.

Die nebenstehenden Kompetenzen habe ich richtig empfangen, was ich hiermit ausdrücklich anerkenne.

Unterschrift des Invaliden.

Firma, Unterschrift der Behörde resp. des Beamten.

Vermerk. In den noch vorhandenen Quittungsbüchern älterer Art sind die daselbst gedruckten Bescheinigungen von den betreffenden Behörden resp. Beamten dem Inhalte der vorstehenden Erklärung entsprechend abzuändern.

Monat.	Geldbetrag.	Unterschriften des Kassenbeamten.
Jan.		
Febr.		
März		
April		
Mai		
Juni		
Juli		
Aug.		
Sept.		
Oktob.		
Nov.		
Dez.		

Bei der Zahlung pro Dezember jeden Jahres wird dieses Blatt als Belag durch die Kasse hier abgeschnitten.

№ ..... der Zahlungs-Designation pro .....

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 4. Februar 1882.

№ 3.

Zu dem Deutsch-Schweizerischen Niederlassungsvertrage vom 27. April 1876 (Reichs-Gesetzblatt von 1877, S. 3) wird die in dem nachstehenden Zusatzprotocoll vom 21. Decbr. 1881 enthaltene weitere Vereinbarung nebst dem Verzeichnisse der Schweizer-Behörden, welche befugt sind, über die Staatsangehörigkeit in der Schweiz Erklärungen und Anerkenntnisse auszustellen, zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Detmold, den 25. Januar 1882.

Fürstlich Lippische Regierung.
Eschenburg.

Nachdem die Regierungen des Deutschen Reiches und der Schweizerischen Eidgenossenschaft sich in dem Wunsche begegnet sind, bei den in Gemäßheit des Art. 7 Abs. 3 des Deutsch-Schweizerischen Niederlassungsvertrages vom 27. April 1876 stattfindenden polizeilichen Zuweisungen von Angehörigen des einen oder des anderen Theiles die Regelung der Uebernahmepflicht, unter thunlichster Einschränkung der diplomatischen Vermittelung, auf dem Wege direkter Verhandlungen zwischen den ausweisenden und den übernehmenden Behörden herbeizuführen, sind die Unterzeichneten Kraft Ermächtigung ihrer Regierungen zu diesem Behufe über folgende nähere Bestimmungen übereingekommen:

I. Angehörige des einen Theiles, welche in die Lage kommen sollten, nach Art. 7 Abs. 1 des bezeichneten Vertrages aus dem Gebiete des an-

deren Theiles ausgewiesen zu werden, sollen sammt Familie auf Verlangen jederzeit von den in Nr. VI dieses Zusatzprotocolles genannten Grenzbehörden wieder übernommen werden, wenn ihre und ihrer Familie gegenwärtige oder vormalige Staatsangehörigkeit durch eine unverdächtige Heimathsurkunde dargethan ist.

II. In allen Fällen, in welchen der Nachweis der gegenwärtigen oder vormaligen Staatsangehörigkeit nicht durch eine unverdächtige Heimathsurkunde geliefert werden kann, hat die vorherige Feststellung und Anerkennung der Uebernahmepflicht im Korrespondenzwege zu erfolgen.

Die bezüglichen Verhandlungen sind in der Regel direkt zwischen der die Heimschaffung anordnenden Behörde und der zur Anerkennung der Staatsangehörigkeit zuständigen Heimathsbehörde des zu Uebernehmenden zu führen. Eine diplomatische Vermittelung findet nur dann statt, wenn entweder besondere Gründe die direkte Korrespondenz unthunlich erscheinen lassen, insbesondere wenn über die Heimathsbehörde Ungewißheit besteht oder in sprachlicher Hinsicht der gegenseitigen Verständigung Hindernisse sich entgegenstellen, oder aber, wenn durch die direkte Korrespondenz die Anerkennung der Uebernahmepflicht nicht erzielt ist und der ausweisende Theil sich hierbei nicht beruhigen will.

Die Anerkennung der Uebernahmepflicht darf nicht aus dem Grunde verweigert oder verzögert werden, weil unter den Behörden des Heimathslandes über den Unterstützungswohnsitz, beziehungsweise die Gemeindeangehörigkeit des Auszuweisenden noch Zweifel bestehen.

III. Verzeichnisse derjenigen Behörden, welche in den deutschen Bundesstaaten einerseits und in den schweizerischen Kantonen andererseits berufen sind, über die Frage der Staatsangehörigkeit eine Entscheidung und ausländischen Behörden gegenüber ein Anerkenntniß abzugeben, haben beide Theile sich gegenseitig mitgetheilt.

Die beiderseitigen zuständigen Behörden werden es sich angelegen sein lassen, die behufs Feststellung der Staatsangehörigkeits-Verhältnisse ihnen zugehenden amtlichen Requisitionen wegen Beschaffung der Heimathsurkunden einer thunlichst schleunigen Erledigung entgegen zu führen.

IV. Nach erfolgtem Anerkenntniß der Uebernahmepflicht (vergl. Nr. II.) werden die Auszuweisenden gegen Aushändigung des Originals oder einer beglaubigten Abschrift des Anerkenntnisses über die Staatsangehörigkeit, beziehungsweise der Uebernahme-Erklärung von derjenigen, in Nr. VI dieses Protokolls genannten Grenzbehörde übernommen, deren Sitz auf dem kürzesten Wege nach dem Bestimmungsorte des Auszuweisenden belegen ist, ohne Rücksicht darauf, welchem deutschen Bundesstaate beziehungsweise welchem schweizerischen Kantone der Auszuweisende angehört.

V. Sofern es sich um hülfsbedürftige Personen handelt, ist in allen Ausweisungsfällen der Grenz-Uebernahmebehörde rechtzeitig vorher von der bevorstehenden Heimschaffung der auszuweisenden Person entsprechende Mittheilung zu machen.

VI. Für die Uebernahme der Auszuweisenden werden folgende Grenzbehörden gegenseitig bezeichnet:

A. Für die aus der Schweiz heimzusendenden deutschen Reichsangehörigen:

1., das Königlich bayerische Bezirksamt zu Lindau;
2., die Königlich württembergische Hafendirektion zu Friedrichshafen;
3., die Großherzoglich badischen Bezirksämter zu Konstanz, Waldshut, Säckingen, Lörrach, Engen und Stockach;
4., die Kaiserlichen Polizei-Kommissariate zu St. Ludwig und zu Dammerkirch in Elsaß-Lothringen.

B. Für die aus Deutschland heimzusendenden schweizerischen Staatsangehörigen:

1., das Regierungs-Statthalteramt zu Pruntriet;
2., das Polizei-Departement des Kantons Basel-Stadt zu Basel;
3., die Aargauischen Bezirksämter zu Rheinfelden, Laufenburg und Zurzach;
4., die Polizei-Direktion des Kantons Schaffhausen;
5., die Thurgauischen Polizei-Büreaux in Romanshorn und Kreutzlingen, und
6., die St. Gallischen Bezirksämter zu Rorschach und Rheineck, letzteres jedoch nur für den Fall, daß der Transport von Lindau aus mittelst der Eisenbahn erfolgen sollte.

Dessen zu Urkund haben die Unterzeichneten dieses Protokoll in doppelter Ausfertigung vollzogen und ihre Wappensiegel beigedruckt.

So geschehen zu Berlin, den 21. December 1881.

gez.: Gf. v. Hatzfeldt. (L. S.)

gez.: A. Roth. (L. S.)

Verzeichniß

der Schweizer-Behörden, welche befugt sind, über die Staatsangehörigkeit in der Schweiz Erklärungen und Anerkenntnisse auszustellen.

Zürich: Die Direktion der Justiz und Polizei des Kantons Zürich in Zürich.

Bern: Die Direktion der Justiz und Polizei des Kantons Bern in Bern.

Luzern: Militär- und Polizei-Departement des Kantons Luzern in Luzern.

Uri: Die Polizei-Direktion des Kantons Uri in Altorf.

Schwyz: Der Regierungsrath des Kantons Schwyz in Schwyz.

Unterwalden O/w: Das Kantonspolizeiamt in Sarnen.

Unterwalden N/w: Der Regierungsrath des Kantons Unterwalden N/w in Stans.

Glarus: Die Polizei-Kommission des Kantons Glarus in Glarus.

Zug: Die Polizei-Direktion des Kantons Zug in Zug.

Freiburg: Die Direktion der Central-Polizei in Freiburg.
(Fribourg: la Direction de police centrale à Fribourg.)

Solothurn: Das Polizei-Departement des Kantons Solothurn in Solothurn.

Basel-Stadt: Das Polizei-Departement des Kantons Basel-Stadt in Basel.

Basel-Landschaft: Die Polizei-Direktion des Kantons Basel-Landschaft in Liestal.

Schaffhausen: Die Polizei-Direktion des Kantons Schaffhausen in Schaffhausen.

Appenzell a/Rh.: Die Polizei-Direktion des Kantons Appenzell a/Rh. in Trogen.

Appenzell i/Rh.: Die Polizei-Direktion des Kantons Appenzell i/Rh. in Appenzell.

St. Gallen: Das Polizei-Departement des Kantons St. Gallen in St. Gallen.

Graubünden: Die Polizei-Direktion des Kantons Graubünden in Chur.

Aargau: Der Regierungsrath des Kantons Aargau in Aargau.

Thurgau: Das Polizei-Departement des Kantons Thurgau in Frauenfeld.

Tessin: Die Direktion der Central-Polizei des Kantons Tessin in Locarno.
(Tessin: la Direction de police centrale à Locarno.)

Waadt: Das Justiz- und Polizei-Departement des Kantons Waadt in Lausanne.
(Vaud: le Département de Justice et Police du Canton de Vaud à Lausanne.)

Wallis: Das Justiz- und Polizei-Departement des Kantons Wallis in Sitten.
(Valais: le Département de Justice et Police du Canton de Valais à Sion.)

Neuenburg: Das Polizei-Departement des Kantons Neuenburg in Neuenburg.
(Neuchâtel: le Département de Police du Canton de Neuchâtel à Neuchâtel.)

Genf: Das Justiz- und Polizei-Departement des Kantons Genf in Genf.
(Genève: le Département de Justice et Police du Canton de Genève à Genève.)

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 8. Februar 1882.

№ 4.

Circular-Verfügung

an die Verwaltungsämter und Magistrate, die Fortschreibung der in den Gebäudesteuer-Katastern eintretenden Veränderungen betreffend, vom 30. Januar 1882.

Die Seitens der Bezirks-Verwaltungsbehörden in Gemäßheit des § 13 des Gesetzes über die Gebäudesteuer vom 28. Februar 1878 zur Aufnahme der im Laufe eines jeden Jahres im Bestande der Gebäude eintretenden Veränderungen, sowie zur Vorbereitung der neuen Abschätzung und zur Mittheilung der Veränderungen an die Landes-Cataster-Commission bisher verwendeten Formulare, Muster I und III der Anweisung vom 17. April 1878 für die Gebäudesteuer-Veranlagung, haben sich bei der Gebäudesteuer-Verwaltung als zu den vorbezeichneten Zwecken wenig geeignet erwiesen.

Es sind daher auf Anregung der Landes-Cataster-Commission die neuen Formulare, Muster I_a, bezw. III^a angefertigt, welche, außer den zur nähern Bezeichnung und Beschreibung der Gebäude ꝛc. bestimmten Spalten der Muster I, bezw III, neue Spalten zur sicheren und ordnungsmäßigen Eintragung der stattgehabten Veränderungen enthalten. Indem wir sämmtlichen Magistraten und Verwaltungsämtern eine Anzahl Bogen des Muster I_a, bezw. III^a zugehen lassen, veranlassen wir dieselben, das neue Formular

von jetzt ab zur Aufnahme der im Laufe des Vorjahrs eingetretenen Veränderungen, gemäß § 13 des Gesetzes, sowie zur Mittheilung dieser Veränderungen an die Cataster-Commission zu verwenden.

Die dem Formular vorgedruckten Bemerkungen sind bei Ausfüllung desselben zu beachten. Rücksichtlich der letzteren weisen wir besonders darauf hin, wie es zur sachgemäßen Vorbereitung der neuen Abschätzungen, sowie zur Prüfung der richtigen Behandlung der Veränderungen durch die Cataster-Verwaltung unerläßlich ist, daß sämmtliche bezügliche Spalten des Formulars seitens der Verwaltungsbehörden sorgfältig und ordnungsmäßig ausgefüllt werden.

Ebenso sind, um die Berücksichtigung der Veränderungen, wie gesetzlich vorgesehen, schon bei der Hebung der Gebäudesteuer im April jeden Jahrs zu ermöglichen, die ordnungsmäßig vorbereiteten Veränderungslisten so rechtzeitig im Monat Januar an den Veranlagungs-Commissar abzugeben, daß die Abschätzung der Veränderungen bis Ende des Monats erfolgen und mit dem 1. Februar jeden Jahrs das Publikationsverfahren gemäß § 26 und 27 sub V der Anweisung vom 17. April 1878 seitens der Verwaltungsbehörden eröffnet werden kann.

Die Vorschrift im ersten Abschnitt des vorgenannten § 26, nach welcher zur Einleitung des Publikationsverfahrens vorher unsere Genehmigung einzuholen ist, wird für die Gebäudesteuer-Veränderungen hierdurch aufgehoben.

Nach Ablauf der vierwöchentlichen Frist ist die Veränderungs-Nachweisung in den drei letzten Spalten durch die Verwaltungsbehörde abzuschließen und eine beglaubigte Abschrift derselben mit der auf der Rückseite des Formulars vorgedruckten Bescheinigung, spätestens in den ersten Tagen des Monats März, an die Landes-Cataster-Commission einzureichen, wobei die erhobenen und noch der weiteren Entscheidung bedürftigen Reclamationen kenntlich zu machen sind.

Zur späteren Mittheilung der durch die Reclamations-Commission herbeigeführten Abänderungen in der Einschätzung an die Cataster-Commision, gemäß unserer Verfügung vom 30. v. M. № 9939 an die Veranlagungs-Commissare, können die neuen Formulare gleichfalls verwendet werden.

Detmold, den 30. Januar 1882.

Fürstlich Lippische Regierung.

Eschenburg.

Muſter Ia.

Gebäudeſteuer-Verwaltung

Stadt

Veränderungs-Nachweiſung

über

die bis zum 1ten Januar 188 im Beſtande der Gebäude eingetretenen Veränderungen.

(§ 12b bis e des Geſetzes vom 28. Februar 1878.)

Bemerkung.

1. In das umſtehende Formular ſind ſämmtliche Veränderungen einzutragen, welche bis zum Schluß des verfloſſenen Jahres in dem Beſtande der Gebäude, § 13 Abſchnitt 3 des Geſetzes vom 28. Februar 1878, eingetreten ſind, mögen dieſelben nach den geſetzlichen Beſtimmungen ſchon für das laufende Jahr im Gebäudeſteuer-Kataſter Berückſichtigung zu finden haben oder nicht.
2. Das Formular iſt event. durch zu liniirende Einlagen zu vergrößern nach Verkürzung der Bogen um die Breite des vorgedruckten Kopfes.
3. Die zur Vorbereitung der Einſchätzung erforderlichen Angaben ſind in den Spalten 1—19 ſeitens des Magiſtrats einzutragen. Die Spalten 20—23 ſind durch die Veranlagungs-Commiſſion auszufüllen. Die Vervollſtändigung der Spalten 24—26 hat erſt nach Beendigung des Publikations-Verfahrens durch den Magiſtrat zu erfolgen.
4. Eine Aufſummirung der Spalten 25 und 26 findet nicht ſtatt.
5. Etwaige zu dieſen Angaben noch erforderlich ſcheinende Bemerkungen können bei Gebäude-Zugängen in den Spalten 11—16, dagegen bei Gebäude-Abgängen in den Spalten 15—23 eingetragen werden.
6. Dieſe Nachweiſung iſt bis längſtens zum 1. März unter Abgabe der Beſcheinigung auf der Rückſeite des Formulars, an die Landes-Kataſter-Commiſſion einzureichen.

Laufende №	Bezeichnung der Besitzung nach dem Kataster.			Name Vorname und Stand des Eigenthümers	Gattung der Gebäude und Bezeichnung der Hofräume	Beschreibung.			
	Quartier Straße Platz	Haus №	Lfde № des Gebäudesteuer-Katasters			Anzahl der Stockwerke	Baulicher Zustand des Gebäudes	Bauart der Umfassungswände	Nähere Beschreibung der Gebäude, Anzahl der in demselben enthaltenen Räume ꝛc.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Nach dem Gebäudesteuerkataster bisher eingeschätzt mit				Angabe der vorliegenden Veränderungen: ob Neubau, Vergrößerung, Anbau, Abbruch, Zerstörung durch Brand etc.	Die Veränderung ist eingetreten bezw. das Gebäude wohnbar geworden im Jahre	Grund etwaiger Steuerfreiheit	Angabe der Gesellschaft bei welcher, und der Summe, für welche das Gebäude gegen Feuersgefahr versichert ist	Der jährliche Nutzungswerth beträgt nach dem Gutachten des Magistrats	Nach dem Beschluß der Veranlagungs-Commission neu eingeschätzt				Die Veränderung tritt rücksichtlich der Gebäudesteuer in Kraft		
		Jahresbetrag der Gebäudesteuer							jährlicher Nutzungswerth	Steuerstufe	Jahresbetrag der Steuer		mit dem Jahre	als Zugang mit	als Abgang mit
Nutzungswerth	Steuerstufe	zu 4%	zu 2%								nach § 4 zu 1 zu 4%	nach § 4 zu 2 zu 2%			
ℳ		ℳ ₰	ℳ ₰					ℳ	ℳ		ℳ ₰	ℳ ₰		ℳ ₰	ℳ ₰
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26

Bescheinigung.

In den vorseitigen Formularen sind sämmtliche bis zum 1. Januar d. J. uns angezeigten, bezw. sonst zu unserer Kenntniß gelangten, in § 12 des Gesetzes vom 28. Februar 1878 sub b bis e näher bezeichneten Veränderungen aufgeführt.

Die Eintragungen sind mit dem Original collationirt, die Ergebnisse der neuen Einschätzung sind gesetzmäßig publicirt und die Reclamationen

erledigt.

den ten 188

Der Magistrat.

Muster IIIa.

Gebäudesteuer-Verwaltung

Amt

Veränderungs-Nachweisung

über

die bis zum 1ten Januar 188 im Bestande der Gebäude eingetretenen Veränderungen.

(§ 12b bis e des Gesetzes vom 28. Februar 1878.)

Bemerkung.

1. In das umstehende Formular sind sämmtliche Veränderungen einzutragen, welche bis zum Schluß des verflossenen Jahres in dem Bestande der Gebäude, § 13 Abschnitt 3 des Gesetzes vom 28 Februar 1878, eingetreten sind, mögen dieselben nach den gesetzlichen Bestimmungen schon für das laufende Jahr im Gebäudesteuer-Kataster Berücksichtigung zu finden haben oder nicht.
2. Das Formular ist event. durch zu liniirende Einlagen zu vergrößern nach Verkürzung der Bogen um die Breite des vorgedruckten Kopfes.
3. Die Veränderungen sind nach den einzelnen Bauerschaften getrennt mit fortlaufender Nummer hinter einander aufzuführen.
4. Die zur Vorbereitung der Einschätzung erforderlichen Angaben sind in den Spalten 1—20 seitens des Verwaltungs-Amts einzutragen, die Spalten 21—24 werden durch die Veranlangungs-Commission ausgefüllt. Die Vervollständigung der Spalten 25—27 hat erst nach Beendigung des Publikations-Verfahrens (§ 26 der Anweisung) durch das Verwaltungs-Amt zu erfolgen.
5. Eine Auffummirung der Spalten 25 und 26 findet nicht statt.
6. Die Angabe der Größe und des Katastral-Reinertrags in Spalte 9 ist nur zum Zweck der neuen Abschätzung ganzer Colonate oder Stätten erforderlich.
7. Etwaige zu diesen Angaben noch erforderlich scheinende Bemerkungen können bei Gebäude-Zugängen in den Spalten 10—15, bei Gebäude-Abgängen in den Spalten 14—24 eingetragen werden.
8. Diese Nachweisung ist bis längstens zum 1. März unter Abgabe der Bescheinigung auf der Rückseite des Formulars, an die Landes-Kataster-Commission einzureichen.

Laufende №	Bezeichnung und Hausnummer nach dem Kataster	Name Vorname und Stand des Eigenthümers	Gattung der Gebäude und Bezeichnung der Hofräume	Beschreibung					Nach dem Gebäudesteuerkataster bisher eingeschätzt mit			
				Anzahl der Stockwerke	Bauart: der Umfassungswände	Bauart: des Daches	Baulicher Zustand des Gebäudes	Nähere Beschreibung der einzelnen Gebäude unter Angabe der heizbaren und nicht heizbaren Zimmer und Kammern, eventl. Größe und Katastral-Reinertrag der dazugehörigen nutzbaren Grundstücke	Nutzungswerth	Steuerstufe	Jahresbetrag der Gebäudesteuer zu 4%	Jahresbetrag der Gebäudesteuer zu 2%
											M. Pf.	M Pf.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Angabe der vorliegenden Veränderungen: ob Neubau, Vergrößerung, Anbau, Abbruch, Zerstörung durch Brand etc.	Die Veränderung ist eingetreten bezw. das Gebäude wohnbar geworden im Jahre	Grund etwaiger Steuerfreiheit	Anzahl der Familien, welchen das Gebäude Wohnung gewährt.	Ist das Gebäude an Personen vermiethet, die weder zur Bewirthschaftung der Besitzung bestimmt sind, noch im Dienste des Besitzers stehen.	Angabe der Gesellschaft, bei welcher, und der Summe, für welche das Gebäude gegen Feuersgefahr versichert ist.	Der jährliche Nutzungswerth beträgt nach dem Gutachten des Amts ℳ	Nach dem Beschluß der Veranlagungs-Commission neu eingeschätzt: jährlicher Nutzungswerth ℳ	Steuerstufe	Jahresbetrag der Steuer nach § 4 zu 1. zu 4% ℳ	₰	Jahresbetrag der Steuer nach § 4 zu 2. zu 2% ℳ	₰	Die Veränderung tritt rücksichtlich der Gebäudesteuer in Kraft mit dem Jahre	als Zugang mit ℳ	₰	als Abgang mit ℳ	₰
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23		24		25	26		27	

Laufende №	Bezeichnung und Hausnummer nach dem Kataster	Name, Vorname und Stand des Eigenthümers	Gattung der Gebäude und Bezeichnung der Hofräume	Beschreibung: Anzahl der Stockwerke	Beschreibung: Bauart – der Umfassungswände	Beschreibung: Bauart – des Daches	Beschreibung: Baulicher Zustand des Gebäudes	Beschreibung: Nähere Beschreibung der einzelnen Gebäude unter Angabe der heizbaren und nicht heizbaren Zimmer und Kammern, eventl. Größe und Katastral-Reinertrag der dazugehörigen nutzbaren Grundstücke	Nach dem Gebäudesteuerkataster bisher eingeschätzt mit: Nutzungswerth ℳ	Steuerstufe	Jahresbetrag der Gebäudesteuer zu 4 % ℳ	Jahresbetrag der Gebäudesteuer zu 4 % ₰	Jahresbetrag der Gebäudesteuer zu 2 % ℳ	Jahresbetrag der Gebäudesteuer zu 2 % ₰
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		13	

Angabe der vorliegenden Veränderungen: ob Neubau, Vergrößerung, Anbau, Abbruch, Zerstörung durch Brand etc.	Die Veränderung ist eingetreten bezw. das Gebäude wurde bar geworden im Jahre	Grund etwaiger Steuerfreiheit	Anzahl der Familien, welchen das Gebäude die Wohnung gewährt.	Ist das Gebäude an Personen vermiethet, die weder zur Bewirthschaftung der Besitzung bestimmt sind, noch im Dienste des Besitzers stehen.	Angabe der Gesellschaft, bei welcher, und der Summe, für welche das Gebäude gegen Feuersgefahr versichert ist.	Der jährliche Nutzungswerth beträgt nach dem Gutachten des Amts ℳ	Nach dem Beschluß der Veranlagungs-Commission neu eingeschätzt: jährlicher Nutzungswerth ℳ	Steuerstufe	Jahresbetrag der Steuer: nach § 4 zu 1. zu 4 % ℳ	Jahresbetrag der Steuer: nach § 4 zu 1. zu 4 % ₰	Jahresbetrag der Steuer: nach § 4 zu 2. zu 2 % ℳ	Jahresbetrag der Steuer: nach § 4 zu 2. zu 2 % ₰	Die Veränderung tritt rücksichtlich der Gebäudesteuer in Kraft: mit dem Jahre	als Zugang mit ℳ	als Zugang mit ₰	als Abgang mit ℳ	als Abgang mit ₰
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23		24		25	26		27	

Bescheinigung.

In den vorseitigen Formularen sind sämmtliche bis zum 1. Januar d. J. uns angezeigten, bezw. sonst zu unserer Kenntniß gelangten, in § 12 des Gesetzes vom 28. Februar 1878 sub b bis e näher bezeichneten Veränderungen aufgeführt.

Die Eintragungen sind mit dem Original collationirt, die Ergebnisse der neuen Einschätzung sind gesetzmäßig publicirt und die Reclamationen

erledigt.

den ten 188

Fürstliches Verwaltungs-Amt.

№ 5.

Bekanntmachung,

die Verleihung der Rechte einer juristischen Person an den Lippischen landwirthschaftlichen Hauptverein betreffend, vom 2. Februar 1882.

Dem Lippischen landwirthschaftlichen Hauptvereine sind unter Genehmigung des vorgelegten Statutes auf Grund dieses Statutes die Rechte einer juristischen Person höchstlandesherrlich verliehen worden.

Detmold, den 2. Februar 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 15. Februar 1882.

№ 6.

Bekanntmachung,
die Festsetzung der Ablösungspreise für kleine Naturalabgaben während des Zeitraumes vom 9. Februar 1882 bis dahin 1888 betr., vom 10. Febr. 1882.

Die in Gemäßheit des § 9 des Gesetzes vom 26. August 1857, die Abänderung und Ergänzung des Ablösungsgesetzes vom 4. September 1838 betr., durch die Bekanntmachung vom 1. September 1857, — Land.-Verordn. Band 11. Seite 709 — festgesetzten Preise für die dort bezeichneten kleinen Naturalabgaben, welche nach den Bekanntmachungen vom 9. Febr. 1864, 5. Januar 1870 und 7. Febr. 1876 bei der Ablösung derartiger Gefälle bis zum 9. d. M. maßgebend gewesen sind, sollen mit höchstlandesherrlicher Genehmigung vorbehältlich der Zustimmung des Landtages auch fernerhin bis zum 9. Febr. 1888 zur Anwendung gebracht werden.

Auch bleibt der in der Bekanntmachung vom 9. Februar 1864 hinsichtlich der Mahlkühe festgesetzte Preis von 75 Mark (25 Thlr.) in den Fällen, daß von einer Taxation Abstand genommen wird, für den gedachten Zeitraum in Kraft.

Die gedachten Preise betragen in Reichswährung umgerechnet:

für ein fettes Schwein	22,50	Mark.
für ein mageres Schwein	15,00	„
für ein Ferken	4,50	„
für einen Hammel	7,50	„
für ein Schaf	6,00	„

für ein Lamm	2,00	Mark.
für eine Gans	1,20	"
für ein Huhn oder einen Hahn	0,40	"
für sechs Eier	0,10	"
für eine Wurst à Pfund	0,40	"
für ein Pfund gereinigten Flachs	0,50	"
für ein Pfund rohen Flachs	0,08	"
für ein Stück Langgarn	0,40	"
für ein Stück Kurzgarn	0,13	"
für ein Pfund Butter	0,50	"
für ein Pfund Wachs	1,25	"
für ein Maaß Wein	1,20	"

Für ein Brod ist der Preis nach Pfunden unter Zugrundelegung der Ablösungspreise für den Roggen mit Hinzufügung von 20 Procent zu bestimmen und dabei anzunehmen, daß aus einem Scheffel 65 Pfund verbacken werden.

Detmold, den 10. Februar 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.

Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 25. Februar 1882.

№ 7.

Bekanntmachung.

Einlagen von 50 Pfennigen in die Landes-Sparkasse betreffend.

Die Landes-Sparkasse ist von uns ermächtigt, vom 1. April d. J. an auch Einlagen von je 50 Pfennigen anzunehmen und Einlagescheine darüber auszugeben.

Zweck dieser Einrichtung ist

1. das Ausgeben der vorhandenen kleinen Geldbeträge durch deren Festlegung zu verhindern und dadurch die Ansammlung für größere Ausgaben zu erwirken;
2. die Verzinsung auch der kleinsten Beträge möglich zu machen.

Gegen Rückgabe des Einlagescheins wird der darin benannte Betrag von 50 Pfennigen nebst Zinsen zu einem Pfennig für das volle Jahr von der Landes-Sparkasse während der Kassentage ohne Weiteres zurückbezahlt.

Bei Einlieferung mehrerer Scheine über 3 Mark wird, wenn es gewünscht wird, ein Einlageschein mit $3^1/_3$ procentiger Verzinsung ausgestellt.

Detmold, den 14. Februar 1882.

Fürstlich Lippische Regierung.

Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 4. März 1882.

№ 8.

Bekanntmachung, die Prüfung der Apothekergehülfen betr.

Nach einem Schreiben des Reichskanzlers ist es mehrfach wahrgenommen worden, daß die den Apothekerlehrlingen ertheilten Zeugnisse über die Lehrzeit, entgegen der Anforderung der Bekanntmachung vom 25. December 1879 (Gesetzsammlung de 1880, № 7, Seite 58), eine Aeußerung der Lehrherrn über die Führung der Lehrlinge nicht enthielten Zur Verhütung der durch derartige Versäumnisse erwachsenden Nachtheile und Weiterungen werden die Physiker, welche die fraglichen Zeugnisse zu bestätigen haben, hierdurch angewiesen, darüber zu wachen, daß die Zeugnisse in jedem einzelnen Falle mit einer Aeußerung des Lehrherrn auch über die Haltung und die Leistungen des Lehrlings versehen werden.

Detmold, den 27. Februar 1882.

Fürstlich Lippische Regierung.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 15. April 1882.

№ 9.

Bekanntmachung,

die Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militairanwärtern betreffend.

Nachstehend werden die in Nr. 13 des Centralblattes für das Deutsche Reich vom laufenden Jahre veröffentlichten Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern zur weiteren Verbreitung bekannt gemacht.

Detmold, den 3. April 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.

Eschenburg.

Die verbündeten Regierungen haben in den Sitzungen des Bundesraths vom 7. und 21. März d. J. den nachstehenden, an die Vorschriften in den §§ 58, 75 und 77 des Gesetzes vom 27. Juni 1871, betreffend die Pensionirung und Versorgung der Militärpersonen des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine 2c (Reichs-Gesetzbl. S. 275), sowie in § 10 des Gesetzes vom 4. April 1874, betreffend einige Abänderungen und Ergänzungen zu dem Gesetze vom 27. Juni 1871 (Reichs-Gesetzbl. 1874 S. 25), sich anschließenden Grundsätzen für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern, nebst Anlagen und Erläuterungen, ihre Zustimmung ertheilt.

Grundsätze
für
die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern.

§ 1

Militäranwärter im Sinne der nachstehenden Grundsätze ist jeder Inhaber des Civilversorgungsscheins.

Der Civilversorgungsschein wird denjenigen Personen, welchen ein Anspruch auf denselben nach den Bestimmungen des Militärpensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 (Reichs-Gesetzbl. S. 275) und der Novelle vom 4. April 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 25) zusteht,*) gemäß der Anlage A ertheilt.

Anlage A.

Außerdem kann der Civilversorgungsschein solchen ehemaligen Unteroffizieren ertheilt werden, welche nach mindestens neunjährigem, aktivem Dienst im Heere oder in der Marine in militärisch organisirte Gendarmerien (Landjägerkorps) oder Schutzmannschaften eingetreten und dort als Invaliden ausgeschieden sind oder unter Einrechnung der im Heere oder in der Marine zugebrachten Dienstzeit eine gesammte aktive Dienstzeit von zwölf Jahren zurückgelegt haben. Der Civilversorgungsschein ist in diesen Fällen nach Anlage B auszustellen und hat nur Gültigkeit für den Reichsdienst und den Civildienst des betreffenden Staates.

Anlage B.

Sind in eine militärisch organisirte Gendarmerie (Landjägerkorps) oder Schutzmannschaft in Ermangelung geeigneter Unteroffiziere von mindestens neunjähriger aktiver Militärdienstzeit, Unteroffiziere von geringerer, aber mindestens sechsjähriger aktiver Militärdienstzeit aufgenommen worden, so darf denselben der Civilversorgungsschein nach Anlage C verliehen werden,

Anlage C.

*) **Militärpensionsgesetz vom 27. Juni 1871.**

§ 58. Die zur Klasse der Unteroffiziere und Gemeinen gehörenden Personen des Soldatenstandes haben Anspruch auf Invalidenversorgung, wenn sie durch Dienstbeschädigung oder nach einer Dienstzeit von mindestens acht Jahren invalide geworden sind.

Haben dieselben achtzehn Jahre oder länger aktiv gedient, so ist zur Begründung ihres Versorgungsanspruchs der Nachweis der Invalidität nicht erforderlich.

§ 75. Die als versorgungsberechtigt anerkannten Invaliden erhalten, wenn sie sich gut geführt haben, einen Civilversorgungsschein. Die Ganzinvaliden erhalten diesen Schein neben der Pension, den Halbinvaliden wird derselbe nach ihrer Wahl an Stelle der Pension verliehen, jedoch nur dann, wenn sie mindestens zwölf Jahre gedient haben.

Novelle vom 4. April 1874.

§ 10. Unteroffiziere, welche nicht als Invaliden versorgungsberechtigt sind, erlangen durch zwölfjährigen aktiven Dienst bei fortgesetzter guter Führung den Anspruch auf den Civilversorgungsschein (§§ 58 und 75 des Gesetzes vom 27. Juni 1871).

Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes erwerben Anspruch auf Invalidenversorgung nicht auf Grund der Dienstzeit, sondern nur durch eine im Militärdienste erlittene Dienstbeschädigung.

wenn sie entweder eine gesammte aktive Dienstzeit von fünfzehn Jahren zurückgelegt haben oder nach ihrem Uebertritt in die Gendarmerie oder Schutzmannschaft durch Dienstbeschädigung oder nach einer gesammten aktiven Dienstzeit von acht Jahren invalide geworden sind. Dieser Schein hat nur Gültigkeit für den Civildienst des betreffenden Staates.

Die Ertheilung des Civilversorgungsscheines erfolgt in allen Fällen durch diejenige Militärbehörde, welche über den Anspruch auf diese Versorgung zu entscheiden hat.

Die auf Grund der bisher geltenden Vorschriften ertheilten Civilanstellungsscheine sind fortan innerhalb ihres bisherigen Gültigkeitsbereiches den Civilversorgungsscheinen gleich zu achten.

§ 2.

Die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden — jedoch ausschließlich des Forstdienstes — sind, unbeschadet der in den einzelnen Bundesstaaten bezüglich der Versorgung der Militäranwärter im Civildienste erlassenen weitergehenden Bestimmungen, nach Maßgabe der nachstehenden Grundsätze vorzugsweise mit Militäranwärtern zu besetzen.

§ 3.

Ausschließlich mit Militäranwärtern sind zu besetzen:

1. in allen Dienstzweigen und bei allen Behörden, außer bei der Reichskanzlei, dem Auswärtigen Amt, den Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten, den Chiffrir-Büreaus, den Gesandtschaften und Konsulaten:

   die Stellen im Kanzleidienst, einschließlich derjenigen der Lohnschreiber, soweit deren Inhabern lediglich die Besorgung des Schreibwerks (Abschreiben, Mundiren, Kollationiren 2c.) und der mit demselben zusammenhängenden Dienstverrichtungen obliegt;

2. in allen Dienstzweigen und bei allen Behörden, außer bei den Gesandtschaften und Konsulaten: sämmtliche Stellen, deren Obliegenheiten im wesentlichen in mechanischen Dienstleistungen bestehen und keine technischen Kenntnisse erfordern.

§ 4.

Mindestens zur Hälfte mit Militäranwärtern sind zu besetzen:

in allen Dienstzweigen und bei allen Behörden, außer bei den Ministerien und sonstigen Zentralbehörden, sowie bei den Gesandtschaften und Konsulaten:

die Stellen der Subalternbeamten im Büreaudienst (Journal, Registratur, Expeditions-, Kalkulatur-, Kassendienst

u. dergl.) mit Ausschluß derjenigen, für welche eine besondere wissenschaftliche oder technische Vorbildung erfordert wird.

Bei Annahme von Bürcaudiätarien ist nach gleichen Grundsätzen zu verfahren.

§ 5.

In welchem Umfange die nicht unter die §§ 3 und 4 fallenden Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militäranwärtern zu besetzen sind, ist unter Berücksichtigung der Anforderungen des Dienstes zu bestimmen.

§ 6.

Insoweit in Ausführung der §§ 4 und 5 einzelne Klassen von Subaltern- und Unterbeamtenstellen für die Militäranwärter nicht mindestens zur Hälfte vorbehalten werden können, hat nach Möglichkeit ein Ausgleich in der Weise stattzufinden, daß andere derartige Stellen desselben Geschäftsbereichs in entsprechender Zahl und Dotirung vorbehalten werden.

§ 7.

Ueber die gegenwärtig vorhandenen Subaltern- und Unterbeamtenstellen des Reichs- und Staatsdienstes, welche nach §§ 3 bis 6 für die Militäranwärter vorzubehalten sind, werden Verzeichnisse angelegt.

Gleichartige Stellen, welche in Zukunft errichtet werden, unterliegen denselben Bestimmungen.

§ 8.

Anlage D. Die Anlage D enthält das Verzeichniß der den Militäranwärtern zur Zeit im Reichsdienste vorbehaltenen Stellen.

Die Verzeichnisse bezüglich des Staatsdienstes werden von den einzelnen Bundesregierungen aufgestellt und dem Reichskanzler mitgeteilt. Letzterer wird von etwaigen Ausstellungen gegen diese Verzeichnisse den betheiligten Bundesregierungen Kenntniß geben.

Die Verzeichnisse, sowie etwaige Nachträge zu denselben, werden durch das Centralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht.

§ 9.

Die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen dürfen mit anderen Personen nicht besetzt werden, sofern sich Militäranwärter finden, welche zu deren Uebernahme befähigt und bereit sind.

Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Stellen dauernd oder nur zeitweise bestehen, ob mit denselben ein etatsmäßiges Gehalt oder nur eine diätarische oder andere Remuneration verbunden ist, ob die Anstellung auf Lebenszeit, auf Kündigung oder sonst auf Widerruf geschieht.

Zu vorübergehender Beschäftigung als Hülfsarbeiter oder Vertreter können jedoch auch Nichtversorgungsberechtigte angenommen werden, falls

qualifizirte Militäranwärter nicht vorhanden sind, deren Eintritt ohne unverhältnißmäßigen Zeitverlust oder Kostenaufwand herbeigeführt werden kann.

§ 10.

Insoweit Vorschriften bestehen oder erlassen werden, nach welchen die Besetzung erledigter Stellen erfolgen kann, oder vorzugsweise zu erfolgen hat,

1. mit Beamten, welche einstweilig in den Ruhestand versetzt sind und Wartegeld oder dem gleich zu erachtende Einnahmen beziehen, oder
2. mit solchen Militärpersonen im Offizierrange, welchen die Aussicht auf Anstellung im Civildienste verliehen ist,

finden jene Vorschriften auch auf die Besetzung der den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen Anwendung.

Auch können die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen verliehen werden:

3. solchen Beamten, welche für ihren Dienst unbrauchbar oder entbehrlich geworden sind und einstweilig oder dauernd in den Ruhestand versetzt werden müßten, wenn ihnen nicht eine den Militäranwärtern vorbehaltene Stelle verliehen würde. Von solchen Verleihungen ist dem zuständigen Kriegsministerium Kenntniß zu geben.
4. den Besitzern des Forstversorgungsscheines*) gegen Rückgabe dieses Scheines, sofern eine Reichsbehörde oder eine Behörde des betreffenden Staates von der Anstellung eines mit diesem Schein Beliehenen einen besonderen Vortheil für den Reichs- oder Staatsdienst erwartet;
5. solchen ehemaligen Militäranwärtern, welche sich in einer auf Grund ihrer Versorgungsansprüche erworbenen etatsmäßigen Anstellung (§ 13) befinden oder in Folge eingetretener Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden sind;

---

*) Der Forstversorgungsschein kann an gelernte Jäger bei fortgesetzt guter Führung und nach Bestehen der erforderlichen Fachprüfungen unter folgenden Bedingungen verliehen werden:

1. nach Ablauf der 12jährigen Militärdienstzeit, wenn dieselbe mit 4 (bei Einjährig-Freiwilligen 2) Jahren im aktiven Dienst, im übrigen aber in der Reserve abgeleistet ist;
2. nach 9jähriger aktiver Militärdienstzeit, worunter jedoch mindestens 5 Jahre in der Unteroffizierchargе abgeleistet sein müssen;
3. vor Ablauf der 12- bezw. 9jährigen Militärdienstzeit, unter der Bedingung der Brauchbarkeit zur Ausübung des Forstschutzdienstes, wenn die Betreffenden entweder im aktiven Dienst oder im Reserveverhältniß durch unmittelbare Dienstbeschädigung bei Angriff oder Widersetzlichkeit von Holz- oder Wildfrevlern ganzinvalide geworden sind;
4. nach Ablauf einer 12jährigen Dienstzeit, unter der Bedingung der Brauchbarkeit zur Ausübung des Forstschutzdienstes, sofern die Betreffenden als dauernd halbinvalide anerkannt oder bei Ausübung des Forstschutzdienstes, durch die eigene Waffe, Sturz oder sonstige Beschädigungen invalide geworden sind.

6. solchen ehemaligen Militärpersonen, welchen der Civilversorgungsschein lediglich um deswillen versagt worden ist, weil sie sich nicht fortgesetzt gut geführt haben, und welche von der zuständigen Militärbehörde (§ 1) eine Bescheinigung nach Anlage E erhalten haben;

Anlage E.

7. sonstigen Personen, welchen, sofern es sich um den Reichsdienst oder den Dienst der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen handelt, durch Erlaß des Kaisers, in anderen Fällen durch Erlaß des Landesherrn bezw. Senats, ausnahmsweise die Berechtigung zu einer Anstellung verliehen worden ist. Dergleichen Verleihungen sollen jedoch nur für eine bestimmte Stelle oder für einen bestimmten Dienstzweig und auch nur dann beantragt werden, wenn ein besonderes dienstliches Interesse dafür geltend zu machen ist Die Anträge sind, wenn die Anstellung im Reichsdienst oder im Dienst der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen erfolgen soll, unter Mitwirkung des Königlich preußischen Kriegsministeriums, wenn die Anstellung im Dienst eines Bundesstaates mit eigener Militärverwaltung oder in der Militärverwaltung desselben erfolgen soll, nnter Mitwirkung des zuständigen Kriegsministeriums zu stellen. In den übrigen Bundesstaaten hat den Anträgen eine Mittheilung an die oberste Militärbehörde desjenigen Ersatzbezirkes, innerhalb welches die Stelle besetzt werden soll, voranzugehen. Auch ist dieser Militärbehörde von den ergehenden Entscheidungen, sowie von etwaigen ohne Antrag erfolgten Verleihungen der Anstellungsberechtigung Kenntniß zu geben.

§ 11.

Stellen, welche den Militäranwärtern nur theilweise (zur Hälfte, zu einem Drittheil ꝛc.) vorbehalten sind, werden bei eintretenden Vakanzen in einer dem Antheilsverhältniß entsprechenden Reihenfolge mit Militäranwärtern oder Civilanwärtern besetzt, und zwar ohne Rücksicht auf die Zahl der zur Zeit der Besetzung thatsächlich mit der einen oder anderen Klasse von Anwärtern besetzten Stellen.

Wird die Reihenfolge auf Grund des § 10 unterbrochen, so ist eine Ausgleichung herbeizuführen. Dabei sind Personen, deren Anstellung auf Grund des § 10 Nr. 1, 3 und 7 erfolgt, als Civilanwärter, Personen, deren Anstellung auf Grund des § 10 Nr. 2, 4, 5 und 6 erfolgt, als Militäranwärter in Anrechnung zu bringen.

§ 12.

Die Militäranwärter haben sich um die von ihnen begehrten Stellen zu bewerben.

Die Bewerbungen sind an die für die Anstellung zuständigen Reichs- oder Staatsbehörden — Anstellungsbehörden — zu richten und zwar:

a) seitens der noch im aktiven Militärdienst befindlichen Militäranwärter durch Vermittelung der vorgesetzten Militärbehörde;

b) seitens der Angehörigen einer militärisch organisirten Gendarmerie oder Schutzmannschaft durch Vermittelung der vorgesetzten Dienstbehörde;

c) seitens der übrigen Militäranwärter entweder unmittelbar oder durch Vermittelung des heimathlichen Landwehr-Bezirkskommandos, welches jede eingehende Bewerbung sofort der zuständigen Anstellungsbehörde mittheilt.

§ 13.

Die Militäranwärter sind zu den in Rede stehenden Bewerbungen vor oder nach dem Eintritt der Stellenerledigung insolange berechtigt, bis sie eine etatsmäßige Stelle erlangt und angetreten haben, mit welcher Anspruch oder Aussicht auf Ruhegehalt oder dauernde Unterstützung verbunden ist.

§ 14.

Die Anstellungsbehörden sind zur Annahme von Bewerbungen nur dann verpflichtet, wenn die Bewerber eine genügende Qualifikation für die fragliche Stelle bezw. den fraglichen Dienstzweig nachweisen.

Behufs Feststellung der körperlichen Qualifikation haben die Militärbehörden auf Verlangen die ärztlichen Atteste, auf Grund deren die Ertheilung des Civilversorgungsscheins wegen Invalidität erfolgt ist, mitzutheilen, sofern seit deren Ausstellung noch nicht drei Jahre verflossen sind.

Sind für gewisse Dienststellen oder für gewisse Kategorien von Dienststellen besondere Prüfungen (Vorprüfungen) vorgeschrieben, so hat der Militäranwärter auch diese Prüfungen abzulegen. Auch kann, wenn die Eigenthümlichkeit des Dienstzweiges dies erheischt, die Zulassung zu dieser Prüfung oder die Annahme der Bewerbung überhaupt von einer vorgängigen informatorischen Beschäftigung in dem betreffenden Dienstzweige abhängig gemacht werden, welche in der Regel nicht über drei Monate auszudehnen ist.

Bei allen von Militäranwärtern abzulegenden Prüfungen dürfen an dieselben keine höheren Anforderungen gestellt werden, als an andere Anwärter.

Für „qualifizirt" befundene Bewerber werden Stellenanwärter.

§ 15.

Ueber die Bewerbungen um noch nicht vakante Stellen legen die Anstellungsbehörden Verzeichnisse nach Anlage F an, in welche die Stellenanwärter nach dem Datum des Eingangs der ersten Meldung eingetragen werden. War die Qualifikation noch durch eine Prüfung (Vorprüfung)

Anlage F.

nachzuweisen, so kann die Eintragung auch nach dem Tage des Bestehens derselben erfolgen.

Die Stellenanwärter haben, so lange sie keine Civilversorgung gefunden, ihre Meldung jährlich zum 1. Dezember zu wiederholen. Diejenigen Bewerbungen, bezüglich welcher eine solche Wiederholung unterlassen wird, sind in dem Verzeichnisse zu streichen; sie können demnächst, auf erneuertes Ansuchen, mit dem Datum des Eingangs der neuen Meldung, wieder eingetragen werden.

§ 16.

Stellen, für welche Stellenanwärter nicht notirt sind, werden im Falle der Vakanz durch eine allwöchentlich herauszugebende Liste („Vakanzenliste") bekannt gemacht.

Die Herausgabe der Vakanzenliste veranlaßt das zuständige Kriegsministerium.

Die Aufnahme der Stellen in die Liste vermittelt eine für den Bereich eines oder mehrerer Ersatzbezirke besonders bezeichnete Militärbehörde — Vermittelungsbehörde —, welcher zu diesem Zweck seitens der Anstellungsbehörden Nachweisungen nach Anlage G zuzusenden sind.

Anlage G.

§ 17.

Ist innerhalb einer Frist von fünf Wochen nach Absendung der Nachweisung eine Bewerbung bei der Anstellungsbehörde nicht eingegangen, so hat dieselbe in der Stellenbesetzung freie Hand.

§ 18.

Die Reihenfolge, in welcher die Einberufung der Stellenanwärter zu erfolgen hat, bestimmt sich nach folgenden Grundsätzen:

1) Bei Einberufungen für den Dienst eines Bundesstaates kann den diesem Staate angehörigen oder aus dem Kontingente desselben hervorgegangenen Stellenanwärtern vor allen übrigen der Vorzug gegeben werden.
2) Bei Einberufungen für den See-, Küsten- und Seehafendienst sind Unteroffiziere der Marine vor den Unteroffizieren des Landheeres zu berücksichtigen.
3. Insoweit die Grundsätze unter 1 und 2 keinen Vorzug begründen, sind in erster Reihe Unteroffiziere einzuberufen, welche mindestens acht Jahre in dem Heere oder in der Marine aktiv gedient haben. Abweichungen hiervon sind nur in Ausnahmefällen und nur insoweit zulässig, als sie durch ein dringendes dienstliches Interesse bedingt werden.
4. Innerhalb der einzelnen Kategorien von Stellenanwärtern ist bei

der Einberufung die Reihenfolge in dem Verzeichniß (§ 15) in Betracht zu ziehen.

5. Die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung wird bei ihren Anstellungen vorzugsweise die Stellenanwärter desjenigen Staates berücksichtigen, in welchen die Vakanz entstanden ist.

§ 19.

Die Anstellung eines einberufenen Stellenanwärters kann zunächst auf Probe erfolgen oder von einer Probedienstleistung abhängig gemacht werden.

Einberufungen zur Probedienstleistung werden nur erfolgen, insoweit Stellen (§ 9 Abs. 2) offen sind; eine Entlassung Einberufener wegen mangelnder Vakanz wird nicht stattfinden.

Die Probezeit soll, vorbehaltlich der Abkürzung bei früher erwiesener Qualifikation, in der Regel höchstens betragen:

a) für den Dienst als Post- oder Telegraphen-Assistent ein Jahr,
b) für den Dienst in der Eisenbahnverwaltung mit Ausschluß der im § 3 bezeichneten Stellen ein Jahr,
c) für den Dienst bei der Reichsbank ein Jahr,
d) für den Dienst in der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern ein Jahr,
e) für den Dienst in der Straßen- und Wasserbauverwaltung mit Ausschluß der in § 3 bezeichneten Stellen ein Jahr,
f) für den nicht unter a bis e fallenden Reichs- und Staatsdienst sechs Monate.

Spätestens bei Beendigung der Probezeit hat die Anstellungsbehörde darüber Beschluß zu fassen, ob der Stellenanwärter in seiner Stelle zu bestätigen, bezw. in den Civildienst zu übernehmen, oder wieder zu entlassen ist.

§ 20.

Stellenanwärter, welche sich noch im aktiven Militärdienst befinden, werden auf Veranlassung der Anstellungsbehörde durch die vorgesetzte Militärbehörde für die Dauer der Probezeit abkommandirt. Eine Verlängerung der letzteren über die im § 19 bezeichneten Fristen hinaus ist unzulässig.

§ 21.

Den Stellenanwärtern ist während der Anstellung auf Probe das volle Stelleneinkommen, während der Probedienstleistung eine fortlaufende Remuneration von nicht weniger als Dreiviertel des Stelleneinkommens zu gewähren.

§ 22.

Konkurriren bei der etatsmäßigen Besetzung einer den Militäranwärtern vorbehaltenen Stelle mehrere bereits einberufene, aber noch nicht etatsmäßig (§ 13) angestellte Stellenanwärter, so finden die im § 18 festgestellten Grundsätze sinngemäß Anwendung. Einen Anspruch auf vorzugsweise

Berücksichtigung haben jedoch die ehemaligen, mindestens acht Jahre gedienten Unteroffiziere nicht denjenigen Stellenanwärtern gegenüber, deren Gesammtdienstzeit (aktive Militärdienstzeit und Dienstzeit in dem betreffenden Dienstzweige) von längerer Dauer ist, als die von ihnen selbst zurückgelegte.

Nichtversorgungberechtigte, welche für eine den Militäranwärtern ausschließlich vorbehaltene Stelle einberufen worden sind, weil kein geeigneter Stellenanwärter vorhanden war, sind bezüglich der etatsmäßigen Anstellung den Stellenanwärtern, welche nicht nach mindestens achtjähriger aktiver Dienstzeit aus dem Heere oder der Marine als Unteroffizier ausgeschieden sind, gleichzuachten. Jedoch dürfen dieselben nicht vor solchen qualifizirten Stellenanwärtern etatsmäßig angestellt werden, welche in demselben Dienstzweige eine gleiche oder längere Dienstzeit zurückgelegt haben. Dasselbe gilt für die in § 10 Nr. 7 bezeichneten Personen, sofern ihnen die Anstellungsfähigkeit für einen bestimmten Dienstzweig und nicht nur für eine bestimmte Stelle verliehen worden ist.

Das Aufrücken in höhere Diensteinnahmen und die Beförderung in höherer Klasse erfolgt lediglich nach den für die einzelnen Dienstzweige maßgebenden Bestimmungen. Der Besitz des Civilversorgungsscheins begründet dabei keinen Anspruch auf Bevorzugung. Jene Bestimmungen dürfen jedoch ebensowenig Beschränkungen zu ungunsten der Militäranwärter enthalten, vielmehr ist thunlich darauf Bedacht zu nehmen, daß denselben Gelegenheit zur Erwerbung der Qualifikation für das Aufrücken in höhere Dienststellen geboten werde.

Ist für das Aufrücken in höhere Diensteinnahmen oder für die Beförderung in höhere Dienststellen die Gesammtdienstzeit entscheidend, so wird dieselbe für Militäranwärter mindestens von dem Beginn der Probezeit in dem betreffenden Dienstzweige ab berechnet.

§ 23.

Von der Besetzung der den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen haben die Anstellungsbehörden am Schlusse des Quartals den Vermittelungsbehörden ihres Bezirks durch Zusendung einer Nachweisung nach Anlage H Mittheilung zu machen.

Anlage H.

Die Vermittelungsbehörden veranlassen eine entsprechende Bekanntmachung in der Vakanzenliste

§ 24.

Zur Kontrole darüber, daß bei der Besetzung der den Militäranwärtern im Reichsdienst vorbehaltenen Stellen den vorstehenden Grundsätzen gemäß verfahren wird, ist außer den Ressortchefs der Rechnungshof verpflichtet.

Sobald ein Stellenanwärter im Reichsdienst angestellt wird, ist der

ersten Anweisung für die Zahlung des Gehalts oder der Remuneration beglaubte Abschrift des Civilversorgungsscheins beizufügen.

Nach erfolgter etatsmäßiger Anstellung (§ 15) wird der Civilversorgungsschein selbst zu den Akten genommen.

Ist die Besetzung einer vorbehaltenen Stelle des Reichsdienstes durch einen Nichtversorgungsberechtigten erfolgt, so ist zu der Rechnung, aus welcher diese Besetzung zum ersten Male ersichtlich wird, zu bescheinigen und auf Erfordern dem Rechnungshof nachzuweisen, daß bei der Besetzung der Stelle den vorstehenden Grundsätzen genügt worden ist.

Die gleiche Verpflichtung, wie den Ressortchefs und dem Rechnungshofe ist bezüglich der Stellen im Staatsdienst den obersten Verwaltungsbehörden oder nach Anordnung der Landesregierungen den höchsten Rechnungs-Revisionsstellen in den einzelnen Bundesstaaten aufzuerlegen.

Erfolgt die Besetzung der Stellen durch eine oberste Staatsbehörde, so bedarf es eines Nachweises vor der Rechnungs-Revisionsstelle nicht.

§ 25.

Im Falle der Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung gegen einen Militäranwärter ist der Civilversorgungsschein zu den Untersuchungsakten einzufordern. Führt die Untersuchung zu einem rechtskräftigen Erkenntniß, welches auf die zeitige Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter oder auf eine Strafe lautet, welche die dauernde oder zeitige Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter von Rechtswegen zur Folge hat, so ist der Civilversorgungsschein unter Mittheilung der Urtheilsformel derjenigen Militärbehörde zu übersenden, welche den Schein ertheilt hat (§ 1). Andernfalls ist der Civilversorgungsschein derjenigen Behörde zu übersenden, bei welcher der Militäranwärter angestellt oder beschäftigt ist, Militäranwärtern aber, welche im Civildienst noch nicht angestellt oder beschäftigt sind, zurückzugeben.

§ 26.

Der Civilversorgungsschein ist verwirkt, wenn gegen den Inhaber rechtskräftig auf eine Strafe erkannt worden ist, welche die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter von Rechtswegen zur Folge hat.

Lautet das rechtskräftige Erkenntniß nur auf zeitige Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter oder auf eine Strafe, welche die zeitige Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge hat, so wird der Civilversorgungsschein nach Ablauf der Zeit, auf welche sich die Wirkung des Erkenntnisses erstreckt, zurückgegeben, zuvor jedoch von der Militärbehörde (§ 25) mit einem, den wesentlichen Inhalt des Erkenntnisses wiedergebenden Vermerk versehen. Die Anstellung des Inhabers in einer den Militär-

anwärtern vorbehaltenen Stelle ist lediglich dem freien Ermessen der betheiligten Behörden überlassen.

§ 27.

Erfolgt das Ausscheiden aus der Stelle unfreiwillig aus anderen, als den im § 26 bezeichneten Gründen, so sind dieselben in dem Civilversorgungsschein zu vermerken, bevor dessen Rückgabe erfolgt.

Hat die unfreiwillige Entlassung eines Militäranwärters in Folge einer den Mangel an ehrliebender Gesinnung verrathenden Handlung oder wegen fortgesetzt schlechter Dienstführung stattgefunden, so sind die Behörden zur Berücksichtigung des Anstellungsgesuchs nicht verpflichtet.

§ 28.

Erfolgt das Ausscheiden aus der Stelle freiwillig, aber ohne Pension, so ist dies gleichfalls in dem Civilversorgungsschein zu vermerken, bevor dessen Rückgabe erfolgt.

§ 29.

Der Civilversorgungsschein erlischt, sobald sein Inhaber aus dem Civildienste mit Pension (§ 13) in den Ruhestand tritt. Eine Rückgabe des Civilversorgungsscheins findet in diesem Falle nicht statt.

§ 30.

Bereits erworbene Ansprüche werden durch vorstehende Grundsätze nicht berührt.

§ 31.

Vorstehende Grundsätze treten mit dem 1. Oktober 1882, für Elsaß-Lothringen mit dem 1. Oktober 1884 in Kraft.

Anlage A.*)

Civilversorgungsschein.

Dem (Vor- und Zuname, Charge und Truppentheil ꝛc.) ist gegenwärtiger Civilversorgungsschein nach einer aktiven Militärdienstzeit von

. . . . Jahren . . . . Monaten

ertheilt worden.

Er ist auf Grund dieses Scheines zur Versorgung im Civildienste bei den

Reichsbehörden, sowie den Staatsbehörden aller Bundesstaaten

nach Maßgabe der darüber bestehenden Bestimmungen berechtigt.

Der Inhaber bezieht eine Pension von . . . ℳ. . . Pf. monatlich.

N. N, den . . ten . . . . . 18 . . .

(Stempel.)

Alter: . . . . . Jahre.

(№ des Civilversorgungsscheins,)

(№ der Invalidenliste.)

(Behörde, welche über den Anspruch auf den Civilversorgungsschein entschieden hat.)

(Unterschrift des betr. Militärvorgesetzten.)

*) Die Civilversorgungsscheine — Anlage A bis C — sind in Form eines Buches, wie die Militärpässe, anzulegen. Die Vorderseite des Umschlages ist bei dem Civilversorgungsschein nach Anlage A mit einem großen, bei dem Civilversorgungsschein nach Anlage B mit einem kleinen Reichsadler zu versehen. Von den Civilversorgungsscheinen sämmtlicher drei Gattungen erhalten diejenigen, welche für Unteroffiziere bestimmt sind, die nach mindestens achtjähriger aktiver Dienstzeit aus dem Heere oder der Marine ausscheiden, einen Umschlag von rother, alle übrigen Civilversorgungsscheine aber einen solchen von blauer Farbe. Den Civilversorgungsschein werden Nachrichten über den Bezug der Invalidenpension und die Versorgung der Militäranwärter vorgedruckt.

Anlage B.

Civilversorgungsschein.

Dem (Vor- und Zuname, Charge in der Gendarmerie bezw. im Landjägerkorps oder in der Schutzmannschaft) ist gegenwärtiger Civilversorgungsschein nach

einer aktiven Militärdienstzeit von . . . Jahren . . . Monaten
einer weiteren Dienstzeit in der Gendarmerie (bezw. im Landjägerkorps oder in der Schutzmannschaft) von . . . . . = . . . = . . . =
mithin nach einer Gesammtdienstzeit von . . . = . . . = . . . =

ertheilt worden.

Er ist auf Grund dieses Scheines zur Versorgung im Civildienste bei den **Reichsbehörden, sowie den Staatsbehörden des** (Name des Bundesstaats) nach Maßgabe der darüber bestehenden Bestimmungen berechtigt.

Der Inhaber bezieht eine Pension von . . . . . ℳ. . . . Pf. monatlich.

N. N., den . . ten . . . . . 18 . . .

(Stempel.)
Alter: . . . . Jahre.
(№ des Civilversorgungsscheins.)
(№ der Invalidenliste.)

(Behörde, welche über den Anspruch auf den Civilversorgungsschein entschieden hat.)

(Unterschrift des betreffenden Militärvorgesetzten.)

Anlage C.

Civilversorgungsschein.

Dem (Vor- und Zuname, Charge in der Gendarmerie bezw. im Landjägerkorps oder in der Schutzmannschaft) ist gegenwärtiger Civilversorgungsschein nach

einer aktiven Militärdienstzeit von . . . Jahren . . . Monaten
einer weiteren Dienstzeit in der Gendarmerie (bez. im Landjägerkorps oder in der Schutzmannschaft) von . . . . . = . . . = . . . =
mithin nach einer Gesammtdienstzeit von . . . = . . . =

ertheilt worden.

Er ist auf Grund dieses Scheines zur Versorgung im Civildienste bei den **Staatsbehörden des** (Name des Bundesstaats)

nach Maßgabe der darüber bestehenden Bestimmungen berechtigt.

Der Inhaber bezieht eine Pension von . . . . . ℳ. . . . Pf. monatlich.

N. N., den . . ten . . . . . 18 . . .

(Stempel.)

Alter: . . . . Jahre.

(№ des Civilversorgungsscheins.)

(№ der Invalidenliste.)

(Behörde, welche über den Anspruch auf den Civilversorgungsschein entschieden hat.)

(Unterschrift des betreffenden Militärvorgesetzten.)

Anlage D.

Verzeichniß

der den Militäranwärtern im Reichsdienst vorbehaltenen*) Stellen.

I. Bei sämmtlichen Verwaltungen.

Kanzleibeamte (Kanzleisekretäre, Kanzlisten, Kanzleiassistenten, Kanzleidiätare, Kopisten, Lohnschreiber u. s. w.), mit Ausnahme der Stellen dieser Art bei der Reichskanzlei, dem Chiffrirbüreau des Auswärtigen Amts, den Gesandschaften und Konsulaten, sowie der Stellen der Diätarien und des vierten Theiles der etatsmäßigen Sekretäre der Geheimen Kanzlei des Auswärtigen Amts,

Botenmeister,
Aufseher (Magazin-, Bau- und andere Aufseher),
Diener (Büreau-, Haus-, Kanzlei-, Kassen- und andere Diener und Boten),
Hauswart, Hausmänner und Hausknechte,
Kastellane,
Ofenheizer,
Portiers, Pförtner, Thürsteher,
Wächter und Nachtwächter,
Wärter (Arrestwärter, Aufwärter, Bahn-, Barrieren-, Brückenwärter, Hausaufwärter, Kasernen-, Kranken-, Lampen-, Lauf-, Lazareth-, Tunnel- und andere Wärter),

mit Ausnahme der Stellen dieser Art bei den Gesandtschaften und Konsulaten.

II. Militärverwaltung.

1. Kriegsministerium:
   Kalkulatoren,
   Zeichner,
   Kalkulaturassistenten.
2. General-Auditoriat:
   Geheime expedirende Sekretäre,
   Geheime Registratoren,
   Geheimer Journalist,
3. Generalstab:
   Büreauvorsteher,
   Rechnungsführer,
   Registratoren.

*) Die in diesem Verzeichnisse aufgeführten Stellen sind den Militäranwärtern ausschließlich vorbehalten, soweit bei den einzelnen Kategorien von Stellen etwas anderes nicht ausdrücklich bemerkt ist.

4. General-Inspektion des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens:
   Sekretär und Registrator,
   Registraturassistent.
5. General-Militärkasse:
   Rendant,
   Ober-Buchhalter,
   Kassirer,
   Buchhalter,
   Geheime Sekretäre,
   Kassenassistenten.
6. Gouvernement Rastatt:
   Registrator.
7. Festungs-Inspektionen:
   Festungsinspektionssekretäre,
   Festungsinspektionsbüreau-Assistenten.
8. Intendanturen:
   Intendantursekretäre, soweit sie nicht aus Zahlmeisteraspiranten ergänzt werden,
   Intendanturregistratoren.
   Intendantursekretariats-Assistenten, soweit sie nicht aus Zahlmeisteraspiranten ergänzt werden.
   Intendanturregistratur-Assistenten.
9. Artillerie-Prüfungskommission:
   Registrator.
10. Festungsgefängnisse:
    Rendanten,
    Maschinisten,
11. Fortifikationen:
    Fortifikationssekretäre,
    Fortifikationsbüreau-Assistenten.
12. Garnisonverwaltungen:
    Garnisonverwaltungsdirektoren und Ober-Inspektoren,
    Garnisonverwaltungsinspektoren bezw. selbständige Kaserneninspektoren,
    Kaserneninspektoren.
13. Invalidenhäuser:
    Inspektor,
    Rendanten.
14. Kadettenanstalten:
    Rendanten,

Registrator und Journalist,
Kassensekretär,
Rendanturgehülfe.

15. Kriegs-Akademie:
Rendant.

16. Lazarethe:
Ober-Lazarethinspektoren,
Lazarethverwaltungsinspektoren bezw. alleinstehende Lazarethinspektoren,
Lazarethinspektoren.

17. Medizinisch-chirurgisches Friedrich-Wilhelms-Institut:
Rendant.

18. Militärgerichte:
Militärgerichtsaktuarien.

19. Militär-Knaben-Erziehungs-Institut in Annaburg:
Rendant,
Oekonomieinspektor,
Utensilieninspektor,
Sekretär.

20. Militär-Roßarztschule:
Verwaltungsinspektor.

21. Montirungsdepot:
Montirungsdepotrendanten,
Montirungsdepotkontrolöre,
Montirungsdepotassistenten.

22. Ober-Militär-Examinations-Kommission:
Registrator.

23. Proviantämter:
Proviantmeister,
Reservemagazinrendanten,
Proviantamtskontrolöre,
Depotmagazinverwalter,
Proviantamtsassistenten.

24. Pulverfabriken:
Rendanten,
Betriebsinspektoren,
Materialienverwalter,
Materialienschreiber.

25. Reitinstitut:
Stallmeister.

26. Remontedepots:
Remontedepotadministratoren,

Inspektoren,
Ober-Roßärzte bezw. Roßärzte,
Rechnungsführer.

27. Unteroffiziervorschule zu Weilburg:
Rendant.

28. Vereinigte Artillerie- und Ingenieurschule:
Rendant.

29. Zahlungsstelle 14. Armeekorps.
Rendant,
Buchhalter,
Kassenassistent.

30. Allgemein:
Backmeister,
Druckergehülfen,
Futtermeister,
Gärtner,
Küster,
Kustoden,
Maschinenaufseher und Heizer,
Maschinisten,
Mühlenmeister,
Oberdrucker,
Packmeister,
Röhrmeister,
Tafeldecker,
Todtengräber,
Waschmeister,
Werkmeister.

III. Marineverwaltung.*)

†Sekretariatsassistenten } in der Admiralität und im hydrographischen
Registraturassistenten } Amte,
Marine-Intendantursekretäre und
Marine-Intendantur-Sekretariatsassistenten, soweit sie nicht aus Personen des aktiven Dienststandes ergänzt werden,
Marine-Intendanturregistratoren,
Marine-Intendantur-Registraturassistenten,
Sekretär und Registrator } bei der Seewarte,
Sekretariats- und Registraturassistent }

*) Die mit einem † bezeichneten Stellen sind solche, bei welchen Unteroffiziere der Marine vor Unteroffizieren des Landheeres zu berücksichtigen sind.

Rendanten, Kontrolöre, Büreauassistenten } bei der Bekleidungsverwaltung,

Werft-Rendanten,
Werft-Verwaltungs-Sekretäre,
Werft-Betriebs-Sekretäre,
Werft-Sekretariats-Assistenten,
Werftschreiber und Werfthülfsschreiber,
† Werftoberbootsleute, Werftbootsleute, Führer und Maschinisten der Werftfahrzeuge,
† Schleusenmeistergehülfen,
† Spritzenmeister,
} soweit sie nicht aus Personen des aktiven Dienststandes ergänzt werden.

Marine-Gerichtsaktuare,
Lazareth- und Kaserneninspektoren,
† Schiffs-Lazarethdepotverwalter,
† Materialienverwalter,
† Schiffsführer und Maschinisten,
† Steuerleute, Lotsen,
† Leuchtthurmwärter, Leuchtthurmwärtergehülfen und Nebelsignalwärter
} beim Lotsen- 2c. Wesen,

† Maschinisten und Heizer für Wasserheizanlagen und Wasserleitungen,

Drucker, Druckereigehülfe } in der Admiralität,

Bauschreiber,
Küster.

IV. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

Postpackmeister, Postschaffner bei den Ober-Postdirektionen und den Ober-Postkassen, sowie im Packetbestellungs- und im Postbegleitungsdienste,
Packetträger, Stadtpostboten, Landbriefträger, Postboten,
Postschaffner im inneren Dienste bei den Post- bezw. Telegraphenämtern,
Briefträger,
} mindestens zu zwei Dritteln,

Büreau- und Rechnungsbeamte II. Klasse bei den Ober-Postdirektionen (Büreauassistenten), } mindestens zur Hälfte,

Ober-Telegraphenassistenten, Telegraphenassistenten, } zu zwei Dritteln,

Ober-Postassistenten, Postassistenten, Postverwalter, } zu einem Drittel.

V. Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Materialienverwalter II. Klasse,
Zugführer und Ober-Packmeister,
Telegraphisten,
Packmeister,
Schaffner,
Bremser,
Schmierer,
Lademeister,
Wägemeister,
Weichensteller und Haltestellen-Aufseher,
Rangirmeister,
Rottenführer,
Billetdrucker,
Stationsvorsteher I. Klasse,
Stations-Kassenrendanten I. Klasse,
Güterexpedienten I. Klasse,
Stationsvorsteher II. Klasse,
Stations-Kassenrendanten II. Klasse,
Güterexpedienten II. Klasse,
Stationsaufseher,
Stationsassistenten für den Stationsdienst,
desgl. „ „ Expeditionsdienst,
} zu zwei Dritteln,

Eisenbahnsekretäre,
Materialienverwalter I. Klasse,
Betriebssekretäre,
Büreauassistenten und Diätare,
} zur Hälfte.

VI. Reichsbank.

Bei der Hauptbank und den Zweiganstalten:

Registratoren,
Registraturassistenten,
Geldzähler,
Kalkulatoren,
Unter-Kalkulatoren,
} mindestens zur Hälfte.

Anlage E1.

Bescheinigung.

Dem (Vor- und Zuname, Charge und Truppentheil ꝛc. — bezw. Charge in der Gendarmerie, in dem Landjägerkorps oder in der Schutzmannschaft) kann eine der den Militäranwärtern im

Reichs- und Staatsdienste

vorbehaltenen Stellen übertragen werden.

Inhaber bezieht eine Pension von . . . ℳ. . . Pf. monatlich.

N. N., den . . ten . . . . . 18 . . .

(Stempel.)

Alter: . . . . . Jahre.

(№ der Bescheinigung.)

(№ der Invalidenliste.)

(Behörde, welche über die Ertheilung der Bescheinigung entschieden hat.)

(Unterschrift des betr. Militärvorgesetzten.)

Anlage E2.

Bescheinigung.

Dem (Vor- und Zuname, Charge und Truppentheil ꝛc. — bezw. Charge in der Gendarmerie, in dem Landjägerkorps oder in der Schutzmannschaft) kann eine der den Militäranwärtern im

Reichsdienste, sowie im Staatsdienste des (Name des Bundesstaats)

vorbehaltenen Stellen übertragen werden.

Inhaber bezieht eine Pension von . . . . . ℳ. . . . Pf. monatlich.

N. N., den . . ten . . . . . 18 . . .

(Stempel.)

Alter: . . . . Jahre.

(№ der Bescheinigung.)

(№ der Invalidenliste.)

(Behörde, welche über die Ertheilung der Bescheinigung entschieden hat.)

(Unterschrift des betreffenden Militärvorgesetzten.)

Anlage E.3

Bescheinigung.

Dem (Vor- und Zuname, Charge und Truppentheil ꝛc. — bezw. Charge in der Gendarmerie, in dem Landjägerkorps oder in der Schutzmannschaft) kann eine der den Militäranwärtern im

Staatsdienste des (Name des Bundesstaats)

vorbehaltenen Stellen übertragen werden.

Inhaber bezieht eine Pension von . . . . . ℳ. . . . Pf. monatlich.

N. N., den . . ten . . . . . 18 . . .

(Stempel.)

Alter: . . . . Jahre.

(№ der Bescheinigung.)

(№ der Invalidenliste.)

(Behörde, welche über die Ertheilung der Bescheinigung entschieden hat.)

(Unterschrift des betreffenden Militärvorgesetzten.)

Anlage F
(zu § 15)

(Behörde.)

Liste

der

Anwärter für die Anstellung im (oberen Garnisonverwaltungsdienst).

Anmerkungen.

1. Für jeden Dienstzweig ist eine besondere Liste zu führen.
2. Die Listen sind unter Beachtung des § 18 der Grundsätze in folgende Abschnitte einzutheilen:
   I. Abschnitt. Unteroffiziere, welche mindestens acht Jahre in dem Heere oder in der Marine aktiv gedient haben.
   II. Abschnitt. Unteroffiziere, welche weniger als acht Jahre in dem Heere oder in der Marine aktiv gedient haben, sowie die Gemeinen.
3. Bei den Stellen des See-, Küsten- und Seehafendienstes würden in Rücksicht auf das Vorzugsrecht der Unteroffiziere der Marine entsprechende weitere Abschnitte voranzustellen sein.
4. Es bleibt den Behörden unbenommen, noch weitere Eintragungen in den Listen vorzunehmen, wenn dies für nothwendig gehalten wird.

Laufende Nummer.	Datum des Eingangs der Meldung bezw. der bestandenen Vorprüfung.	Beim Militär erdiente Charge.	Vor- und Zuname.	Jetziges Verhältniß. — Aufenthaltsort.	Geburtstag und Jahr.	Geburtsort, Kreis, Provinz, Bundesstaat.
1.	5. März 1875.	Feldwebel.	Karl Wilh. Frobe.	Eisenbahn-Büreaudiätar. — Bromberg.	4. Juni 1841.	Potsdam, Kreis Potsdam. Preußen.
2.	1. April 1881.	Sergeant.	Peter Albert Mai.	Sergeant im 4. Ostpreuß. Grenadier-Reg. Nr. 5. — Danzig.	1. Juli 1844.	Praust, Kreis Danzig. Preußen.

Dienstzeit im Militär von bis	Dienstzeit im Militär Jahr.	Dienstzeit im Civil von bis	Dienstzeit im Civil Jahr.	Datum und Nummer des Civilversorgungsscheines.	Kautionsfähig bis zum Betrage von Mark.	Besondere Wünsche in Bezug auf die Anstellung.	Ob und für welche Stellen desselben Geschäftsbereichs*) der Anwärter notirt ist.	Behörde, bei welcher der Anwärter etatsmäßig angestellt ist. — Datum der Anstellung.	Bemerkungen. (Datum der Wiederholung der Meldung.)
1. Oktober 1862 bis 1. Juli 1875.	$12^{9}/_{12}$	—	—	1. Oktober 1874. III. 88/74.	1 000	—	—	Eisenbahndirektion Bromberg. — 1. Juni 1880.	
1. Oktober 1868.	$12^{1}/_{2}$	—	—	1. Oktober 1880. I. 50/80.	1 000	—	Lazareth-Inspektor.	—	

Anmerkung.
*) Siehe §6. der Grundsätze.

(Behörde.)

Anlage G.

Nachweisung

einer (von)

Vakanz(en) in den für Militäranwärter vorbehaltenen Stellen.

1.	2.			3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Nr.	Die Vakanz tritt ein:			Nähere Bezeichnung der Stelle.	Bezeichnung der Anforderungen, welche an die Bewerber gestellt werden.	Dauer der etwa der Anstellung vorangehenden Probezeit.	Die Anstellung erfolgt: a) auf Lebenszeit, b) auf Kündigung.	Betrag der zu bestellenden Kaution und ob dieselbe durch Gehaltsabzüge gedeckt werden kann.	Einkommen der Stelle.	Angabe ob Aussicht auf Verbesserungen vorhanden.	Bemerkungen.
	wann?	wo?	bei welcher Behörde?								

N., den . . ten . . . . . 18 . .

(Unterschrift.)

Abgesandt:

Eingegangen:

Anlage H.

(Behörde.)

Nachweisung

der

für Militäranwärter vorbehaltenen Stellen, welche im Laufe des Vierteljahres 18..... besetzt worden sind.

Ort.	Probeweise*) besetzte Stellen.	Wirklich besetzte Stellen, und zwar durch		Nummer		Datum der Vakanzennachweisung.	Bemerkungen.
		nicht etatsmäßige Anstellung.	etatsmäßige Anstellung.	des Civilversorgungsscheines.	der Anstellungsbescheinigung.		
A. Anstellungen von Militäranwärtern.							
I. In Stellen, welche durch die Vakanzenliste veröffentlicht sind.							
N.	Grenzaufseher N. N.	.	.	IX.78|75	.	5. 3. 78.	
M.	.	Polizeisergant. N. N.	.	XI.68|77	.	4. 4. 78.	
II. In Stellen, welche nicht durch die Vakanzenliste veröffentlicht sind.							
S.	Güterexpeditionsassistent N. N.	.	.	I. 3/77	.	.	
B.	.	.	Militärintendantur-Registraturassistent N. N.	III. 5/78	.	.	
O.	.	Schuldiener N. N.	.	.	II. 5/77	.	
B. Anstellungen von Civilanwärtern.							
I. Weil sich überhaupt keine Militäranwärter gemeldet haben.							
K.	Strafanstaltsaufseher. N. N.	.	.	.	.	11. 1. 78.	
R.	.	Polizeidiener. N. N.	.	.	.	5. 3. 78.	
II. Weil sich keine geeigneten Militäranwärter gemeldet haben.							
L.	Stationsassistent. N. N.	.	.	.	.	4. 4. 78.	

N, den .....ten ..... 18.....

(Unterschrift.)

*) Probeweise Anstellung und Probedienstleistung.

Erläuterungen

zu den

Grundsätzen, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern.

I. Zu § 1. Der Civilversorgungsschein giebt dem Inhaber kein Recht auf eine bestimmte Dienststelle.

II. Zu § 2. Gemeindedienststellen fallen nicht unter die Bestimmungen des Entwurfs.

III. Zu § 3 ꝛc.

1. Stellen oder Verrichtungen, welche als Nebenamt versehen werden, fallen nicht unter die Bestimmungen des Entwurfs; dieselben sind daher den den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen nicht zuzuzählen.
2. Bei Berechnung der Zahl der den Militäranwärtern vorzubehaltenden Stellen sind diejenigen Stellen nicht in Betracht zu ziehen, bezüglich welcher den Anstellungsbehörden freie Hand gelassen ist.

IV. Zu § 7. Stellen, deren Inhaber — wenn sie auch in Pflichten genommen sein sollten — ihr Einkommen nicht unmittelbar aus der Staatskasse beziehen (Privatgehülfen), brauchen in die nach § 7 anzulegenden Verzeichnisse nicht aufgenommen zu werden.

V. Zu § 8. Das dem § 8 als Anlage D angehängte Verzeichniß der Stellen im Reichsdienst präjudizirt den von den Landesregierungen aufzustellenden Verzeichnissen nicht.

VI. Zu §§ 9 und 10. Die in § 9 Abs. 1 enthaltene Regel, daß die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen mit anderen Personen nicht besetzt werden dürfen, sofern befähigte und zur Uebernahme der Stellen bereite Militäranwärter vorhanden sind, steht — abgesehen von den Ausnahmen des § 10 — der Anwendung der Bestimmungen in § 22 Abs. 3 und in § 30 nicht entgegen. Auch bleibt den Landesregierungen die Befugniß, Versetzungen von Beamten (Bediensteten im weiteren Sinne) von Stelle zu Stelle vorzunehmen. Eine solche Versetzung in eine den Militäranwärtern vorbehaltene Stelle darf jedoch nur dann erfolgen, wenn dadurch eine den Militäranwärtern nach Maßgabe dieser Grundsätze zugängliche Stelle frei wird. Auch von solchen Versetzungen ist dem zuständigen Kriegsministerium Kenntniß zu geben.

VII. Zu § 12. Die Anstellungsbehörden werden durch die Landesregie-

rungen bestimmt. Diesen soll unbenommen sein, Zentralstellen einzurichten, an welche sämmtliche Bewerbungen ausschließlich zu richten sind, welchen die Anstellungsbehörden die zu besetzenden Stellen mitzutheilen haben und welche den Anstellungsbehörden die bei Einberufung der Stellenanwärter in Betracht zu ziehende Reihenfolge bezeichnen.

VIII. Zu § 16. Die Vermittelungsbehörden werden von den in den einzelnen Bundesstaaten zuständigen Organen bestimmt.

IX. Zu § 18. Als aus dem Kontingent Elsaß-Lothringens hervorgegangen werden alle diejenigen betrachtet, welche einem in Elsaß-Lothringen garnisonirenden Truppentheil angehört haben.

X. Zu § 30. Es handelt sich hier nicht um erworbene Rechtsansprüche, sondern um Anwartschaften; so soll insbesondere ein erworbener Anspruch dann als vorhanden angenommen werden, wenn für gewisse Dienstzweige die Prüfung bestanden oder der Vorbereitungsdienst zum größeren Theil absolvirt ist.

Berlin, den 25. März 1882.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: v. Boetticher.

№ 10.

Bekanntmachung,
betreffend
Abänderung und Ergänzung des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands.

In Gemäßheit des vom Bundesrath in seiner Sitzung vom 28. März d. J. auf Grund des Art. 45 der Reichsverfassung gefaßten Beschlusses treten mit dem 15. April d. J. nachstehende Abänderungen und Ergänzungen der Anlage D zum § 48 des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands in Kraft:

I. Unter Nr. 1 ist Absatz 4 zu streichen bis auf die Worte „Zündschnüre mit Ausnahme der Sicherheitszünder (vergleiche unten Nr. V)".

II. Unter Nr. I 1 sind
in Absatz 2 zu streichen: „Zündungen" und hinter „Feuerwerkskörper" einzuschalten „Zündschnüre",

in Absatz 3 zu streichen: „sprengkräftige Zündungen" und hinter „oder" einzuschalten „Zündschnüre (ausschließlich Sicherheitszünder)".

der Absatz 4 zu streichen.

III. Unter I 3 Absatz 5 ist zu streichen das Wort „Zündungen" und hinter dem Worte „Feuerwerkskörpern" einzuschalten „Zündschnüren (ausschließlich Sicherheitszünder)".

IV. Unter Nr. I 4 Absatz 5 ist hinter dem Worte „Feuerwerkskörper" einzuschalten „Zündschnüre (ausschließlich Sicherheitszünder)".

V. Die Nr. 3 erhält folgende Fassung:

III. Zündhütchen für Schußwaffen und Geschosse, Zündspiegel, nicht sprengkräftige Zündungen, Patronenhülsen mit Zündvorrichtung und fertige Metallpatronen müssen sorgfältig in feste Kisten oder Fässer verpackt sein. Jedes Kollo, welches fertige Metallpatronen oder nicht sprengkräftige Zündungen enthält, muß mit einer den Inhalt deutlich kennzeichnenden Aufschrift versehen sein.

Sprengkräftige Zündungen, d. h. Sprengkapseln (Sprengzündhütchen) und elektrische Minenzündungen werden unter folgenden Bedingungen befördert.

A. **Sprengkapseln (Sprengzündhütchen).**

1. Sprengkapseln (Sprengzündhütchen) sind neben einander mit der Oeffnung nach oben in starke Blechdosen, von welchen jede nicht mehr als 100 Stück enthalten darf, dergestalt zu verpacken, daß eine Bewegung oder Verschiebung der einzelnen Kapseln auch bei Erschütterungen ausgeschlossen ist.

   Der leere Raum in den einzelnen Kapseln und zwischen denselben ist mit Sägemehl oder ähnlichem Material vollständig auszufüllen.

   Der Boden und die innere Seite des Deckels der Blechdosen sind mit einer Filz- oder Tuchplatte, die inneren Seitenwände der Dosen mit Kartonpapier dergestallt zu bedecken, daß eine unmittelbare Berührung der Sprengkapseln mit dem Dosenblech ausgeschlossen ist.

2. Die gefüllten Blechdosen sind in eine Holz- oder starke Blechkiste und diese wiederum in eine hölzerne Ueberkiste zu verpacken. Die Wandstärke der inneren Holzkiste darf nicht unter 22 mm, die der Ueberkiste nicht unter 25 mm betragen.

3. Der Raum zwischen Kiste und Ueberkiste muß mindestens

30 mm betragen und mit Sägespänen, Stroh, Werg oder ähnlichem Material ausgefüllt sein.

4. Die einzelne Kiste darf an Sprengsatz nicht mehr als 20 kg enthalten und muß mit 2 starken Handhaben versehen sein.

5. Jede äußere Kiste muß eine den Inhalt deutlich kennzeichnende Aufschrift tragen.

6. Jeder Sendung muß eine vom Fabrikanten und einem vereideten Chemiker ausgestellte Bescheinigung über die Beachtung der vorstehend unter Nr. 1 bis 5 getroffenen Vorschriften beigegeben werden.

Eine gleiche Bescheinigung ist von dem Versender auf dem Frachtbriefe unter amtlicher Beglaubigung der Unterschrift auszustellen.

B. Elektrische Minenzündungen.

1 Die elektrischen Zündungen mit kurzen Drähten oder festem Kopf sind in starke Blechdosen, von welchen jede nicht mehr als 100 Stück enthalten darf, aufrecht gestellt zu verpacken. Die Behälter sind mit Sägemehl oder ähnlichem Material vollständig auszufüllen.

Statt der Blechdosen können auch Schachteln aus starkem und steifem Pappdeckel zur Verwendung kommen. Die gefüllten Dosen oder Schachteln sind in eine Holz- oder starke Blechkiste und diese wiederum in eine hölzerne Ueberkiste zu verpacken. Die Wandstärke der inneren Holzkiste darf nicht unter 22 mm, die der Ueberkiste nicht unter 25 mm betragen.

2. Die elektrischen Zündungen an langen Guttaperchadrähten oder Holzstäben sind zu höchstens 10 Stück zusammengebunden, in Packete zu vereinigen, von welchen jedes nicht mehr als 100 Stück Zündungen enthalten darf. Die Zünder müssen abwechselnd an das eine und an das andere Ende des Packets zu liegen kommen. Von diesen Packeten sind je höchstens 5 zusammengebunden, in starkes Papier gewickelt und verschnürt, in eine Holz- oder starke Blechkiste zu verpacken, welche mit Heu, Stroh oder ähnlichem Material auszufüllen ist. Diese Kiste ist in eine hölzerne Ueberkiste zu verpacken, deren Wandstärke nicht unter 25 mm betragen darf.

3. Im übrigen finden die vorstehenden Bestimmungen unter A 3 bis 6 Anwendung.

Berlin, den 30. März 1882.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

v. Boetticher.

№ 11.

Bekanntmachung,

die in der Bekanntmachung vom 10. Februar l. J. geschehene Festsetzung der Ablösungspreise für kleine Naturalabgaben während des Zeitraumes vom 9. Februar 1882 bis dahin 1888 betreffend.

Die in der Bekanntmachung vom 10. Februar l. J. geschehene Festsetzung der Ablösungspreise für kleine Naturalabgaben während des Zeitraumes vom 9. Februar 1882 bis dahin 1888 hat die nachträgliche Zustimmung des Landtages erhalten.

Detmold, den 6. April 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.

Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 26. April 1882.

№ 12.

Gesetz,

Maßregeln gegen die Reblaus betreffend, vom 6. April 1882.

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar**, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg u. s. w. verordnen mit Zustimmung des Landtags, was folgt:

§ 1.

Wenn das Vorhandensein der Reblaus (Phylloxera vastatrix) auf einem zur Rebcultur benutzten Grundstücke oder an einzeln stehenden Rebstöcken von den durch das Reichsgesetz vom 6. März 1875 bestimmten Organen, oder anderen Sachverständigen festgestellt worden ist, so kann

1. verboten werden, daß Reben und Rebtheile, sowie andere Pflanzen und Pflanzentheile, gleichviel ob bewurzelt oder unbewurzelt, von diesem Grundstücke abgegeben oder überhaupt entfernt werden,
2. die Vernichtung der inficirten Rebculturen und die Desinfection des Bodens angeordnet und ausgeführt werden,
3. die Benutzung des desinficirten Bodens zur Rebcultur für einen bestimmten Zeitraum untersagt werden.

Zum Erlaß des unter 1 bezeichneten Verbots ist das betr. Fürstliche Verwaltungsamt, bezw. der betr. Magistrat zum Erlaß der unter 2 bezeichneten Anordnungen und des unter 3 bemerkten Verbots Unsere Regierung zuständig.

Die vorbezeichneten oder sonst erforderlichen Maßregeln können einzeln oder in Verbindung angeordnet, auf einzelne Theile des Grundstückes be-

schränkt, anderer Seits, sofern die Reblauskrankheit räumlich einen größeren Umfang erreicht, auf eine ganze Gemarkung oder mehrere Gemarkungen ausgedehnt werden.

Die Rebculturen unterliegen jeder Zeit der Beaufsichtigung und Untersuchung durch von Unserer Regierung zu ernennende Sachverständige.

§ 2.

Die nach § 1 erlassenen Anordnungen sind, sofern sie einzelne Grundstücke betreffen, den Eigenthümern oder Nutzungsberechtigten schriftlich mitzutheilen, wenn sie eine oder mehrere Gemarkungen betreffen, im Amtsblatte bekannt zu machen. Die nach § 1 Nr. 1 von Fürstlichem Verwaltungsamte bezw. dem Magistrate erlassene Anordnung wird für den Einzelnen schon durch mündliche Anordnung wirksam, jedoch hört die Wirksamkeit des Verbotes auf, wenn nicht binnen 48 Stunden dasselbe schriftlich wiederholt wird. Die nach § 1 Nr. 2 und 3 erlassenen Anordnungen sind den Betheiligten stets schriftlich und zwar mit der Eröffnung mitzutheilen, daß diese Maßregel erst nach Ablauf von zehn Tagen, von der Zustellung an gerechnet, vollzogen werde und bis dahin das Recht der Beschwerde bei Unserer Regierung offenstehe.

§ 3.

Gegen das von einem Fürstlichen Verwaltungsamte bezw. einem Magistrate nach § 1 erlassene Verbot findet die Beschwerde an Unsere Regierung statt; bis zur Erledigung derselben bleibt dasselbe aufrecht erhalten.

Wenn Unsere Regierung nach § 1 Nr. 2 die Vernichtung von inficirten Rebculturen oder die Desinfection von Grund und Boden angeordnet hat, dürfen diese Maßregeln erst nach Ablauf von 10 Tagen nach der in Gemäßheit des § 2 erfolgten Zustellung oder Bekanntmachung der Anordnung vollzogen werden. Wird in dieser Frist bei dem mit dem Vollzug beauftragten Fürstlichen Verwaltungsamte bezw. dem Magistrate eine Remonstration gegen die bezüglichen Anordnungen eingereicht, so ist dieselbe von der gedachten Behörde sofort der Regierung vorzulegen und der Vollzug noch weiter bis zur Entscheidung über die Remonstration auszusetzen.

§ 4.

Jeder Eigenthümer oder Nutzungsberechtigte ist verpflichtet, von dem Vorhandensein der Reblaus auf seinen Grundstücken und von allen verdächtigen Erscheinungen, welche das Vorhandensein der Reblaus befürchten lassen, dem betr. Fürstlichen Verwaltungsamte bezw. dem betr. Magistrate unverzüglich Anzeige zu machen.

§ 5.

Die durch die Vernichtung der Rebculturen und Desinfection des Bodens entstehenden Kosten fallen dem Staate zur Last. Derjenige, dessen

Rebculturen von den im § 1 bezeichneten Maßregeln betroffen werden, ist befugt, den Ersatz des Werthes der auf obrigkeitliche Anordnung vernichteten und des Minderwerthes der bei der Untersuchung beschädigten gesunden Reben aus der Staatscasse zu verlangen. Der Anspruch auf Entschädigung geht verloren, wenn der Eigenthümer oder Nutzungsberechtigte der im § 4 ihm auferlegten Verpflichtung wissentlich oder aus schuldhaftem Versehn nicht nachgekommen ist.

Ueber den Anspruch auf Entschädigung und deren Höhe ist der Rechtsweg zulässig. Die Klage muß bei Verlust des Klagrechts binnen sechs Monaten nach Empfang der über die Entschädigungsforderung definitiv sich aussprechenden Verfügung der Regierung bei dem zuständigen Gerichte angebracht werden.

§ 6.

Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Anordnungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft.

§ 7.

Unsere Regierung ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Detmold, den 6. April 1882.

Woldemar
Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

№ 13.

Gesetz,
die Ergänzung der Bestimmung in § 2c des Gesetzes vom 6. Juni 1868 über die Klassensteuer und die klassificirte Einkommensteuer betreffend, vom 6. April 1882.

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar**, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. verordnen hierdurch mit Zustimmung des Landtags, was folgt:

An die Stelle von § 2c des Gesetzes, betreffend die Klassensteuer und die klassificirte Einkommensteuer, vom 6. Juni 1868, tritt nachstehende Bestimmung:

c. die Unteroffiziere und Soldaten der Reserve und der Landwehr für die Monate, in welchen sie zur Fahne einberufen sind, sowie die zu

Uebungen herangezogenen Mannschaften der Ersatz-Reserve erster Klasse für die Monate, in welchen solche Uebungen abgehalten werden.

Diese Befreiung von der Steuerzahlung erstreckt sich auf etwaige Familien, denen obige Personen vorstehen.

Die Steuerfreiheit wird für die ganzen Monate auch dann gewährt, wenn nur in einem Theile derselben die militärische Dienstleistung stattfindet.

Detmold, den 6. April 1882.

Woldemar

Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

№ 14.

Gesetz,
betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes,
vom 8. April 1882.

Von Gottes Gnaden Wir **Günther, Friedrich, Woldemar,** regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. verordnen mit Zustimmung des Landtages was folgt:

§ 1.

Wer außerhalb seines Wohnortes und ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung die Waaren eines Wanderlagers von einer festen Verkaufsstätte aus feilbieten will, hat vom 1. Januar 1882 ab neben und unabhängig von der Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen (Gesetz, betr. die Einführung einer Gewerbesteuer vom 19. Februar 1878 unter III, L. V. Bd. XVII. S. 172 ff.) in jedem Orte, an welchem er das Geschäft betreibt, oder durch Vermittlung eines daselbst einheimischen Verkäufers oder Auctionators betreiben läßt, eine nach den folgenden Vorschriften für die Stadt- und Amtsgemeinden zu erhebende Steuer zu entrichten.

Durch die Erfüllung der gesetzlichen Förmlichkeiten der Begründung des Wohnsitzes oder einer gewerblichen Niederlassung wird der Inhaber eines Wanderslagers von der Entrichtung der Steuer nicht befreit, wenn die begleitenden Umstände erkennen lassen, daß die Förmlichkeiten behufs Verdeckung des Wanderlagerbetriebes erfüllt sind.

Das Veranstalten einer Auction von Waaren eines Wanderlagers wird dem Feilbieten derselben gleich geachtet.

§ 2.

Werden die Waaren eines Wanderlagers an einem Orte in mehreren Verkaufslocalen (gleichzeitig oder nach einander) feilgeboten, so ist für jedes derselben die Steuer besonders zu entrichten.

§ 3.

Der in diesem Gesetze vorgeschriebenen Besteuerung ist nicht unterworfen:

1) der Markt- und Meßverkehr, sowie der Verkauf von Ausstellungsobjecten auf öffentlichen, von den zuständigen Behörden genehmigten Ausstellungen,

2) die Errichtung fester Verkaufsstellen für die Dauer der Kurzeit (Saison) in Bade-, Brunnen- und ähnlichen Orten,

3) das Feilbieten von Lebensmitteln aller Art,

4) außerdem kann die Regierung für gewisse Gewerbsarten oder in einzelnen Fällen den Geschäftsbetrieb steuerfrei gestatten.

§ 4.

Die Steuer beträgt für jede Woche der Dauer des Wanderlagerbetriebes in den Orten der ersten und zweiten Gewerbesteuerabtheilung 40 ℳ,

der dritten Gewerbesteuerabtheilung 30 ℳ.

Eine Theilung der Steuersätze für einen kürzeren als einwöchigen Betrieb findet nicht statt.

Die Woche wird vom Tage der Eröffnung des Betriebes bis zum Anfange des entsprechenden Tages der nächsten Kalenderwoche gerechnet. Eine Unterbrechung oder frühere Beendigung des Betriebes vor Ablauf der Woche bleibt unberücksichtigt.

Für die Wanderauctionen wird dieselbe Steuer für den Tag erhoben.

§ 5.

Die Isteinnahme der Steuer wird der Stadt- und Amtsgemeinde, in deren Bezirk der Wanderlagerbetrieb stattgefunden hat, überwiesen.

Für die Erhebung der Steuer durch die Staatssteuerbeamten sind von der zu überweisenden Isteinnahme drei Procent als Erhebungskosten für die Landcasse vorweg in Abzug zu bringen. Im Uebrigen steht weder dem Staate noch den Gemeinden für ihre Mitwirkung bei Festsetzung und Erhebung der Steuer ein Anspruch auf Vergütung zu.

§ 6.

Wer ein nach § 1 steuerpflichtiges Gewerbe beginnen, oder nach Ablauf der Zeit (§ 4), für welche die Steuer entrichtet ist, fortsetzen oder wieder beginnen will, ist verpflichtet, davon der Verwaltungsbehörde des Orts, unter Angabe der Verkaufsstelle und der Dauer des Betriebes (§ 4) Anzeige zu machen und den in der Anmeldnngsbescheinigung bestimmten

Steuerbetrag an die daselbst bezeichnete Empfangsstelle gegen Quittung vor Eröffnung des Betriebes zu entrichten.

In den Fällen des § 2 ist die gleiche Verpflichtung für jede Verkaufsstelle zu erfüllen.

§ 7.

Wer ein nach § 1 und 2 steuerpflichtiges Geschäft beginnt, bezw. fortsetzt, ohne die in § 6 bestimmten Verpflichtungen erfüllt zu haben, wird mit einer dem doppelten Betrage der vorenthaltenen Steuer (§ 4) gleichen Geldstrafe bestraft.

Außerdem ist die vorenthaltene Steuer zu entrichten.

§ 8.

Wird festgestellt, daß die strafbare Handlung (§ 7) im Auftrage und für Rechnung einer anderen Person ausgeübt ist, so ist gegen den Auftraggeber auf die gleiche Strafe wie gegen den Beauftragten zu erkennen und haften beide solidarisch für die Strafbeträge, die Kosten und die vorenthaltene Steuer.

§ 9.

Die empfangene Steuerquittung muß bei jeder Verkaufsstelle während der Dauer des Geschäftsbetriebes den zuständigen Beamten auf Erfordern vorgezeigt werden.

Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 30 ℳ bestraft.

§ 10.

In Betreff der Beschlagnahme der zum Geschäftsbetriebe mitgeführten Gegenstände,

des Vorrechtes der Gewerbesteuer,
der Verjährung der Gewerbesteuer,
des Strafverfahrens,

finden die §§ 57—62 einschließlich des Gesetzes vom 19. Februar 1878 entsprechende Anwendung.

In den Fällen des § 9 findet eine vorläufige Festsetzung der Strafe durch die Regierung nicht statt.

§ 11.

In Betreff des Beschwerdeverfahrens sind auf die nach Vorschrift dieses Gesetzes zu erhebende Steuer, die wegen der Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe-Betriebe geltenden Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.

§ 12.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden durch Verordnung getroffen.

Detmold, den 8. April 1882.

Woldemar
Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

№ 15.

Allgemeine Verfügung,
betreffend die Aufbewahrung und Vernichtung der Akten bei den Justizbehörden,
vom 15. April 1882.

Ueber die Aufbewahrung und Vernichtung der Akten und Register werden für die Justizbehörden des Landes nachstehende Bestimmungen getroffen:

I. Von der Vernichtung bleiben ausgeschlossen:
1, diejenigen Generalakten, welche sich auf die Gesetzgebung, die Organisation der Gerichte und das Personal der Gerichtsbeamten beziehen;
2, die Repertorien und Aktenregister, soweit nicht unten Ausnahmen gemacht sind;
3, die Hypothekenbücher und Hypothekenbeläge;
4, die Kataster und Akten über Besitzveränderungen bei Grundstücken;
5, die Depositenbücher nebst den dazu gehörigen Belegen, insbesondere alle Testamente und sonstigen letzwilligen Verfügungen;
6, die Eheverschreibungs- und Vormundschaftsprotocolle.

II. Zur Vernichtung nach Ablauf von vierzig Jahren sind geeignet:
1, die Generalakten, soweit über dieselben nicht sub I abweichende Verfügung getroffen ist;
2, diejenigen Proceßakten, sowohl nach dem alten als auch nach dem neuen Verfahren, in denen über Eigenthum an unbeweglichen Gegenständen, über Grundgerechtigkeiten, über Privilegien der Gemeinden und Korporationen, über Familienrechte, über Familienstiftungen und Familienfideicommisse verhandelt worden ist; desgl. die Akten über Ehescheidungen und Entmündigungssachen und über

Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen; desgleichen die Akten über Nachlaßregulirungen;

3. diejenigen im alten Verfahren verhandelten Proceßakten, welche sich auf persönliche Rechte und Verbindlichkeiten beziehen, mit Ausschluß der Bagatellsachen; desgleichen die nach dem alten Verfahren verhandelten Konkursakten;
4. die Vormundschaftstabellen nebst den über deren Revision stattgehabten Verhandlungen.

III. Zur Vernichtung nach Ablauf von dreißig Jahren sind geeignet:

1, die im neuen Verfahren verhandelten Civilproceßakten, wenn der Werth des Streitobjects die Summe von 300 *M.* übersteigt, soweit nicht unter II, 2 eine längere Frist bestimmt ist;
2, die Akten über die Strafsachen, soweit hinsichtlich derselben nicht unter IV abweichende Verfügung getroffen ist;
3, die an die Amtsgerichte abgegebenen Protocollbücher der Schiedsmänner;
4, die Vergleiche in Sühnesachen;
5, die Akten über Aufgebotsverfahren;
6, die Akten über Sicherung des Beweises, im Falle die Hauptsache nicht zur rechtlichen Erörterung gelangt ist.

IV. Zur Vernichtung nach Ablauf von zehn Jahren sind geeignet:

1, die Akten in Bagatellsachen, nach dem alten Verfahren;
2, die im neuen Verfahren verhandelten Civilproceßakten, wenn der Werth des Streitobjects die Summe von 300 *M.* nicht übersteigt, soweit nicht unter II, 2 eine längere Frist bestimmt ist;
3, die Akten über Konkurse nach dem neuen Verfahren;
4, die an die Amtsgerichte abgelieferten Dienstregister und Akten der Gerichtsvollzieher;
5, die Akten über Zwangsverwaltungen von unbeweglichen Gegenständen;
6, die im alten Verfahren verhandelten Wrugeakten;
7, die Mahnregister, die Register über Forstdiebstahls-, Privatklage- und Rechtshülfesachen und die darin verzeichneten Akten;
8, die lediglich zur Controle des Geschäfsgangs dienenden Listen und sonstigen Schriften, namentlich auch die Kalender, Tagebücher und Eingangsregister und die Listen der Ueberführungsstücke.

V. Die vorbezeichneten Fristen beginnen für Akten mit dem Tage der Weglegung, bezw. in Straffachen mit dem Tage der vollendeten Strafvollstreckung, ferner für Aktenregister und Listen, sobald die darin verzeichneten Angelegenheiten erledigt sind.

VI. Wenn besondere Gründe die längere Aufbewahrung der nach den obigen Vorschriften kassationsfähigen Akten oder einzelnen Piecen angemessen erscheinen lassen, so sind dieselben von der Vernichtung auszuschließen. Dahin gehören namentlich solche reponirte Akten, welche sich auf die Geschichte, die Besitz- und Rechtsverhältnisse oder die Verwaltung des Staats beziehen oder von besonderem kulturhistorischen Interesse sind, und werden die Justizbehörden veranlaßt, von dem Vorhandensein derartiger Akten und Urkunden Fürstliche Regierung als der vorgesetzten Behörde des Landesarchives, unter Mittheilung eines Verzeichnisses, in Kenntniß zu setzen und dieselben auf Wunsch an das Archiv abzugeben.

VII. In Betreff aller hier nicht genannten unbrauchbar gewordenen Akten bleibt es dem Ermessen der Gerichte überlassen, ob und wann sie die Vernichtung derselben nach Analogie der obigen Bestimmungen veranlassen wollen.

VIII. Die zur Kassation bestimmten Akten sind nach erfolgter Aussonderung in dem Repertorium der reponirten Acten zu notiren.

IX. Die zu kassirenden Acten und Register sind nur zum Einstampfen in den Papiermühlen oder doch zu einem sonstigen vernichtenden Gebrauche an zuverlässige Personen zu verkaufen. Der Erlös fließt in die Gerichtskasse, und ist darüber sowie über die Gewährung von Gratificationen für etwaige besondere Mühewaltungen der mit der Aussonderung der Akten beschäftigt gewesenen Beamten allemal an die Regierung zu berichten.

Detmold, den 15. April 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 13. Mai 1882.

№ 16.

Bekanntmachung,

Abänderung der Instruction zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen betr.

Zufolge einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 2. Mai 1882 hat der Bundesrath in seiner Sitzung vom 24. April d. J. beschlossen, daß der letzte Absatz im § 20 der Ausführungs-Instruction vom 12/24. Februar 1881 zu dem Gesetze vom 23. Juni 1880 über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen (abgedruckt in Nr. 5 der Gesetzsammlung vom Jahre 1881) zu streichen und durch nachstehende Bestimmung zu ersetzen ist:

Wenn Hunde der Vorschrift dieses Paragraphen zuwider frei umherlaufend betroffen werden, so kann deren sofortige Tödtung polizeilich angeordnet werden.

Detmold, den 7. Mai 1882.

Fürstlich Lippische Regierung.

Eschenburg.

№ 17.

Verordnung,
den Verkauf von Giften in den Apotheken betreffend.

Die Bestimmungen der Medicinalordnung Abschnitt II, Capitel 15, § 12 erhalten folgenden Zusatz:

1. Zur Vertilgung von Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer dürfen an erwachsene Personen, die dem Apotheker persönlich als zuverlässig bekannt sind, gegen einen nur von dem betreffenden Empfänger unterschriebenen Schein verabfolgt werden:

a. Mischungen mit Phosphor, wie Phosphorbrei, Phosphorpaste, Phosphorpillen.

b. Mit Strychnin oder strychninhaltigen Substanzen vergiftete Körnerfrüchte, z. B. Weizen oder Grütze, bis zu einer Menge von 50 Gramm und einem Gehalte von 2 pro mille an salpetersaurem Strychnin. Die Substanzen müssen mit Anilin auffallend roth gefärbt sein.

Beide Arten von giftigen Substanzen dürfen nur in gut verschlossenen Gefäßen von Steingut oder Glas mit der deutlichen Aufschrift „Gift" (mit drei Kreuzen) verabfolgt werden.

Die Giftscheine müssen Datum, die Art, das Gewicht und die Bestimmung des verabfolgten Giftes und die Unterschrift des Empfängers enthalten. Dieselben sind ordnungsmäßig in das Giftbuch einzutragen und unterliegen der Controle bei den Visitationen der Apotheken.

2. Arsenik, der zur Vertilgung von Ungeziefer (nur auf obrigkeitliche Scheine) abgegeben wird, muß mit 10 Procent Kohle oder Kienruß versetzt sein.

Detmold, den 9. Mai 1882.

Fürstlich Lippische Regierung.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 20. Mai 1882.

№ 18.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Januar d. J., den Deutsch-Schweizerischen Niederlassungsvertrag vom 27. April 1876 betreffend, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in dem Verzeichnisse der zur Anerkennung der Staatsangehörigkeit befugten schweizerischen Behörden insoweit eine Aenderung eintritt, als an Stelle von Locarno nunmehr Bellinzona der Sitz der Direction der Centralpolizei des Cantons Tessin ist.

Detmold, den 11. Mai 1882.

Fürstlich Lippische Regierung.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 27. Mai 1882.

№ 19.

Allgemeine Verfügung vom 19. Mai 1882,

die Zuständigkeit der Militairbehörden bei erfolgter Pfändung des Diensteinkommens und der Pensionen der Officiere und Beamten im Ressort der Königlich Bayerschen, Königlich Würtembergischen und Königlich Sächsischen Militairverwaltungen betr.

Im Anschluß an die Allgemeine Verfügung vom 28. September v. J. (Gesetzsammlung Band XVIII. Seite 341), betreffend die Nachweisung derjenigen Militairbehörden und Personen, welche bei der Pfändung des Diensteinkommens der Officiere und Beamten im Ressort der Königlich Preußischen Militairverwaltung, sowie der Pensionen dieser Personen nach deren Versetzung in den Ruhestand berufen sind, den Militair-Fiskus als Drittschuldner im Sinne der §§ 730 ff. der Civilproceßordnung zu vertreten, wird hierdurch den Justizbehörden und gerichtlichen Beamten, insbesondere den Gerichtsvollziehern zur Kenntniß gebracht, daß auch für den Bereich der Königlich Bayerschen, Königlich Würtembergischen und Königlich Sächsischen Militair-Verwaltungen zuständigen Orts Nachweisungen der bei der Pfändung des Diensteinkommens der Officiere u. s. w. zur Vertretung des Militair-Fiskus berufenen Militairbehörden und Beamten erlassen worden sind, welche in den Anlagen abgedruckt sind.

Detmold, den 19. Mai 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.

Eschenburg.

Nachweisung

derjenigen Militairbehörden und Personen, welche bei der Pfändung des Diensteinkommens der Officiere*) und Beamten im Ressort der Königlich Bayerschen Militair-Verwaltung, sowie der Pensionen dieser Personen nach deren Versetzung in den Ruhestand berufen sind, den Militairfiskus als Drittschuldner im Sinne der §§. 730 ff. der Civilproceßordnung zu vertreten.

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:				
1. Laufende №	2. wem?		3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
			A. Des Diensteinkommens	
I.	Den Militair-Intendanturen der betreffenden Armee-Corps.	1.	Der Beamten der Corps-Zahlungsstellen,	Die Reihenfolge bemißt sich nach der Eintheilung des Haupt-Militair-Etats.
		2.	Der Beamten der Militair-Intendanturen mit Ausnahme der Militair-Intendanten,	ad 2. Wegen der Ausnahme siehe A. VI.
		3.	Der Auditeure und Kanzlei-Beamten der Militair-Bezirks- und Untergerichte,	
		4.	Der Adjutanten der General- und Divisions-Commandos, dann der Brigade-Commandos, mit Ausnahme des Adjutanten des Fuß-Artillerie-Brigade-Commandos,	ad 4. Wegen der Ausnahme siehe A. VI.

*) Sofern die Nachweisung keine besonderen Bestimmungen enthält, sind unter der Bezeichnung „Officiere" die Sanitäts-Officiere (Militairärzte) inbegriffen.

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:				
1. Laufende №	2. wem?		3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
			A. Des Diensteinkommens	
1.	Den Militair-Intendanturen der betreffenden Armee-Corps.	5.	Derjenigen Commandanten, welche nicht Generale sind,	ad 5. Wegen der Ausnahme siehe A. VI.
		6.	Der Platzmajore und der Adjutanten der Festungs-Gouvernements und der Commandanturen,	
		7.	Der Regiments-Commandeure,	
		8.	Der Bataillons- und Abtheilungs-Commandeure,	
		9.	Der Officiere — soweit sie nicht Generale sind — und des Arztes der Leibgarde der Hartschiere,	ad 9. Wegen der Ausnahme siehe A. VI.
		10.	Des Commandeurs der Equitations-Anstalt,	
		11.	Des Chefs der Eisenbahn-Compagnie,	
		12.	Der Artillerie-Officiere vom Platz, der Officiere der Artillerie-Depots, sowie der sämmtlichen Zeug- und Feuerwerks-Officiere (mit Ausnahme jener bei der Inspection der Artillerie und des Trains und bei der Fuß-Artillerie-Brigade),	ad 12. Wegen der Ausnahme siehe A. VI.
		13.	Der sämmtlichen nicht regimentirten Militairärzte (mit Ausnahme jener des Kriegsministeriums),	ad 13. Wegen der Ausnahme siehe A. VI.
		14.	Der Corps-Stabsveterinäre,	
		15.	Der Beamten der Magazins-Verwaltungen,	

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:				
1. Laufende №	2. wem?		3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
			A. Des Diensteinkommens	
I.	Den Militair-Intendanturen der betreffenden Armee-Corps.	16.	Der Beamten der Montirungs-Depots,	
		17.	Der Beamten der Garnisons-Verwaltungen,	
		18.	Der Corps-Stabs-Apotheker,	
		19.	Der Beamten der Garnisons-Lazarethe,	
		20.	Des Commandeurs der Militair-Schießschule,	
		21.	Des technischen Vorstandes der Militair-Lehrschmiede,	
		22.	Der Officiere und des Rendanten der Militair-Strafanstalt,	
		23.	Des Führers der Arbeiter-Abtheilung,	
		24.	Der Officiere, Beamten und Bediensteten der technischen Institute der Artillerie (Artillerie-Werkstätten, Geschützgießerei, Geschoßfabrik, Haupt-Laboratorium, Pulverfabrik), der Gewehrfabrik und der Oberfeuerwerkerschule,	
		25.	Der Fortificationsbeamten bei den Festungs-Dotirungscassen Ingolstadt und Germersheim;	
II.	Den Regiments-Commandeuren, den Commandeuren der selbstständigen (nicht regimentirten) Bataillione, dem		Der ihnen unterstellten, Gehalt empfangenden Officiere und Beamten mit Ausnahme der à la suite der Truppentheile stehenden Officiere;	ad II. a. Bei Pfändung des Diensteinkommens der à la suite der Truppentheile stehenden Officiere hat

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:			
1. Laufende №.	2. wem?	3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
	Commandeur der Equitations-Anstalt, dem Chef der Eisenbahn-Compagnie und dem Commandeur der Militair-Schießschule.	A. Des Diensteinkommens	die Zustellung, soweit die Betreffenden nicht unter den Nummern A. I. und IV. inbegriffen sind, an das Kriegsministerium (siehe A. VI.) zu erfolgen. b. Wegen der Abzüge von den Gehältern jener Officiere ꝛc., welche vorübergehend zu anderen Abtheilungen commandirt sind, haben die Zustellungen an den Commandeur ꝛc. jener Abtheilung, zu der sie ständig gehören (Stamm-Abtheilung), zu geschehen.
III.	Der Remonte-Inspection.	Der Beamten der Remonte-Depots;	
IV.	Der Inspection der Militair-Bildungsanstalten.	Der sämmtlichen Officiere, Aerzte, Beamten, Professoren und Lehrer der Militair-Bildungsanstalten (mit Ausnahme des Inspecteurs);	ad IV. Wegen der Ausnahme siehe A. VI. Im Uebrigen vgl.

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:				
1. Laufende №	2. wem?		3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
			A. Des Diensteinkommens	Bemerkung 6 ad A. II, welche hier gleichmäßige Anwendung findet.
V.	Der Militair-Fonds-Verwaltung.		Der Beamten der Militair-Fonds-Verwaltung und des Militair-Fiscalats;	
VI.	Dem Kriegsministerium.		sämmtlicher übrigen, unter den Nummern A. I. mit V. nicht inbegriffenen Officiere u. Beamten der Militairverwaltung.	
			B. Der Pension und des sonstigen aus Militairfonds fließenden Einkommens	
	Dem Kriegsministerium.	1.	Der sämmtlichen mit Pension zur Disposition gestellten oder verabschiedeten Officiere,	Die Abzüge der Pensionisten ꝛc. werden in allen Fällen vom Kriegsministerium festgesetzt, auch wenn sie in der Armee active Dienste leisten.
		2.	Der sämmtlichen auf Inactivitätsgehalt oder Wartegeld gesetzten Officiere und Beamten der Militairverwaltung,	
		3.	Der zeitlich oder für immer in den Ruhestand versetzten Beamten der Militairverwaltung, sowie der quieszirten Civil-Professoren und Lehrer der Militair-Bildungsanstalten.	

Nachweisung

derjenigen Militairbehörden und Personen, welche bei der Pfändung des Diensteinkommens der Officiere*) und Beamten im Ressort der Königlich Würtembergischen Militairverwaltung, sowie der Pensionen dieser Personen nach deren Versetzung in den Ruhestand berufen sind, den Militairfiscus als Drittschuldner im Sinne der §§ 730 ff. der Civilproceßordnung zu vertreten.

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:			
1. Laufende №	2. wem?	3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
		A. Des Diensteinkommens	
I.	Den Regiments-Commandeuren, den Commandeuren der selbstständigen (nicht regimentirten) Bataillone, sowie den Commandeuren der Landwehr-Bezirkscommandos.	Der ihnen unterstellten, Gehalt empfangenden, Officiere und Beamten einschließlich der Sanitäts-Officiere des Pionier-Bataillons Nr. 13, sodann der aggregirten Officiere, dagegen mit Ausschluß der Officiere bei dem Pionier-Bataillon Nr. 13 und der à la suite der Truppentheile stehenden Officiere.	Bei Pfändung des Diensteinkommens der bei dem Pionier-Bataillon Nr. 13 befindlichen Officiere hat die Zustellung an die Militair-Intendantur des Armeecorps (s. A. II.) und in Betreff der à la suite der Truppentheile stehenden Officiere, soweit die Betreffenden nicht unter A. II. gehören, an das Kriegsministerium (s. A. III.) zu erfolgen.

*) Sofern die Nachweisung keine besonderen Bestimmungen enthält, sind unter der Bezeichnung „Officiere" die Sanitäts-Officiere (Militairärzte) inbegriffen.

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:				
1. Laufende №	2. wem?		3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
			A. Des Diensteinkommens	
II.	Der Militair-Intendantur des Armee-Corps.	1.	Der Regiments-Commandeure und der Commandeure der selbstständigen (nicht regimentirten) Bataillone,	
		2.	Der Officiere bei dem Pionier-Bataillon Nr. 13,	
		3.	Der Auditeure,	Zu Ziffer 4—6. Bezüglich des Garnisonarztes, der Garnisonpfarrer und Garnisonküster, sowie des Platzmajors der Festung Ulm linken Ufers hat die Zustellung an die Militair-Intendantur des XIV. Armee-Corps in Karlsruhe zu erfolgen.
		4.	Des Generalarztes und des bei diesen fungirenden Assistenzarztes, der Garnisonärzte, sowie des Corps-Stabsapothekers,	
		5.	Der Garnisonpfarrer und Garnisonküster in Absicht auf ihre Bezüge aus Militairfonds,	
		6.	Der Platzmajore,	
		7.	Des Corps-Roßarztes beim Generalcommando,	
		8.	Der Militair-Intendanturbeamten mit Ausnahme des Militair-Intendanten,	Wegen des Militair-Intendanten s. A. III.; ebenso wegen der Beamten des Kriegszahlamts.
		9.	Der Beamten der Magazinverwaltungen,	
		10.	Der Beamten des Montirungsdepots,	

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:				
1. Laufende №	2. wem?		3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
			A. Des Diensteinkommens	
II.	Der Militair-Intendantur des Armee-Corps.	11.	Der Beamten der Garnisonverwaltungen,	
		12.	Der Militair-Baubeamten,	
		13.	Der Beamten der Garnisonlazarethe,	
		14.	Des Lehrers bei der Garnisonschule in Hohenasperg.	
III.	Dem Kriegsministerium.		sämmtlicher übrigen unter den Nummern A. I. und II. nicht inbegriffenen Officiere und Beamten der Militairverwaltung.	
			B. Der Pension und des sonstigen aus Militairfonds fließenden Einkommens	
	Dem Kriegsministerium.	1.	Der sämmtlichen mit Pension zur Disposition gestellten Officiere und Militairbeamten,	
		2.	Der sämmtlichen auf Inactivitätsgehalt oder Wartegeld gesetzten Officiere und Beamten der Militairverwaltung,	
		3.	Der sämmtlichen mit Pension gänzlich verabschiedeten Officiere und Beamten der Militairverwaltung.	

Nachweisung

derjenigen Militairbehörden und Personen, welche bei der Pfändung des Diensteinkommens der Officiere*) und Beamten im Ressort der Königlich Sächsischen Militair-Verwaltung, sowie der Pensionen dieser Personen nach deren Versetzung in den Ruhestand berufen sind, den Militairfiskus als Drittschuldner im Sinne der §§ 730 ff. der Civilproceßordnung zu vertreten.

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:			
1. Laufende №	2. wem?	3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
		A. Des Diensteinkommens	
I.	Den Regiments-Commandeuren, den Commandeuren der selbstständigen (nicht regimentirten) Bataillone, dem Commandeur der Unterofficierschule, sowie den Commandeuren der Landwehr-Bezirks-commandos.	Der ihnen unterstellten, Gehalt empfangenden Officiere und Beamten einschließlich der aggregirten Officiere; jedoch mit Ausnahme der Officiere bei dem Pionier-Bataillon und der à la suite der Truppentheile stehenden Officiere.	Bei Pfändung des Diensteinkommens der bei den Pionier-Bataillon befindlichen Officiere hat die Zustellung an das Kriegsministerium (s. A. III.) zu erfolgen, ebenso in Betreff der à la suite der Truppentheile stehenden Officiere, soweit die Betreffenden nicht unter A. II. gehören.

*) Sofern die Nachweisung keine besonderen Bestimmungen enthält, sind unter der Bezeichnung „Officiere" die Sanitäts-Officiere (Militairärzte) inbegriffen.

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:				
1. Laufende №	2. wem?		3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
			A. Des Diensteinkommens	
II.	Der Militair-Intendantur.	1.	Der Regiments-Commandeure, der Commandeure der selbstständigen (nicht regimentirten) Bataillone*), des Commandeurs der Unterofficierschule, wenn er nicht unter die Kategorie sub. B. gehört,	
		2.	Der Auditeure und Militairgerichts-Aktuarien,	
		3.	Des Generalarztes, der Stabsärzte bei der Sanitäts-Direction, der Garnisonärzte, des Assistenzarztes auf Festung Königstein, sowie des Corps-Stabsapothekers,	
		4.	Des Militär-Oberpfarrers, der Divisions- und Garnisonpfarrer, sowie der Divisions- und Garnisonküster,	
		5.	Des Corps-Roßarztes,	
		6.	Der Platzmajore,	
		7.	Der Militair-Intendanturbeamten mit Ausnahme des Militair-Intendanten,	Wegen des Militair-Intendanten s. A. III.
		8.	Der Beamten der Magazinverwaltungen,	
		9.	Des Directors und der Beamten des Montirungsdepots,	
		10.	Der Beamten der Garnisonverwaltungen,	

*) Ausgenommen ist indeß der Commandeur des Pionier-Bataillons, in Bezug auf welchen das zu I. in Betreff der Officiere bei dem Pionier-Bataillon Gesagte gleiche Anwendung findet.

Der Pfändungsbeschluß ist zuzustellen:				
1. Laufende №	2. wem?		3. bei Pfändung.	4. Bemerkungen.
			A. Des Diensteinkommens	
II.	Der Militair-Intendantur.	11	Der Militair-Baubeamten,	
		12.	Der Beamten der Garnison-Lazarethe,	
		13.	Der Beamten des Kriegs-Zahlamts.	
III.	Dem Kriegsministerium.		sämmtlicher übrigen unter den Nummern A. I. und II. nicht inbegriffenen Officiere und Beamten der Militär-Verwaltung.	
			B. Der Pension und des sonstigen aus Militairfonds fließenden Einkommens	
		1.	Der sämmtlichen mit Pension zur Disposition gestellten Officiere und Militairbeamten,	
		2.	Der sämmtlichen auf Inactivitätsgehalt oder Wartegeld gesetzten Officiere und Beamten der Militairverwaltung,	
		3.	Der sämmtlichen mit Pension gänzlich verabschiedeten Officiere und Beamten der Militairverwaltung.	

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 7. Juni 1882.

№ 20.

Allgemeine Verfügung vom 31. Mai 1882,

die Bezeichnung der Vertreter der Parteien bei Abfassung der Urtheile in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten betreffend.

In Veranlassung eines von dem Herrn Staatssecretär im Reichs-Justizamt hierher gerichteten Ersuchens wird Folgendes bestimmt:

1. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sind in den Urtheilen die Personen zu bezeichnen, welche zur Zeit der Erlassung des Urtheils die Parteien als Proceßbevollmächtigte vertreten haben.

2. Die Bezeichnung erfolgt nach Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Vertreters. Sie hat in der Weise zu geschehen, daß hinter der im §. 284. Nr. 1. der Civilproceßordnung vorgeschriebenen Bezeichnung der Parteien, und zwar für jede Partei hinter dem die Parteistellung andeutenden Ausdruck, die Worte hinzugefügt werden:

vertreten durch u. s. w.

3. Die Gerichte des Landes haben die vorstehenden Bestimmungen sofort in Anwendung zu bringen und sind die nöthigen Anordnungen getroffen, daß nach Verbrauch des noch vorhandenen Vorraths von Formularen zu den Urschriften und Ausfertigungen der Urtheile in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten eine Ergänzung der Formulare nach Maßgabe der sub. 1 und 2 ergangenen Vorschriften stattfindet.

Detmold, den 31. Mai 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.

Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 29. Juli 1882.

№ 21.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom 16. Juni 1882 nachstehende

Verordnung,

betreffend

die Einrichtung von Strafregistern und die wechselseitige Mittheilung der Strafurtheile

beschlossen:

§ 1.

Einrichtung der Register.

Ueber die rechtskräftigen Verurtheilungen in Strafsachen werden Register geführt:

1. bei den von den Landesregierungen zu bestimmenden Behörden bezüglich aller Personen, deren Geburtsort im Bezirke derselben gelegen ist. Die Aufsicht und Leitung der Registerführung liegt in allen Fällen der Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten ob;
2. bei dem Reichs-Justizamt bezüglich derjenigen Personen, deren Geburtsort außerhalb des Reichsgebietes belegen oder nicht zu ermitteln ist.

§ 2.

In die Register sind aufzunehmen alle durch richterliche Strafbefehle, durch polizeiliche Strafverfügungen, durch Strafurtheile der bürgerlichen Gerichte einschließlich der Konsulargerichte, sowie durch Strafurtheile der Militärgerichte ergehenden Verurtheilungen wegen Verbrechen, Vergehen und wegen der im § 361 Nr. 1 bis 8 des Strafgesetzbuchs vorgesehenen Uebertretungen.

Ausgenommen sind die Verurtheilungen:

1. in den auf Privatklage verhandelten Sachen,
2. in Forst und Feldrügesachen,
3. wegen Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle,
4. wegen der militärischen Verbrechen oder Vergehen wider die §§ 62 bis 68, 79, 80, 84 bis 90, 92 bis 95, 101 bis 104, 112 bis 120, 132, 139, 141 bis 144, 146, 147, 150 bis 152 des Militärstrafgesetzbuchs vom 20. Juni 1872.

§ 3.

In die Register sind ferner aufzunehmen:

1. die auf Grund des § 362 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs ergehenden Beschlüsse der Landespolizeibehörden über die Unterbringung verurtheilter Personen in ein Arbeitshaus oder deren Verwendung zu gemeinnützigen Arbeiten;
2. die aus dem Auslande eingehenden Mittheilungen über dort erfolgte Verurtheilungen.

§ 4.

Den Landesregierungen bleibt es unbenommen, in die § 1 Nr. 1 bezeichneten Register auch andere, den Zwecken der Strafrechtspflege oder der Polizei dienliche Nachweisungen aufnehmen zu lassen.

§ 5.

Mittheilung der zu registrirenden Entscheidungen.

Die Mittheilung zum Zwecke der Registrirung erfolgt:

1. bei Verurtheilungen, mit Ausnahme der militärgerichtlichen, nach Eintritt der Rechtskraft durch diejenige Behörde, welche die Strafvollstreckung zu veranlassen hat oder — je nach näherer Bestimmung der Landesregierungen — durch die Beamten der Staatsanwaltschaft;
2. bei den im § 3 Nr. 1 bezeichneten Beschlüssen der Landespolizeibehörden durch die beschließende Behörde.

§ 6.

Die Mittheilung einer militärgerichtlichen Verurtheilung erfolgt, sobald für den Verurtheilten der Militärgerichtsstand gänzlich aufhört.

Abgesehen von diesem Falle erfolgt die Mittheilung mit der Ueberführung des Verurtheilten in den Beurlaubtenstand beziehungsweise mit der Wiederüberführung derselben in das Beurlaubtenverhältniß.

Die Mittheilung ist von demjenigen Truppentheile zu machen, welchem der Verurtheilte bei seinem Ausscheiden aus dem Militärgerichtsstande be-

ziehungsweise bei seinem Uebertritt oder Rücktritt in den Beurlaubtenstand angehört hat.

Gehörte der Verurtheilte einem Truppentheile nicht an, so erfolgt die Mittheilung von derjenigen Militärbehörde, welcher der Verurtheilte im gedachten Zeitpunkte unterstellt war, oder wenn er auch einer solchen nicht unterstellt war, vom Kriegsministerium.

In Ansehung der mit Pension verabschiedeten Offiziere und Militärbeamten, insofern letztere der Militärgerichtsbarkeit unterworfen sind, erfolgt die Mittheilung von demjenigen Generalkommando, in dessen Bezirke der Verurtheilte beim Ausscheiden aus dem Militärgerichtsstande seinen Wohnsitz hatte.

Von den bei den Gerichten der Kaiserlichen Marine erfolgten Verurtheilungen ist die Mittheilung durch diejenige Marinestation zu machen, welcher der Verurtheilte bei seinem Ausscheiden aus dem Militärgerichtsstand beziehungsweise bei seinem Uebertritt oder Rücktritt in den Beurlaubtenstand angehört hat. Gehörte der Verurtheilte zu diesem Zeitpunkte einer Marinestation nicht an, so erfolgt die Mittheilung durch den Chef der Admiralität.

§ 7.

Die Mittheilungen sind, für jeden Verurtheilten besonders, in der Regel binnen 14 Tagen nach eingetretener Rechtskraft der Entscheidung beziehungsweise nach Eintritt des aus § 6 sich ergebenden Zeitpunkts zu richten:

1. wenn der Geburtsort des Verurtheilten ermittelt und in Deutschland belegen ist, an diejenige Registerbehörde, zu deren Bezirk der Geburtsort gehört, oder — sofern diese Behörde der mittheilenden Behörde nicht bekannt ist — an die Staatsanwaltschaft desjenigen Landgerichts, zu dessen Bezirk der Geburtsort gehört; werden die Register nicht bei der Staatsanwaltschaft selbst geführt, so hat letztere die Mittheilungen der Registerbehörde unverzüglich zu übersenden;
2. wenn der Geburtsort nicht zu ermitteln war oder außerhalb Deutschlands belegen ist, an das Reichs-Justizamt.

Die Mittheilungen erfolgen durch Zusendung von Vermerken, welche die Entscheidung auszugsweise enthalten. Inwieweit die Mittheilung der bei den Konsulargerichten ergehenden Verurtheilungen an die im Absatz 1 unter 1 und 2 bezeichneten Stellen direkt oder durch Vermittelung des Auswärtigen Amts zu geschehen hat, bleibt der Bestimmung des Reichskanzlers überlassen.

§ 8.

Formular A. Formular B.

Die Vermerke sind in den Fällen des § 2 als Strafnachricht A, in den Fällen des § 3 Nr. 1 als Strafnachricht B zu bezeichnen und auf starkem Papier in Gemäßheit der anliegenden Formulare aufzustellen.

Die letzteren sind auch in Bezug auf Größe, Format und Farbe des Papiers maßgebend.

Die Strafnachrichten müssen hiernach, und zwar in möglichst deutlicher Schrift, enthalten:

1. den durch die Größe der Buchstaben besonders hervortretenden Familiennamen des Verurtheilten (bei Frauen den Geburtsnamen), sowie etwaige Beinamen und die Vornamen desselben; bei mehreren Vornamen ist der Rufname zu unterstreichen;
2. die Namen seiner Eltern;
3. Tag und Ort der Geburt; liegt letzterer in Berlin, so ist womöglich Straße oder Stadttheil hinzuzufügen;
4. Wohnort und Beruf des Verurtheilten;
5. Familienstand des Verurtheilten und gegebenenfalls Namen und Stand des Ehegatten;
6. einen Auszug aus der verurtheilenden Entscheidung, aus welchem insbesondere zu ersehen ist:
   a) die erkennende Behörde,
   b) das Datum der Verurtheilung,
   c) der Karakter der für erwiesen erachteten Strafthaten und die zur Anwendung gebrachten gesetzlichen Bestimmungen,
   d) die ausgesprochene Strafe.

Auf die Vollständigkeit und aktenmäßige Richtigkeit dieser Angaben ist die größte Sorgfalt zu verwenden. Insoweit die betreffenden Thatsachen nicht zweifellos, sei es in den Akten, sei es durch nachträgliche Erhebungen der mittheilenden Behörde, festgestellt sind, muß dies in der Strafnachricht ausdrücklich hervorgehoben werden. Z. B. Tag und Monat der Geburt „nicht ermittelt" oder Geburtsjahr „angeblich 1859".

§ 9.

Bestehen Zweifel über die Richtigkeit des in die Strafnachricht aufgenommenen Geburtsorts, so ist außer der Strafnachricht für das Register des Geburtsorts noch ein zweiter Vermerk für das Strafregister desjenigen Bezirks zu fertigen, in welchem der gewöhnliche oder mangels eines solchen der letzte Aufenthaltsort des Verurtheilten belegen ist.

Aus jedem Vermerke muß ersichtlich sein, wo sich die andern Exemplare befinden.

§ 10.

Ergiebt sich im Laufe einer Untersuchung, daß ein Angeschuldigter früher unter falschem Namen verurtheilt ist, oder daß Vorstrafen desselben an der nach dieser Verordnung zuständigen Stelle (§ 1 Nr. 1 bezw. 2) noch nicht registrirt sind, so ist am Schlusse der Untersuchung zu veranlassen, daß

1. nachträglich den Bestimmungen der §§ 7, 8 entsprechende Strafnachrichten ergehen,
2. die Berichtigung oder Vernichtung der etwa in die Register aufgenommenen falschen Strafnachrichten

erfolgt.

§ 11.

Führt ein Verurtheilter befugter oder unbefugter Weise mehrfache Familiennamen, so ist auf jeden Namen eine besondere Strafnachricht — unter ausdrücklicher Verweisung auf die andere Strafnachricht — aufzustellen und abzusenden.

§ 12.

Wird eine zur Registrirung mitgetheilte Verurtheilung in Folge einer Wiederaufnahme des Verfahrens aufgehoben, so hat hiervon, nach eingetretener Rechtskraft der Entscheidung, die Behörde, welche für deren Vollzug zu sorgen hat, der mit der Führung des betreffenden Registers betrauten Behörde bezw. der zuständigen Staatsanwaltschaft Mittheilung zu machen. Die Registerbehörde hat den Inhalt der Mittheilung auf dem im Register niedergelegten Vermerke der Verurtheilung einzutragen.

§ 13.

Form der Registerführung.

Die Register enthalten die Vermerke (§§ 7, 8, 9) in der übersandten Urschrift. Die Vermerke sind alphabetisch geordnet und verschlossen aufzubewahren.

§ 14.

Der mit der Registerführung betraute Beamte hat nach Eingang der Vermerke die Vollständigkeit und möglichst auch — gegebenenfalls auf Grund der Standesregister — die Richtigkeit der in dem Vermerke enthaltenen Angaben über die Persönlichkeit und den Geburtsort des Verurtheilten zu prüfen.

Findet er eine erhebliche Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit, so hat er den Vermerk unter kurzer Angabe des Grundes an die absendende Behörde behufs weiterer Prüfung und eventueller Berichtigung zurückzusenden.

Im anderen Falle hat er den ihm zugegangenen Vermerk unter genauer Beobachtung der alphabetischen Ordnung in das Register aufzunehmen.

Bei verheiratheten Frauen ist ihr ursprünglicher Familienname (Geburtsname) maßgebend.

§ 15.

Mehrere, dieselbe Person betreffende Vermerke sind nicht einzeln in dem Register aufzubewahren, sondern durch einen besonderen Umschlag mit Namensaufschrift von den übrigen Vermerken getrennt zu halten.

§ 16.

Diejenigen Vermerke, welche Personen betreffen, die inhalts derselben das 70. Lebensjahr überschritten haben, sind aus den Registern zu entfernen.

Das gleiche gilt von Vermerken über Personen, deren Tod dem Register führenden Beamten glaubhaft nachgewiesen ist.

§ 17.

Auskunftertheilung aus den Registern.

Gerichtlichen und anderen öffentlichen deutschen Behörden ist auf jedes, eine bestimmte Person betreffende Ersuchen über den Inhalt der Register kostenfrei amtliche Auskunft zu ertheilen.

Formular C. Das Ersuchen ist nach Maßgabe des Formulars C an die zuständige Register führende Behörde oder an den Staatsanwalt bei dem Landgerichte des Geburtsorts der betreffenden Person zu richten. Die Register führende Behörde ertheilt ihre Auskunft durch Ausfüllung des ihr zugegangenen Formulars und zwar:

a) im Falle die betreffende Person sich im Register nicht vorfindet, durch die Einfügung des Wortes „nicht" vor das Wort „verurtheilt" in der Zeile: „ist ausweislich des Registers verurtheilt";

b) anderenfalls durch genaue Ausfüllung der weiteren Rubriken des Formulars auf Grund der im Register sich vorfindenden Vermerke.

Ergiebt sich, daß die in dem Ersuchen bezeichnete Person an dem angegebenen Orte in dem Bezirke der ersuchten Behörde nicht geboren ist, worüber diese sich thunlichst Gewißheit zu verschaffen hat, so ist das Ersuchen mit einer entsprechenden kurzen Bemerkung zurückzusenden. Wird auf Verlangen die Auskunft telegraphisch ertheilt, so ist dennoch schriftliche Auskunft nachzusenden.

§ 18.

Inwieweit auswärtigen Behörden kostenfrei oder gegen Erhebung einer Gebühr Auskunft zu geben ist, bleibt, soweit nicht bezügliche Abmachungen seitens des Reichs mit der betreffenden auswärtigen Regierung getroffen sind, der Bestimmung der Landesregierung, bezüglich des bei dem Reichs-Justizamt geführten Registers der Bestimmung des Reichskanzlers überlassen.

§ 19.

Schlußbestimmungen.

Den Landesregierungen — hinsichtlich des Zentralregisters dem Reichskanzler — bleiben auch die sonstigen zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen vorbehalten.

§ 20.

Durch die gegenwärtige Verordnung wird die Geltung von Vorschriften in den Bundesstaaten über anderweitig in Strafsachen von den Behörden zu machende Mitheilungen nicht berührt.

Insbesondere bleiben unberührt die Vorschriften, wonach einzelnen ausländischen Regierungen die Verurtheilungen ihrer Staatsangehörigen vertragsmäßig in bestimmter Form mitzutheilen sind.

§ 21.

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1882 in Kraft.

Berlin, den 16. Juni 1882.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: v. Schelling.

1. Mittheilende Behörde:	2. Strafnachricht (A) für das Strafregister zu	3. Jahrgang des Urtheils:

4. Familienname des Verurtheilten: Vorname:	5. Aktenzeichen der Strafsache, in der die Verurtheilung erfolgte:
6. Vor- und Zuname der Eltern:	7. schon früher bestraft? ja. nein.

8. Datum und Ort der Geburt: Tag und Monat, Jahr, Gemeinde, Landgerichtsbezirk, Staat	13. Auszug aus dem Urtheil: verurtheilt durch
9. Familienstand verheirathet event. Vor- und Zuname des Ehegatten:	vom .....
	wegen .....
10. Letzter Wohnort:	
11. Alter: Beruf:	auf Grund de § .....
12. Bemerkungen.	zu einer strafe von .....
	Die Richtigkeit bescheinigt:

Datum:

1. Mittheilende Behörde: *Königl. Staatsanwaltschaft beim Landgericht II Berlin.*	2. Strafnachricht (A.) für das Strafregister zu *Kaiserslautern (Bayern).*	3. Jahrgang des Urtheils: *1882.*

	4.	5.
Familienname des Verurtheilten:	**Huber**	Aktenzeichen der Strafsache, in der die Verurtheilung erfolgte: *K. 197/81.*
Vorname:	*Karl Ludwig.*	

	6.	7.
Vor- und Zuname der Eltern:	*Ernst Huber und Helene Schaper.*	schon früher bestraft? ja. ~~nein~~.

8.

Datum und Ort der Geburt: Tag und Monat, Jahr, Gemeinde, Landgerichtsbz., Staat: *26. Januar 1845. angeblich Kaiserslautern Bayern.*

9.

Familienstand: event. Vor- u. Zuname des Ehegatten: verheirathet *mit Marie König. am 10. Mai 1875.*

10.

Letzter Wohnort: *Charlottenburg bei Berlin.*

11.

Alter: *37 Jahr*
Beruf: *Schlosser.*

12.

Bemerkungen.

Eine zweite Strafnachricht ist, da der Geburtsort nicht zweifellos feststeht, an das Strafregister des Landgerichts II zu Berlin gesandt.

Datum: *Berlin, den 30. April 1882.*

13.

Auszug aus dem Urtheil:

verurtheilt durch *Urtheil des Königlichen Landgerichts II (Schwurgericht) zu Berlin*

vom *20. April 1882*

wegen *Meineids*

auf Grund des *§ 154 Strafgesetzbuchs*

zu einer *Zuchthausstrafe von zwei Jahren, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren und dauernder Zeugnissunfähigkeit.*

Die Richtigkeit bescheinigt:
N. N.
Erster Staatsanwalt.

1. Mittheilende Behörde:	2. Strafnachricht (**B**) für das Strafregister zu

3. Familienname des Verurtheilten: Vorname:

4. Name der Eltern:

5. Alter, Beruf (Gewerbe), Familienstand: verheirathet.

6. Wohnort:

7. geboren am .....

zu ..... Landgerichtsbezirk: .....

Staat: .....

verurtheilt durch .....

vom .....

wegen .....

ist laut Beschluß de .....

vom .....

auf Grund des § 362 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs .....

Die Richtigkeit bescheinigt:

Datum:

1. Mittheilende Behörde: *Königl. Regierung zu Magdeburg.*	2. Strafnachricht (**B.**) für das Strafregister zu *Dresden.*

3. Familienname des Verurtheilten: **Schüler**
Vorname: *Johann Karl August.*

4. Name der Eltern: *Friedrich Schüler und Johanna Schmidt.*

5. Alter, Beruf (Gewerbe), Familienstand: *36 Jahre alt, unverheirathet.* *Weber.*

6. Wohnort: *zuletzt Leipzig.*

7. geboren am *6. Januar 1846.*

zu *Loschwitz*

Landgerichtsbezirk: *Dresden.*

Staat: *Königreich Sachsen.*

verurtheilt durch *Urtheil des Schöffengerichts zu Magdeburg*

vom *2. September 1882*

wegen *Landstreichens (§ 361. No. 3 des Str. G. B.)*

ist laut Beschluß der *Königlichen Regierung zu Magdeburg*

vom *28. September 1882*

auf Grund des § 362 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs *auf 6 Monat einem Arbeitshaus überwiesen.*

Datum: *28. September 1882.*

Die Richtigkeit bescheinigt:
N. N.
Ober-Regierungs-Rath.

C.

Urschriftlich mit der Bitte um schleunige Rücksendung

an

in

_____

zur gefälligen Auskunftsertheilung über die Vorstrafen der umstehend bezeichneten Person.

Datum:

Unterschrift:

Urschriftlich unter Bezugnahme auf beifolgenden Auszug zurück

an

in

_____

Auszug aus dem Strafregister

de zu

Familienname:	
Vornamen:	
Vor- und Zuname der Eltern:	
Geburtstag:	
Geburtsort:	
Wohnort:	
Familienstand:	

Beruf:

ist ausweislich des Registers verurtheilt

Lfde. Nr.	am	durch	wegen	zu	Aktenzeichen und sonstige Bemerkungen.

Lfde. Nr.	am	durch	wegen	zu	Aktenzeichen und sonstige Bemerkungen.

C. 1.

Urschriftlich mit der Bitte um schleunige Rücksendung

an

den Herrn Staatsanwalt am Kaiserlichen Landgericht

in

Strassburg i. Els.

zur gefälligen Auskunftsertheilung über die Vorstrafen der umstehend bezeichneten Person.

Datum: *Mainz, den 30. Dezember 1882.*

Unterschrift: N. N.

Untersuchungsrichter
beim Grossherzoglichen Landgericht.

Urschriftlich unter Bezugnahme auf beifolgenden Auszug zurück

an

in

_____

Auszug aus dem Strafregister.

de zu

Familienname:	**Schneider**
Vornamen:	*Peter Paul*
Vor- und Zuname der Eltern:	*unverehel. Helene Schneider*
Geburtstag:	*7. August 1850.*
Geburtsort:	*Bischofsheim bei Strassburg.*
Wohnort:	*Mainz.*
Familienstand:	*verheirathet mit Marie Stein.*

Beruf: *Kaufmann.*

ist ausweislich des Registers verurtheilt

Lfde. Nr.	am	durch	wegen	zu	Aktenzeichen und sonstige Bemerkungen.

Lfde. Nr.	am	durch	wegen	zu	Aktenzeichen und sonstige Bemerkungen.

C. 2.

Urschriftlich mit der Bitte um schleunige Rücksendung

an

den Herrn Staatsanwalt am Kaiserlichen Landgericht

in

Strassburg i. Els.

zur gefälligen Auskunftsertheilung über die Vorstrafen der umstehend bezeichneten Person.

Datum: *Mainz, den 30. Dezember 1882.*

Unterschrift: **N. N.**

Untersuchungsrichter
beim Grossherzoglichen Landgericht.

Urschriftlich unter Bezugnahme auf beifolgenden Auszug zurück

an

den Herrn Untersuchungsrichter beim
Grossherzoglichen Landgericht

in

Mainz.

Strassburg, den 31. Dezember 1882.

N. N.
Kaiserlicher Staatsanwalt.

Auszug aus dem Strafregister.

des *Kaiserlichen Landgerichts zu Strassburg.*

Familienname:	**Schneider**
Vornamen:	*Peter Paul*
Vor- und Zuname der Eltern:	*unverehel. Helene Schneider*
Geburtstag:	*7. August 1850.*
Geburtsort:	*Bischofsheim bei Strassburg.*
Wohnort:	*Mainz.*
Familienstand:	*verheirathet mit Marie Stein.*

Beruf: *Kaufmann.*

ist ausweislich des Registers *nicht* verurtheilt

Ldfe. Nr.	am	durch	wegen	zu	Aktenzeichen und sonstige Bemerkungen.

Lfde. Nr.	am	durch	wegen	zu	Aktenzeichen und sonstige Bemerkungen.

C. 3.

Urschriftlich mit der Bitte um schleunige Rücksendung

an

den Herrn Staatsanwalt am Kaiserlichen Landgericht

in

Strassburg i. Els.

zur gefälligen Auskunftsertheilung über die Vorstrafen der umstehend bezeichneten Person.

Datum: *Mainz, den 30. Dezember 1882.*

Unterschrift: **N. N.**
Untersuchungsrichter
beim Grossherzoglichen Landgericht.

Urschriftlich unter Bezugnahme auf beifolgenden Auszug zurück

an

den Herrn Untersuchungsrichter beim
Grossherzoglichen Landgericht

in

Mainz.

Strassburg, den 31. Dezember 1882.

N. N.
Kaiserlicher Staatsanwalt.

Auszug aus dem Strafregister

des *Kaiserlichen Landgerichts* zu *Strassburg*,

Familienname:	**Schneider.**
Vornamen:	*Peter Paul*
Vor- und Zuname der Eltern:	*unverehel. Helene Schneider*
Geburtstag:	*7. August 1850.*
Geburtsort:	*Bischofsheim bei Strassburg.*
Wohnort:	*Mainz.*
Familienstand:	*verheirathet mit Marie Stein.*

Beruf: *Kaufmann.*

ist ausweislich des Registers verurtheilt

Lfde. Nr.	am	durch	wegen	zu	Aktenzeichen und sonstige Bemerkungen.
1.	*3. Febr. 1870*	*das Grossherzogliche Stadt- und Hofgericht zu Mannheim.*	*Betruges §. 263 des Str. G. B.*	*1 Woche Gefängniss.*	*Nr. 659/69.*
2.	*6. März 1878*	*das Königliche Landgericht zu Coblenz.*	*Betruges und Unterschlagung (§§ 263, 276, 74, 32 St. G. B).*	*9 Monaten Gefängniss und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr.*	*V. V. 10/78.*

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 2. August 1882.

№ 22.

Allgemeine Verfügung

vom 24. Juli 1882 zur Ausführung der vom Bundesrathe in seiner Sitzung vom 16. Juni 1882 beschlossenen Verordnung, die Einrichtung von Strafregistern und die wechselseitige Mittheilung der Strafurtheile betreffend.

Zur Ausführung der Verordnung des Bundesrathes vom 16. v. M., die Einrichtung von Strafregistern und die wechselseitige Mittheilung der Strafurtheile betr. werden die nachstehenden Erläuterungen und Anweisungen ertheilt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

1. Nach den bestehenden Einrichtungen werden die Mittheilungen über die wegen Verbrechen und Vergehen ergangenen Strafurtheile nur an die Staatsanwaltschaft desjenigen Landgerichtes übersandt, in dessen Bezirk der Wohnort (bei dem Mangel eines solchen der Aufenthaltsort) des Verurtheilten liegt. — (Allg. Verfüg. vom 12. Sept. 1879, Ges.-Samml., Band 17, Seite 811.) — Es fehlt für die Bestrafungen der Personen, welche ihren Aufenthaltsort wechseln, an einer Sammelstelle für die Mittheilungen, und es wird daher, wenn die Vorbestrafungen einer Person festgestellt werden sollen, nicht selten nöthig, von verschiedenen Behörden Auskunft einzuholen. Die Verordnung des Bundesrathes beabsichtigt, eine solche Sammelstelle bei einer Behörde des Geburtsortes zu schaffen, weil nur der Geburtsort unveränderlich feststeht, während der Wohnort und der Aufenthaltsort dem Wechsel unterliegen.

Hierzu ist es erforderlich, den Geburtsort mit Sicherheit zu ermitteln. Denn giebt der Verurtheilte seinen Geburtsort falsch an, und bleiben seine Angaben unberichtigt, so wird die Behörde des wahren Geburtsortes ohne Mittheilung der Vorstrafen bleiben und im Falle späterer Anfrage zur Auskunftertheilung nicht im Stande sein bezw. unrichtige Auskunft geben.

2. Die Feststellung der persönlichen Verhältnisse des Beschuldigten, namentlich die Ermittelnng seines Geburtstages und Geburtsortes, gewinnt also bei der neuen Einrichtung eine erhöhte Bedeutung. Die betheiligten Behörden müssen daher darauf bedacht sein, schon bei dem Beginne des Strafverfahrens und jedenfalls bei der ersten Vernehmung des Beschuldigten vollständige und sichere Angaben hierüber zu gewinnen und die eingezogenen Nachrichten, soweit nöthig, im weiteren Laufe des Verfahrens zu prüfen, zu berichtigen und zu ergänzen.

3. Handelt es sich um eine Zuwiderhandlung, bezüglich welcher im Falle der Verurtheilung eine Strafnachricht zu ertheilen ist (§ 2 der Verordnung des Bundesrathes), so muß, sobald als thunlich, von der Staatsanwaltschaft oder dem Gericht die Registerbehörde des Geburtsortes um Auskunft ersucht werden (§ 17.). Da auch bei sorgfältiger Beachtung der im § 10 der Verordnung ertheilten Vorschriften die Strafregister vorläufig noch unvollständig bleiben werden, so wird bis auf Weiteres ein gleiches Ersuchen an die Registerbehörde des früheren oder des letzten Aufenthaltsorts zu richten sein, falls dieser Aufenthaltsort in Deutschland belegen ist.

II. Die Thätigkeit der Strafvollstreckungsbehörde.

4. Alle zum Zweck der Registrirung erforderlichen Mittheilungen erfolgen durch die Strafvollstreckungsbehörden. (Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte bezw. die Amtsrichter).

Die Strafnachrichten sind von dem Secretär oder Gerichtsschreiber, sobald das Urtheil oder der Strafbefehl rechtskräftig geworden ist, anzufertigen, gegenzuzeichnen und zur Prüfung und Unterschrift vorzulegen.

Der Inhalt der Strafnachrichten muß mit den Akten genau übereinstimmen.

5. Bei der großen Mehrzahl der Verurtheilten werden die Angaben derselben über ihren Geburtsort entweder überhaupt keinen Anlaß zu Zweifeln bieten oder durch die Aussagen der in der Sache vernommenen Zeugen, durch die Einsicht von Legitimationspapieren, Zeugnissen der Civil- und Militärbehörden oder durch andere Beweismittel zweifelsfrei festgestellt werden können. Ist dies nicht der Fall, jedoch genügender Anhalt vorhanden, einen bestimmten in Deutschland belegenen Ort in die Strafnachricht aufzunehmen, so ist die Strafnachricht nicht nur der Registerbehörde des in

die Strafnachricht aufgenommenen Geburtsortes, sondern auch der des gewöhnlichen — oder mangels eines solchen des letzten — Aufenthaltsortes zu übersenden (§ 9). Wenn der Strafvollstreckungsbehörde nicht zuverlässig bekannt ist, zu welcher Registerbehörde der Geburtsort gehört, und deshalb eine Rücksendung der Strafnachricht besorgt wird (Nr. 15 bis 17 dieser Verfügung), so ist die Anfertigung der Strafnachricht für die Registerbehörde des Aufenthaltsorts bis zu dem Zeitpunkte auszusetzen, bis zu welchem jene Rücksendung nach dem gewöhnlichen Geschäftsgange erfolgt sein müßte. Sollten gleichwohl Fälle vorkommen, in welchen der im § 9 Absatz 2 der Verordnung bezeichnete Vermerk der Berichtigung bedarf, so sind den betheiligten Registerbehörden nachträglich die hierzu erforderlichen Mittheilungen zu machen.

6. Die Registerbehörde wird nach den §§ 1 und 7 der Verordnung nicht durch die Staatsangehörigkeit, sondern lediglich durch den Geburtsort bestimmt. Wenn einer ausländischen Regierung die Verurtheilung eines ihrer Staatsangehörigen durch Vermittelung des Herrn Reichskanzlers mitzutheilen ist, so darf gleichwohl die Uebersendung einer Strafnachricht an das Reichs-Justizamt beziehungsweise (sofern nämlich der Geburtsort des Verurtheilten in Deutschland belegen ist) an die Registerbehörde des Geburtsorts nicht unterlassen werden (§§ 7 und 20).

7. Die Bestimmungen im § 10 sind getroffen, um auf die Vollständigkeit der Register hinzuwirken und den Eintritt ihrer vollen Wirksamkeit zu beschleunigen. Ihre Befolgung ist daher von besonderer Wichtigkeit. Einer Strafnachricht für jedes einzelne vor dem Inkrafttreten der Verordnung ergangene Urtheil bedarf es jedoch hierbei nicht, vielmehr genügt es, wenn ein Formular benutzt wird und die Auszüge aus den früheren Urtheilen auf dessen Rückseite vermerkt werden. In solchen Fällen ist in die Spalte 12 der Strafnachricht ein Vermerk aufzunehmen, welcher auf die Rückseite verweist.

8. Strafnachrichten sind auch über diejenigen Verurtheilungen zu ertheilen, welche in dem Verfahren auf erhobene Privatklagen ergehen, wenn die Staatsanwaltschaft die Verfolgung übernommen hat (§ 417 Abs. 2 und 3 der Strafprozeßordnung). Die Benachrichtigung unterbleibt dagegen in Ansehung derjenigen Verurtheilungen, welche auf Grund des Forstdiebstahlsgesetzes vom 26. Febr. 1879 (Gesetz-Samml. S. 549) erfolgen.

9. In die Register werden nur diejenigen Nachrichten aufgenommen, welche in der Verordnung des Bundesraths bezeichnet sind.

Begnadigungen und vorläufige Entlassungen, sowie Urtheile, welche auf Grund des § 56 des Strafgesetzbuchs ergangen sind, werden daher nicht zur Kenntniß der Registerbehörde gebracht.

10. Bei der Ausfüllung des Formulars A. sind folgende Bemerkungen zu beachten:

Zu Spalte 6. Auch der Stand des Vaters ist anzugeben, wenn er bekannt ist.

Zu Spalte 10. Bei häufig vorkommenden Familiennamen ist nach Ablauf einiger Zeit die Feststellung der Identität des Beschuldigten mit dem früher Verurtheilten oft mit Schwierigkeiten verknüpft. Es empfiehlt sich deshalb, wenn der Wohnort eine größere Stadt ist, auch die letzte Wohnung des Verurtheilten nach Straße und Hausnummer anzugeben.

Zu Spalte 12. Diese Spalte ist regelmäßig nur von der Behörde zu benutzen, welche die Strafnachricht ertheilt (§ 9 Abs. 2 und § 11 der Verordnung, Nr. 7 und 11 dieser Verfügung). Die Bemerkungen sind, um eine Ueberfüllung zu vermeiden, der Zahl und dem Umfange nach möglichst zu beschränken. Ein Signalement ist nicht aufzunehmen, die Angabe besonderer Kennzeichen ist zulässig.

Zu Spalte 13. Es ist, wenn die Verurtheilung in höherer Instanz ausgesprochen wird, nicht erforderlich, neben dem verurtheilenden Gerichte auch noch das Gericht erster Instanz aufzuführen. Dasselbe ist aus der Bezeichnung der mittheilenden Behörde zu ersehen.

11. Für verheirathete oder verwittwete Frauen wird regelmäßig nur eine Strafnachricht ertheilt und zwar auf den ursprünglichen Familiennamen (Geburtsnamen), welchem jedoch der Name des Mannes beizufügen ist (z. B. Emilie Frank, Ehefrau des Korbmachers Müllers). In besonderen Fällen kann es rathsam sein, eine zweite Strafnachricht auf den durch die Verheirathung erlangten Namen anzufertigen (z. B. Wittwe Marie Erwinski angeblich geborene Zach). In solchen Fällen ist hierüber auf jedem Exemplare eine Bemerkung zu machen.

III. Die Geschäfte der Registerbehörde.

12. Zur Registerbehörde wird die Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte bestellt. Der Sekretär hat nach ihren Weisungen die Register zu führen und die damit verbundenen Büreaugeschäfte zu erledigen.

Die Aufsicht über die Registerbehörde führt das Cabinets-Ministerium.

13. Die Strafnachrichten werden in einem Schranke aufbewahrt, derselbe wird in dem Zimmer aufgestellt, welches dem Registerführer zur Erledigung seiner Dienstgeschäfte angewiesen ist. Der Schrank muß die zur ordnungsmäßigen Aufbewahrung der Strafnachrichten erforderliche Anzahl viereckiger Fächer enthalten; die Größe der Fächer muß der Größe der Formulare A. und B. entsprechen. Die Zahl der Fächer darf nicht zu gering bemessen werden. In ein Fach sind nicht mehr als 350 bis 400

Blätter aufzunehmen. Die Fächer sind nach den Buchstaben des Alphabets, sofern mehrere Fächer für denselben Buchstaben bestimmt sind, nach Namen oder Anfangssilben von Namen zu bezeichnen.

14. Die bei der Registerbehörde eingehenden Strafnachrichten und Ersuchen um Auskunftsertheilung werden von dem Ersten Staatsanwalt oder seinem Vertreter mit dem Vermerk des Zeitpunkts des Eingangs versehen; ihre Eintragung in das Tagebuch erfolgt nur, wenn dieselbe ausnahmsweise besonders angeordnet werden sollte.

15. Die Strafnachrichten sind sofort nach ihrem Eingange einer Prüfung zu unterziehen. Eine Strafnachricht, welche für das Register des Geburtsorts bestimmt ist, wird, wenn der Geburtsort zu einem anderen Bezirk gehört, an die richtige Registerbehörde abgegeben. Ist diese nicht bekannt, oder ist aus der Strafnachricht ersichtlich, daß noch ein anderes Exemplar existirt, so erfolgt die Rücksendung an die Strafvollstreckungsbehörde (cfr. Nr. 5).

Im Uebrigen sind die Strafnachrichten nur zurückzusenden, wenn die Unrichtigkeit ihres Inhalts bekannt ist.

16. Bei der Rücksendung an eine hiesige Justizbehörde, sowie bei der Abgabe der Strafnachricht an die richtige Registerbehörde ist der Grund auf der Rückseite kurz zu bemerken, z. B.:

„Crölpa gehört zum Landgericht Rudolstadt.

Erfurt den 4./2. 83.

N.

Sekretär."

In der Regel bedarf es hierbei weder der Mitwirkung des Staatsanwalts noch einer besonderen Zuschrift. Auch wird es in der Mehrzahl der Fälle genügen, wenn der Büreaubeamte der Strafvollstreckungsbehörde die zurück erhaltene Strafnachricht mit dem Vermerk der Kenntnißnahme versehen an die richtige Registerbehörde absendet.

17. Die Rücksendung der Strafnachrichten, welche nicht von einer hiesigen Justizbehörde ertheilt sind, erfolgt durch besondere Schreiben. Dieselben sind von dem Ersten Staatsanwalt oder dessen Vertreter zu vollziehen.

18. Die bei der Prüfung nicht beanstandeten Strafnachrichten sind wöchentlich in die Registerfächer zu vertheilen. Die Niederlegung erfolgt unter strenger Beobachtung der lexikographischen Ordnung.

Bei häufig vorkommenden Namen, deren Schreibweise verschieden ist (z. B. Schulz, Schulze, Schultz, Schultze) darf auf deren Rechtschreibung kein zu großes Gewicht gelegt werden. Es wird sich unter Umständen empfehlen, für einen solchen Namen ein besonderes Fach anzulegen. Bei

Durchsicht der darin befindlichen Blätter wird die Nachricht über die gesuchte Person trotz abweichender Schreibart leicht gefunden werden.

19. Die Vorschrift, daß alle ein und dieselbe Person betreffenden Vermerke in einem Umschlage zu verwahren sind (§ 15), bezieht sich nur auf Vermerke, in welchen die Person mit demselben Namen bezeichnet ist (§ 11 und Nr. 11).

20. Ueber die in das Strafregister niedergelegten und aus demselben herausgegebenen Strafnachrichter hat der registerführende Beamte nach dem probeweise ausgefüllten Formular Nr. 1 ein Notizbuch zu führen und jährlich abzuschließen.

Form. Nr. 1

Enthält, wie unter Nr. 7 nachgelassen ist, eine Mittheilung mehrere Urtheilsauszüge, so ist bei der Eintragung in das Notizbuch die Zahl der Urtheilsauszüge maßgebend. Wenn beispielsweise eine Person neuerdings bestraft wird und außer dieser Bestrafung fünf Vorbestrafungen mitgetheilt werden, so ist zu notiren, daß sechs Strafnachrichten niedergelegt sind und fünf davon vorbestrafte Personen betreffen.

21. Von der Registerbehörde sind Eintragungen in die Spalte 12 des Formulars A. nur in den Fällen zu machen, welche durch die Verordnung (§ 10 Nr. 2, § 12) vorgeschrieben sind; dieselben erfolgen mit rother Tinte.

22. Die Aussonderung der aus dem Register zu entfernenden Vermerke geschieht, wenn nicht der Fall des § 10 der Verordnung vorliegt, bei Gelegenheit der Klassirung der niederzulegenden Strafnachrichten. Außerdem ist monatlich ein Fach einer genauen Durchsicht zu unterziehen. Die aus dem Register entfernten Vermerke sind noch zehn Jahre gesondert aufzubewahren und demnächst unter amtlicher Aufsicht zu vernichten.

23. Die Registerbehörde hat bis auf Weiteres keine Ermittelungen darüber anzustellen, ob die in dem Ersuchen bezeichnete Person an dem angegebenen Orte geboren ist beziehungsweise ihren Aufenthalt gehabt hat.

24. Die Strafauszüge und die Negativatteste werden von dem Sekretär angefertigt und unterschrieben. Der Staatsanwalt hat auf ihre vorschriftsmäßige Form zu achten und hin und wieder die Richtigkeit ihres Inhalts zu prüfen.

25. Dem Ersuchen einer deutschen Behörde, telegraphisch Auskunft zu ertheilen, ist ausnahmslos zu entsprechen. Gehören die ersuchende und die ersuchte Behörde verschiedenen Bundesstaaten an, so sind die durch die Auskunftsertheilung entstehenden Telegraphengebühren der ersuchten Behörde zu erstatten.

Im Uebrigen dürfen für die Erledigung der Ersuchen deutscher Be-

hörden um Auskunftsertheilung Gebühren und Auslagen nicht erhoben werden. Hat die um Auskunft ersuchende Behörde, wie voraussichtlich regelmäßig geschehen wird, das Antwortstelegramm vorausbezahlt (§ 11 Telegraphenordnung vom 13. August 1880, Ges.-Samml. von 1880, Seite 151), so ist die telegraphische Auskunftsertheilung auf die bezahlte Wortzahl zu beschränken.

26. Der Staatsanwalt hat dem Cabinets-Ministerium am 1. März jeden Jahres über die Thätigkeit der Strafregisterbehörde im Vorjahre Bericht zu erstatten. Dem Berichte ist eine ziffermäßige Darstellung der Ergebnisse nach dem probeweise ausgefüllten Formular Nr. 2 beizufügen.

Form. Nr. 2

IV. Schlußbestimmungen.

27. Die in § 18 der Geschäftsordnung für das Sekretariat der Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte vorgeschriebenen Verzeichnisse werden vom 1. October 1882 ab nicht weiter geführt. Diese Verzeichnisse und Akten sind bei der Anfertigung des Strafauszugs in gleicher Weise wie das Strafregister zu benutzen.

28. Die Bestimmung im letzten Absatz des § 33 der Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte wird aufgehoben; die sonstigen Vorschriften über die durch die Beamten der Staatsanwaltschaft an andere Behörden zu machenden Mittheilungen bleiben bis auf Weiteres in Geltung.

Detmold, den 24. Juli 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.

Eschenburg.

Formular 1.

Notizbuch

über

die in das Strafregister niedergelegten und aus demselben herausgegebenen Strafnachrichten.

Jährlich fortlaufende Nr.	1885 Tag.	Zahl der Strafnachrichten. Es sind: niedergelegt überhaupt	niedergelegt betreffend vorbestrafte Personen	herausgegeben	Bemerkungen
1.	8./1.	9	2	—	
2.	15./1.	14	4	—	
3.	22./1.	4	—	—	
4.	29./1.	11	5	—	
Im Januar		38	11	—	Fach R. durchgesehen.
5.	5./2.	—	—	—	
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	
Im December		51	11	—	Fach F. durchgesehen.
Hierzu in den Monaten Januar bis incl. Novbr.		440	80	3	
Summa 1885		491	91	3	
		1400	300	20	
		1891	391	23	

Abschluß.

Nach dem Abschlusse des Jahres 1884 waren seit dem 1. October 1882 niedergelegt 1400, und herausgegeben 20 Strafnachrichten. Von den 1400 Strafnachrichten betrafen 300 vorbestrafte Personen.

Es sind daher überhaupt
niedergelegt 1891,
herausgegeben . . . 23,
mithin gegenwärtig 1868
Strafnachrichten noch in Verwahrung.

M., den 31. Decbr. 1885.

Scriba, Sekretär.

Formular 2.

Darstellung

der

Ergebnisse der Thätigkeit der Strafregisterbehörde im Bezirk des Landgerichtes zu Detmold nach den Abschlüssen vom 31. December 1885.

Laufende Nr.	Sitz der Registerbehörde.	Strafnachrichten sind niedergelegt im Jahre 1885		in den Vorjahren		Strafnachrichten sind herausgegeben.		Gesammtsumme der Strafnachrichten, welche		
		Gesammtzahl.	Davon betrafen bereits vorbestrafte Personen	Gesammtzahl.	Davon betrafen bereits vorbestrafte Personen	im Jahre 1885	in den Vorjahren	niedergelegt sind (Spalten 3 und 5)	herausgegeben sind (Spalten 7 und 8)	noch in Verwahrung geblieben sind (Spalte 9 nach Abzug von Spalte 10).
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
1.	M.	491	91	1400	300	3	20	1891	23	1868
	Summa	5041	1500	12000	4200	30	170	17041	200	16841

Detmold, den 1. März 1886.

Der Staatsanwalt.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 9. August 1882.

№ 23.

Gesetz

den Eigenthumserwerb an Grundstücken und deren dingliche Belastung betreffend, vom 27. Juli 1882.

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar**, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. erlassen mit Zustimmung des Landtags das nachstehende Gesetz:

Erster Abschnitt.

Von dem Erwerb des Eigenthums an Grundstücken.

§ 1.

Im Fall einer freiwilligen Veräußerung wird das Eigenthum an einem Grundstücke nur durch die auf Grund einer Auflassung erfolgte Eintragung des Eigenthumsüberganges im Grundbuch erworben.

Als Eigenthum im Sinne dieses Gesetzes gilt auch das nutzbare Eigenthum (Erbpacht) und das vererbliche und veräußerliche Nutzungsrecht an einem auf fremdem Grund und Boden stehenden Gebäude.

§ 2.

Die Auflassung eines Grundstücks erfolgt durch die mündlich und gleichzeitig vor dem zuständigen Amtsgerichte geschehende Abgabe der Erklärungen des eingetragenen Eigenthümers, daß er die Eintragung des neuen Erwerbers bewillige und des Letzteren, daß er diese Eintragung beantrage.

Die Vorschriften in dem Gesetze vom 23. März 1864 die Besitzveränderungen bei Grundstücken ꝛc. betr., §§ 2, 3, 6, 7 und 8, wegen des gerichtlichen Abschlusses der Verträge über die Veräußerungen von Grund-Eigenthum und wegen der dabei zu berücksichtigenden Verhältnisse werden hierdurch nicht berührt.

§ 3.

Ein Erkenntniß, durch welches der eingetragene Eigenthümer eines Grundstücks zur Auflassung rechtskräftig verurtheilt ist, ersetzt die Auflassungserklärung desselben, sobald es vollstreckbar ist.

Ein für vorläufig vollstreckbar erklärtes Urtheil dieses Inhaltes gewährt nur das Recht auf Eintragung einer entsprechenden Vormerkung durch Vermittelung des Prozeßrichters (§ 7).

§ 4.

Außerhalb der Fälle einer freiwilligen Veräußerung wird Grundeigenthum nach dem bisher geltenden Recht erworben. Das Recht der Auflassung und Belastung des Grundstücks erlangt aber der Erwerber erst durch seine Eintragung im Grundbuch.

Miterben können jedoch gemeinschaftlich ein ererbtes Grundstück innerhalb dreier Jahre auflassen, auch wenn sie nicht als Eigenthümer desselben im Grundbuch eingetragen sind.

§ 5.

Gegen den eingetragenen Eigenthümer findet ein Erwerb des Eigenthums an dem Grundstück durch Ersitzung nicht statt.

§ 6.

Der eingetragene Eigenthümer ist kraft seiner Eintragung befugt, alle Klagerechte des Eigenthümers auszuüben, und verpflichtet, sich auf die gegen ihn als Eigenthümer des Grundstücks gerichteten Klagen einzulassen.

Gegen seine Eigenthumsklage steht dem Beklagten die Einrede der Verjährung nicht zu. Hat der Beklagte von dem Kläger oder seinem Rechtsvorgänger auf Grund eines den Eigenthumserwerb bezweckenden Rechtsgeschäfts den Besitz des Grundstücks erhalten, so sind die aus dem Rechtsgeschäft herzuleitenden Rechte nicht als Einrede, sondern nur durch Klage oder Widerklage geltend zu machen.

§ 7.

Eine Vormerkung zur Erhaltung des Rechts auf Auflassung oder auf Eintragung des Eigenthumsüberganges kann nur unter Vermittelung des Prozeßrichters oder mit Bewilligung des eingetragenen Eigenthümers eingetragen werden. Für die Vermittelung des Prozeßrichters ist der § 68 dieses Gesetzes maßgebend. Die Löschung einer solchen Vormerkung geschieht entweder auf Antrag desjenigen, für welchen sie eingetragen ist, oder auf

Antrag des eingetragenen Eigenthümers nach Maßgabe des § 59 dieses Gesetzes.

§ 8.

Die Eintragung des Eigenthumsüberganges und deren Folgen können nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts angefochten werden.

Es bleiben jedoch die in der Zwischenzeit von dritten Personen gegen Entgelt und im redlichen Glauben an die Richtigkeit des Grundbuchs erworbenen Rechte in Kraft.

Gegen diesen Nachtheil kann sich der Anfechtungskläger durch die von dem Prozeßrichter zu verfügende oder nachzusuchende Eintragung einer Vormerkung sichern.

§ 9.

Die Anfechtung ist auch auf Grund des Rechtsgeschäfts, in dessen Veranlassung die Auflassung erfolgt ist, statthaft, jedoch wird die mangelnde Form dieses Geschäfts durch die Auflassung geheilt.

§ 10.

Beschränkungen des Eigenthumsrechts an dem Grundstück erlangen Rechtswirkung gegen Dritte nur, wenn dieselben die Beschränkungen gekannt haben oder letztere im Grundbuch eingetragen sind.

Zweiter Abschnitt.

Von den dinglichen Rechten an Grundstücken.

§ 11.

Dingliche Rechte an Grundstücken erlangen gegen Dritte nur durch Eintragung Wirksamkeit und verlieren dieselbe durch Löschung.

Der Eintragung bedürfen jedoch nicht die gesetzlichen Vorkaufsrechte und die Grundgerechtigkeiten (Prädialservituten); ferner nicht die gemeinen Lasten, nämlich alle nach Gesetz und Verfassung aus dem Gemeinde- und Amts-Verbande oder aus dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbande entspringenden oder aus der Verpflichtung zu öffentlichen Wege-, Wasser- und Uferbauten entstandenen Abgaben und Leistungen.

§ 12.

Zur Eintragung eines Rechts in der zweiten Abtheilung des Grundbuchs genügt der Antrag des eingetragenen oder seine Eintragung gleichzeitig erlangenden Eigenthümers unter bestimmter Bezeichnung des Rechts und des Berechtigten.

Auf Antrag des Berechtigten findet die Eintragung statt, wenn der eingetragene Eigenthümer in einer beglaubigten Urkunde die Eintragung bewilligt hat.

§ 13.

Fehlt die Einwilligung des Eigenthümers, so kann die Eintragung, auch wenn das Recht auf einer letztwilligen Verfügung des Erblassers des Eigenthümers beruht, nur auf Grund eines rechtskräftigen und vollstreckbaren Erkenntnisses auf Eintragung oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde erfolgen.

§ 14.

Eingetragene dingliche Rechte können weder durch Ersitzung eines entgegenstehenden Rechtes noch durch Verjährung aufgehoben werden.

§ 15.

Eine Vormerkung zur Erhaltung des Rechts auf Eintragung eines dinglichen Rechts kann nur mit Bewilligung des eingetragenen Eigenthümers oder unter Vermittelung des Prozeßrichters oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde eingetragen werden Für die Vermittelung des Prozeßrichters ist der § 68 dieses Gesetzes maßgebend. Die Löschung einer solchen Vormerkung geschieht entweder mit Bewilligung dessen, für den sie eingetragen ist, oder auf Antrag des Eigenthümers nach Maßgabe des § 59 dieses Gesetzes.

Durch die Vormerkung wird für die endgültige Eintragung die Stelle in der Reihenfolge der Eintragungen gesichert.

§ 16.

Die Rangordnung der auf demselben Grundstück eingetragenen Rechte bestimmt sich nach der Reihenfolge der Eintragungen, die letztere nach der Zeit, zu welcher der Antrag auf Eintragung dem Amtsgerichte vorgelegt worden ist.

Eintragungen unter demselben Datum haben die Rangordnung nach ihrer Reihenfolge, wenn nicht besonders dabei bemerkt ist, daß sie zu gleichen Rechten neben einander stehen sollen.

Dingliche Rechte, welche der Eintragung nicht bedürfen (§ 11 Abs. 2) haben gleichen Rang mit einzutragenden dinglichen Rechten, welche gleich bei Anlegung des Grundbuchblattes eingetragen sind, und gehen allen Eintragungen in der dritten Abtheilung vor.

Sind sie erweislich erst nach Anlegung des Grundbuchblattes entstanden, so richtet sich ihr Rang nach dem Datum ihrer Entstehung.

Dritter Abschnitt.

Von dem Recht der Hypothek und der Grundschuld.

1. Von der Begründung dieser Rechte.

§ 17.

Das Recht der Hypothek und der Grundschuld entsteht durch die Eintragung im Grundbuch.

§ 18.

Die Eintragung erfolgt:

1. wenn der eingetragene oder seine Eintragung gleichzeitig erlangende Eigenthümer sie bewilligt hat, auf Antrag desselben oder des Gläubigers;

   Die Bewilligung kann mit Angabe eines Schuldgrundes geschehen (Hypothek), oder ohne Angabe eines Schuldgrundes (Grundschuld). Im ersteren Falle muß die Schuldurkunde vorgelegt werden;
2. wenn der Gläubiger auf Grund eines rechtskräftigen Erkenntnisses, durch welches der eingetragene Eigenthümer zur Bestellung einer Hypothek oder Grundschuld verurtheilt worden ist, die Eintragung beantragt;
3. wenn eine zuständige Behörde gegen den eingetragenen Eigenthümer die Eintragung nachsucht.

§ 19.

Der eingetragene Gläubiger erlangt das Verfügungsrecht über die Grundschuld erst durch die Aushändigung des Grundschuldbriefes an ihn.

§ 20.

Der eingetragene Miteigenthümer kann auf seinen Antheil eine Hypothek oder Grundschuld bewilligen; auch kann im Wege des gesetzlichen Zwanges gegen ihn auf seinen Antheil eine solche eingetragen werden.

§ 21.

Der Gläubiger, welchem ein Titel zur Hypothek zur Seite steht, hat das Recht, unter Vermittelung des Prozeßrichters eine Vormerkung auf dem Grundstück seines Schuldners eintragen zu lassen. Für die Vermittelung des Prozeßrichters ist der § 68 des Gesetzes maßgebend.

Auch diejenigen Behörden, welche die Eintragung einer Hypothek gegen den Eigenthümer nachzusuchen gesetzlich berechtigt sind, können die Eintragung einer Vormerkung verlangen.

Durch die Vormerkung wird für die endgültige Eintragung die Stelle in der Reihenfolge der Eintragungen gesichert.

§ 22.

Der Arrest in unbewegliches Vermögen wird dadurch bewirkt, daß dem Eigenthümer, Besitzer oder dinglich Berechtigten die Veräußerung und Belastung untersagt wird. Nach der Zustellung des Arrestbefehls ist der Arrest auf Antrag dessen, welcher denselben bewirkt hat, in Gestalt einer Vormerkung in das Grundbuch einzutragen. Durch die Vormerkung wird dem eingetragenen Anspruch ein Vorrecht auf Befriedigung vor allen nach-

eingetragenen Ansprüchen gesichert; die Löschung einer solchen Vormerkung findet nach Vorschrift des § 59 dieses Gesetzes statt.

§ 23.

Die Eintragungsbewilligung muß auf den Namen eines bestimmten Gläubigers lauten, das verpfändete Grundstück bezeichnen, und eine bestimmte Summe in gesetzlicher Währung, den Zinssatz oder die Bemerkung der Zinslosigkeit, den Anfangstag der Verzinsung und die Bedingungen der Rückzahlung angeben.

§ 24.

Wenn die Größe eines Anspruchs zur Zeit der Eintragung noch unbestimmt ist (Cautions-Hypotheken), so muß der höchste Betrag eingetragen werden, bis zu welchem das Grundstück haften soll.

§ 25.

Für Kapitalien, welche zinslos oder mit Zinsen unter dem Zinssatz von fünf vom Hundert eingetragen sind, kann der Eigenthümer des Grundstücks einen Zinssatz bis fünf vom Hundert mit der Rangordnung des Capitals eintragen lassen. Der Einwilligung der gleich- oder nachstehend eingetragenen Gläubiger bedarf es dazu nur, sofern dieselben schon in den bisherigen Hypothekenbüchern mit derselben Forderung ingrossirt gewesen waren.

§ 26.

Der bei der Veräußerung eines Grundstücks zur Sicherstellung einer Forderung bedungene Vorbehalt des Eigenthums gewährt dem Veräußerer nur das Recht, für die bestimmte Summe eine Hypothek auf das Grundstück eintragen zu lassen.

§ 27.

Der Eigenthümer kann auf seinen Namen Grundschulden eintragen und sich Grundschuldbriefe ausfertigen lassen. Er erlangt dadurch das Recht, über diese Grundschuld zu verfügen und auf dritte Personen die vollen Rechte eines Grundschuldgläubigers zu übertragen.

Bei der Vertheilung der Kaufgelder in Folge einer gerichtlichen Zwangsversteigerung kann er die Grundschuld für sich geltend machen.

§ 28.

Hat der Eigenthümer das Eigenthum des Grundstücks abgetreten, so erlangt er an der auf seinen Namen eingetragenen Grundschuld alle Rechte eines Grundschuldgläubigers.

§ 29.

Eine Hypothek kann auf Antrag des Eigenthümers und des Gläubigers in eine Grundschuld umgewandelt werden, wenn die in der zweiten Abtheilung bei Anlegung des Grundbuchblatts eingetragenen Berechtigten,

und die in der dritten Abtheilung gleich- oder nachstehend eingetragenen Gläubiger einwilligen, welche schon in den bisherigen Hypothekenbüchern mit derselben Forderung ingrossirt gewesen waren.

2. Von dem Umfang des Hypotheken- und des Grundschuldrechts.

§ 30.

Für das eingetragene Kapital, für die eingetragenen Zinsen und sonstigen Jahreszahlungen und für die Kosten der Eintragung, der Kündigung, der Klage und Beitreibung haften:

das ganze Grundstück mit allen seinen, zur Zeit der Eintragung nicht abgeschriebenen Theilen (Parcellen, Trennstücken);

die auf dem Grundstück befindlichen oder nachträglich darauf errichteten, dem Eigenthümer gehörigen Gebäude;

die natürlichen An- und Zuwüchse, die stehenden und hängenden Früchte, jedoch haften die dem Pächter zuwachsenden Früchte nicht;

die auf dem Grundstück noch vorhandenen abgesonderten, dem Eigenthümer gehörigen Früchte;

die ausstehenden Mieth- und Pachtzinsen und zu erhebenden Realleistungen;

die zugeschriebenen unbeweglichen Zubehörstücke (Pertinenzien) und Gerechtigkeiten;

das zum Landwirthschaftsbetriebe benutzte dem Eigenthümer gehörige Inventar;

die dem Eigenthümer zufallenden Versicherungsgelder für Früchte und abgebrannte oder durch Brand beschädigte Gebäude, wenn diese Gelder nicht statutenmäßig zur Wiederherstellung der Gebäude verwendet werden müssen oder verwendet worden sind.

§ 31.

Die Abtretung und Verpfändung der Ansprüche auf Versicherungsgelder, die Vorauserhebung, Abtretung und Verpfändung von Pacht und Miethzinsen auf mehr als ein halbes Jahr, und die Veräußerung stehender und hängender Früchte ist, soweit sie zum Nachtheil der eingetragenen Gläubiger gereicht, ohne Wirksamkeit.

§ 32.

Werden nach der Eintragung der Hypothek oder Grundschuld dem verpfändeten Grundstücke andere Grundstücke als Zubehör zugeschrieben, so treten diese in die Pfandverbindlichkeiten desselben; es gehen jedoch die mitübertragenen Posten des zugeschriebenen Stücks — soweit es sich um Be-

friedigung derselben aus diesem Stück handelt — den zur Zeit der Zuschreibung auf dem Hauptgut eingetragenen vor.

§ 33.

Werden unbewegliche Zubehörstücke oder Theile des Grundstücks auf dem Blatt des bisherigen Haupt- oder Stammguts abgeschrieben und auf ein anderes Blatt übertragen, so haften sie für die eingetragenen Belastungen des bisherigen Haupt- oder Stammguts nur dann, wenn diese bei der Abschreibung auf das andere Blatt mitübertragen worden sind.

3. Von der Rangordnung der auf demselben Grundstück haftenden Hypotheken und Grundschulden.

§ 34.

Die Rangordnung der auf demselben Grundstücke haftenden Hypotheken und Grundschulden bestimmt sich nach den in § 16 gegebenen Vorschriften.

§ 35.

Ein voreingetragener Gläubiger kann sein Vorrecht einem nachstehenden einräumen Die Einräumung des Vorrechts für das Kapital bezieht sich auch auf die Nebenleistungen. Die Vorrechte der Zwischenposten werden hierdurch nicht geändert.

§ 36.

Die Rangordnung zwischen den Belastungen zur zweiten und dritten Abtheilung des Grundbuchs bestimmt sich nach dem Datum der Eintragung.

Eintragungen unter demselben Datum stehen zu gleichem Recht, wenn nicht besonders dabei bemerkt ist, daß die eine der andern nachstehen soll.

Hypotheken, welche in Folge einer Ablösung eingetragener oder der Eintragung nicht bedürfender (§ 11 Abs. 2) dinglicher Rechte bestellt werden, erhalten bei der Eintragung denselben Rang wie letztere, jedoch nur insoweit, als das Ablösungscapital den gesetzlichen Ablösungsfuß nicht übersteigt, oder als ein etwa vereinbarter höherer Ablösungsfuß bei der Eintragung des Rechts bemerkt ist. Das abgelöste Recht wird im Grundbuch von Amtswegen gelöscht und ist der Vorrang solcher Hypotheken im Grundbuche bei der Eintragung zu bemerken.

4. Von der Wirkung des Rechts der Hypotheken und der Grundschulden.

§ 37.

Durch die Eintragung der Hypothek und der Grundschuld wird für

den Gläubiger die dingliche Klage gegen den Eigenthümer begründet. Der letztere haftet nur mit dem Grundstück nach Maßgabe der §§ 30, 32. Er kann der dinglichen Klage die Einrede, daß zunächst gegen den persönlichen Schuldner geklagt werden müsse, nicht entgegen setzen.

§ 38.

Gegen die Klage aus einer Grundschuld sind Einreden nur soweit zulässig, als sie dem Beklagten gegen den jedesmaligen Kläger unmittelbar zustehen oder aus dem Grundschuldbrief sich ergeben, oder die Thatsachen, auf welche sich dieselben gründen, dem Kläger beim Erwerb der Grundschuld bekannt gewesen sind.

Gegen die Klage aus einer Hypothek können Einreden aus dem persönlichen Schuldverhältniß einem Dritten, welcher ein Recht auf die Hypothek gegen Entgeld erworben hat, nur entgegengesetzt werden, wenn sie ihm vorher bekannt geworden sind oder sich aus dem Grundbuch ergeben.

Einreden gegen das Verfügungsrecht des Klägers aus der Person seines eingetragenen Rechtsurhebers (Autors) sind sowohl gegen die Klage aus einer Grundschuld als gegen die aus einer Hypothek unzulässig.

Die Beweiskraft von Schuldbekenntnissen über ein Darlehn hängt nicht vom Ablauf einer Zeit ab, wenn auf Grund der Urkunde eine Hypothek eingetragen ist.

§ 39.

Gegen die dingliche Klage auf Rückstände von Zinsen und sonstigen Jahresleistungen ist die Einrede der Tilgung unbedingt zulässig.

§ 40.

Mit dem Grundschuldbriefe können Zinsquittungsscheine ausgegeben werden. Ist dies geschehen, so ist nur der Inhaber des fälligen Zinsquittungsscheines gegen Aushändigung desselben zur Empfangnahme der Zinsen berechtigt.

§ 41.

Hat der Erwerber eines Grundstücks die auf demselben haftende Hypothek in Anrechnung auf das Kaufgeld übernommen, so erlangt der Gläubiger gegen den Erwerber die persönliche Klage, auch wenn er dem Uebernahmevertrag nicht beigetreten ist.

Der Veräußerer wird von seiner persönlichen Verbindlichkeit frei, wenn der Gläubiger nicht innerhalb eines Jahres, nachdem ihm der Veräußerer die Schuldübernahme bekannt gemacht, die Hypothek dem Eigenthümer des Grundstücks gekündigt und binnen sechs Monaten nach der Fälligkeit eingeklagt hat.

Ist das Kündigungsrecht für eine bestimmte Zeit ausgeschlossen oder

an den Eintritt eines bestimmten Ereignisses geknüpft, so beginnt die Frist mit Ablauf der Zeit oder Eintritt des Ereignisses.

§ 42.

Wenn eine Hypothek oder Grundschuld ungetheilt auf mehreren Grundstücken haftet, so ist der Gläubiger berechtigt, sich an jedes einzelne Grundstück wegen seiner ganzen Forderung zu halten.

Soweit der Gläubiger aus dem einen Grundstück seine Befriedigung erhalten hat, erlischt die Hypothek oder Grundschuld auf dem mitverhafteten Grundstück. Der Eigenthümer desselben erlangt nicht das Recht, über diese Post zu verfügen, oder sie für sich zu liquidiren.

§ 43.

Der hypothekarische oder Grundschuld-Gläubiger, dessen Anspruch vollstreckbar geworden, hat das Recht, auf gerichtliche Zwangsverwaltung und gerichtliche Zwangsversteigerung anzutragen.

Haftet die Hypothek oder Grundschuld nur auf einem Antheil des Grundstücks, so kann nur der Antheil zur Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung gestellt werden.

§ 44.

Der Antrag auf Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung ist auch dann zulässig, wenn seit der Zustellung der Klage ein Wechsel in der Person des Eigenthümers des Grundstücks eingetreten ist.

§ 45.

Ein Vertrag zwischen dem hypothekarischen oder Grundschuld-Gläubiger und dem Eigenthümer, durch welchen Ersteren das Recht der Veräußerung zum Zweck ihrer Befriedigung entzogen wird, ist nichtig.

§ 46.

Der Eigenthümer ist berechtigt, bei der Zwangsversteigerung mitzubieten. Es muß jedoch, sobald ein Betheiligter seiner Zulassung widerspricht, für sein jedesmaliges Gebot im Termin eine Sicherheit baar oder in inländischen öffentlichen nicht außer Umlauf gesetzten Papieren, oder Schuldverschreibungen des deutschen Reichs oder der deutschen Staaten erlegt werden. Diese Papiere müssen mit den laufenden Zinsscheinen und Talons eingereicht werden und sind nach dem Börsenpreise zu berechnen. Wenn der Eigenthümer der Meistbietende geblieben, und ein begründeter Widerspruch nicht erfolgt ist, so wird durch gerichtlichen Beschluß ausgesprochen, daß ihm das Eigenthum an dem Grundstück zu belassen sei.

§ 47.

Der Ersteher erwirbt das Eigenthum frei von allen Hypotheken und Grundschulden.

Dingliche Lasten anderer Art, welche aus privatrechtlichen Titeln her-

rühren, müssen von dem Ersteher übernommen werden, wenn denselben keine Hypothek oder Grundschuld vorgeht. Gebote, durch welche der Bietende sich zur Uebernahme derartiger, einer Hypothek oder Grundschuld nachstehender Lasten bereit erklärt, dürfen nur dann berücksichtigt werden, wenn dieselben zugleich für sämmtliche der zu übernehmenden Last vorgehende Hypotheken oder Grundschulden vollständige Deckung gewähren.

§ 48.

Ein Vertrag, durch welchen sich der Eigenthümer einem Hypotheken- oder Grundschuld-Gläubiger gegenüber verpflichtet, das Grundstück nicht weiter zu belasten, ist nichtig.

§ 49.

Beschränkungen des eingetragenen Gläubigers in der Verfügung über die Hypothek oder Grundschuld erlangen Rechtswirkung gegen Dritte nur, wenn dieselben bei Hypotheken im Grundbuch eingetragen oder bei Grundschulden auf dem Grundschuldbrief vermerkt sind oder wenn sie den Dritten bei Erwerb ihres Rechts an dem Grundstück bekannt waren.

Die Eintragung erfolgt entweder mit Bewilligung des Gläubigers, oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde.

Die Pfändung einer im einem Grundbuche eingetragenen Forderung oder Berechtigung ersetzt die Bewilligung des eingetragenen Gläubigers zur Eintragung des entstandenen Pfandrechtes. Zum Nachweise der Pfändung ist der Nachweis der Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Eigenthümer des Grundstückes erforderlich und ausreichend. Zu dem Antrage auf Eintragung ist weder die Vermittelung des Prozeßgerichtes oder Vollstreckungsgerichtes, noch die Beglaubigung erforderlich.

§ 50.

Erhebliche Verschlechterungen des Grundstücks, durch welche die Sicherheit des Gläubigers gefährdet wird, berechtigen denselben, bei dem Prozeßrichter Sicherungsmaßregeln zu beantragen, auch seine Befriedigung vor der Verfallzeit zu fordern.

§ 51.

An den bestehenden Vorschriften über die unter Aufsicht einer Behörde zu bewirkende Verwendung der dem Grundstückseigenthümer zufallenden Kapitalien im Interesse der dinglich Berechtigten wird durch dieses Gesetz nichts geändert.

5. Von dem Uebergang der Hypotheken und Grundschulden.

§ 52.

Die Hypothek kann nur gemeinsam mit dem persönlichen Recht abgetreten werden.

Wird eine zur Sicherung eines persönlichen Rechts dienende Grundschuld ohne den persönlichen Anspruch abgetreten, so erlischt letzterer.

§ 53.

Die Eintragung der Abtretung oder Verpfändung einer Hypothek oder Grundschuld darf nur auf Grund der Bewilligung des eingetragenen Gläubigers oder seiner rechtskräftigen und vollstreckbaren Verurtheilung zur Bewilligung oder auf Grund des Ersuchens einer zuständigen Behörde gegen den eingetragenen Gläubiger oder auf Grund einer im Wege der Zwangsvollstreckung geschehenen Ueberweisung an Zahlungs statt (§ 736, 737 der Civilprozeßordnung) erfolgen.

Zu dem Antrage auf Eintragung ist weder die Vermittelung des Prozeßgerichts oder Vollstreckungsgerichts, noch die Beglaubigung erforderlich.

§ 54.

Der Erwerb der Hypothek oder Grundschuld durch Abtretung und die Wirksamkeit der Verpfändung derselben hängt nicht von der Eintragung ab.

§ 55.

Grundschulden können ohne Nennung des Erwerbers abgetreten werden (Blancoabtretung).

Jeder Inhaber erlangt dadurch das Recht, die Blancoabtretung durch einen Namen auszufüllen, die Grundschuld auch ohne diese Ausfüllung abzutreten und die dingliche Klage anzustellen.

§ 56.

In Ermangelung einer Vereinbarung der Betheiligten werden die Kosten der Verpfändung einer Hypothek oder Grundschuld und deren Eintragung von dem Verpfänder allein, die Kosten der Abtretung und deren Eintragung von dem abtretenden Gläubiger und dem Erwerber zu gleichen Theilen getragen; hat jedoch der befriedigte Gläubiger auf Veranlassung des Eigenthümers die Hypothek oder Grundschuld ihm oder einem Andern abgetreten, so hat der Eigenthümer die Abtretungs- und Eintragungskosten zu zahlen.

6. Von der Löschung der Hypotheken und Grundschulden.

§ 57.

Das Hypotheken- und Grundschuldrecht wird nur durch Löschung im Grundbuch aufgehoben.

§ 58.

Die Löschung erfolgt auf Antrag des Eigenthümers oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde.

§ 59.

Vormerkungen werden gelöscht auf Ersuchen derjenigen Behörde, auf deren Antrag dieselben im Grundbuch vermerkt worden, oder auf Bewilli-

gung dessen, für den sie vermerkt worden sind, oder auf Antrag des Eigenthümers, verbunden mit Vorlegung eines vollstreckbaren Urtheiles oder Beschlusses, durch welche die betreffende einstweilige Verfügung aufgehoben ist.

§ 60.

Weigert der Gläubiger die Bewilligung der Löschung, so bleibt dem Eigenthümer überlassen, bei dem Prozeßrichter den Antrag zu begründen, das betreffende Amtsgericht zu ersuchen, daß bei der Hypothek oder Grundschuld Widerspruch gegen weitere Verfügungen des Gläubigers vermerkt werde.

§ 61.

Beim Mangel einer Vereinbarung der Betheiligten hat die Kosten der Quittung und Löschung der Schuldner, die besonderen Kosten für den Nachweis der Berechtigung des Gläubigers der Letztere zu tragen.

§ 62.

An die Stelle einer gelöschten Hypothek und Grundschuld darf eine andere nicht eingetragen werden, vielmehr rücken die nachstehenden Posten vor.

§ 63.

Wenn eine Hypothek oder Grundschuld von dem Eigenthümer bezahlt oder auf andere Weise getilgt worden ist, so ist der bisherige Gläubiger nach der Wahl des Eigenthümers verpflichtet, entweder Quittung oder Löschungsbewilligung zu ertheilen, oder die Post ohne Gewährleistung abzutreten.

§ 64.

Der eingetragene Eigenthümer ist berechtigt, auf Grund der Quittung oder Löschungsbewilligung die Post auf seinen Namen umschreiben zu lassen oder über sie zu verfügen.

Auf terminlich abzutragende Darlehen der Leihekasse, welche schon ingrossirt worden, ehe dieses Gesetz in Kraft tritt, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

§ 65.

Ein gleiches Recht hat der eingetragene Eigenthümer, welcher die Hypothek oder Grundschuld von Todeswegen erworben hat, auf Grund des Testaments, des Erbvertrages oder der Erbbescheinigung.

Hat derselbe die Post als Vermächtnißnehmer erworben, so bedarf es zur Umschreibung der Einwilligung des Erben, oder seiner rechtskräftigen und vollstreckbaren Verurtheilung zu derselben.

§ 66.

Erwirbt der Gläubiger das verpfändete Grundstück, so kann er die Hypothek oder Grundschuld auf seinen Namen stehen lassen oder über sie verfügen.

§ 67.

Die Vorschriften der §§ 63 — 66 finden auf Cautionshypotheken keine Anwendung.

Vierter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 68.

Der Prozeßrichter hat auf den Antrag einer Partei die Eintragung einer Vormerkung bei dem betr. Amtsgerichte zu vermitteln, wenn ihm der Anspruch oder das Widerspruchsrecht, welche durch die Vormerkung gesichert werden sollen, glaubhaft gemacht sind. Die Vermittelung findet nur als Ausführung einer einstweiligen Verfügung nach den Vorschriften der deutschen Civilprozeßordnung statt.

Gegeben Detmold den 27. Juli 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

Gesetz

betreffend die Grundbuchordnung vom 27. Juli 1882.

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar,** regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg 2c. 2c. erlassen mit Zustimmung des Landtags als Gesetz die nachstehende Grundbuchordnung.

Detmold, den 27. Juli 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

Grundbuch-Ordnung.

Erster Abschnitt.

Von der Form und Einrichtung der Grundbücher.

§ 1.

Für jeden Gemeindebezirk werden ein oder mehrere Grundbücher angelegt. In diese werden die selbstständigen, in den Grundsteuerbüchern verzeichneten Grundstücke eingetragen.

Die Eintragung erfolgt in einer den Artikeln der Mutterrolle entsprechenden Nummerreihe. Das vererbliche und veräußerliche Nutzungsrecht an einem auf fremdem Grund und Boden stehenden Gebäude wird auf ein besonderes Blatt eingetragen.

§ 2.

Für die zum Domanium und für die dem Staate gehörenden Grundstücke, ingleichen für Grundstücke der Kirchen, Schulen, Gemeinden und öffentlichen Genossenschaften, für Eisenbahnen und öffentliche Wege bedarf es der Anlegung eines Grundbuchblattes nur in dem Falle der Veräußerung oder Belastung, oder wenn von dem Eigenthümer oder einem Berech-

tigten bezw. der Direction der Fürstl. Fideicommiß-Verwaltung darauf angetragen wird.

Die Grundstücke der Eisenbahnen und die öffentlichen Wege werden dann in dem Grundbuche eines jeden Bezirks, in welchem sie liegen (§ 1) eingetragen.

§ 3.

Die Mutterrollen dienen zur Ausmittelung der in die Grundbücher einzutragenden oder bereits eingetragenen Grundstücke, ihrer Lage und Größe. Ihre Bezeichnung in den Mutterrollen ist bei den Grundbüchern beizubehalten. Bei Gutscomplexen genügt die Eintragung der Gesammtfläche und des Gesammtreinertrages.

§ 4.

Das Grundbuchblatt eines Grundstücks umfaßt dessen Bestandtheile, unbewegliche Zubehörstücke und Gerechtigkeiten.

Zubehörstücke erhalten nur dann ein besonderes Blatt im Grundbuch, wenn das Hauptgut im Auslande oder in dem Bezirke einer andern Gemeinde liegt.

Im ersteren Fall ist das Zubehörstück, sofern nicht durch Staatsverträge ein Anderes bestimmt ist, als ein selbstständiges Grundstück zu behandeln.

Im letzteren Fall ist auf dem Titel des Zubehörstücks zu vermerken, zu welchem Hauptgut dasselbe gehört, demnächst das Blatt gegen weitere Eintragungen zu schließen, und auf dem Titel des Hauptgutes auf das Grundbuchblatt des Zubehörstücks hinzuweisen.

§ 5.

Die Grundbücher werden nach dem diesem Gesetze beigelegten Formular eingerichtet. (Anlage A.)

§ 6.

In dem Grundbuch erhält jedes selbstständige Grundstück, d. h. jede unter demselben Artikel der Mutterrolle befaßte Grundbesitzung, ein eigenes Grundbuchblatt. Dasselbe besteht in einem Titel und drei Abtheilungen.

§ 7.

Der Titel enthält in der Ueberschrift die Bezeichnung des Grundbuchamtes, der Gemeinde und des Grundstücks nach dem Artikel der Mutterrolle und zerfällt in 4 Hauptspalten:

Erste Spalte: Ordnungsziffer,
Zweite Spalte: Bestand und Veränderungen,
Dritte Spalte: Zuschreibungen mit den Unterabtheilungen:
von — Flächeninhalt — Grundsteuerreinertrag — Miethwerth,
Vierte Spalte: Abschreibungen mit den Unterabtheilungen:
nach — Flächeninhalt — Grundsteuerreinertrag — Miethwerth.

§ 8.

In die erste Spalte der ersten Abtheilung ist einzutragen:

der Eigenthümer nach Vor- und Zunamen, nach Stand, Gewerbe, oder anderen unterscheidenden Merkmalen, Wohnort oder Aufenthaltsort; eine juristische Person nach ihrer gesetzlichen oder in der Verleihungsurkunde enthaltenen Benennung; eine Handelsgesellschaft, Actiengesellschaft und Genossenschaft unter ihrer Firma und Bezeichnung des Orts, wo sie ihren Sitz hat;

in die zweite Spalte:

das Datum der Auflassung und der Eintragung, die Vermerke über Zuschreibungen, (§ 51), und auf Antrag des Eigenthümers der Erwerbsgrund;

in die dritte Spalte:

auf Antrag des Eigenthümers der Erwerbspreis, die Schätzung des Werths nach einer öffentlichen Taxe, und bei Gebäuden die Feuerversicherungssumme mit Angabe des Datums.

§ 9.

In die erste Hauptspalte der zweiten Abtheilung werden eingetragen:

1. Dingliche Rechte an Grundstücken (§ 11 des E. E. G.).

   Von der Eintragung sind ausgeschlossen die an den Staat zu entrichtenden Steuern und Abgaben.

   Der Eintragung bedürfen nicht die im § 11 Abs. 2 des E. E. G. aufgeführten Rechte und Lasten.

2. Die Beschränkungen des Eigenthums und des Verfügungsrechts des Eigenthümers.

In die zweite Hauptspalte „Veränderungen" werden alle Veränderungen eingetragen, welche die in der ersten Hauptspalte vermerkten Rechte und Beschränkungen erleiden.

Ist ein in der ersten Hauptspalte eingetragenes Recht aufgehoben, so erfolgt die Löschung in der Hauptspalte „Löschungen"; die Löschung einer Veränderung wird unter der zweiten Hauptspalte in der Nebenspalte „Löschungen" bewirkt.

§ 10.

In die erste Hauptspalte der dritten Abtheilung werden die Hypotheken und Grundschulden eingetragen.

Wenn mit solchen Rechten der Besitz und Genuß des Grundstücks von Seiten des Gläubigers verbunden ist, so wird zugleich dieses Recht in der zweiten Abtheilung vermerkt.

In die zweite Hauptspalte „Veränderungen" sind alle Veränderungen der in der ersten Hauptspalte eingetragenen Posten zu vermerken.

Die Nebenspalte „Löschungen" in der zweiten Hauptspalte ist für die Löschung der Veränderungen, die Hauptspalte „Löschungen" zur Löschung der in der ersten Hauptspalte eingetragenen Posten bestimmt.

§ 11.

Für mehrere im Bezirk desselben Grundbuchamts liegende Grundstücke desselben Eigenthümers kann auf dessen Antrag ein gemeinschaftliches Blatt angelegt werden, wenn daraus nach dem Ermessen des Grundbuchamts keine Verwirrung zu besorgen ist.

§ 12.

Für jedes Grundbuchblatt werden besondere Grundacten gehalten. Den Grundacten sind Tabellen vorzuheften, welche eine wörtliche Abschrift der Grundbuchblätter sein müssen.

§ 13.

Die Einsicht der Grundbücher und Grundacten ist jedem gestattet, welcher nach dem Ermessen des Vorstehers des Grundbuchamts ein rechtliches Interesse dabei hat.

Oeffentlichen Behörden und den von ihnen beauftragten Beamten steht in den gesetzlich bestimmten Fällen die Einsicht der Grundbücher und Grundacten und die Entnahme von Bemerkungen aus denselben frei, auch sind sie berechtigt, Abschriften zu verlangen.

Zweiter Abschnitt.

Von den Grundbuchbehörden.

§ 14.

Das Grundbuchwesen gehört zur Zuständigkeit der Amtsgerichte. Die Geschäfte der Grundbuchrichter werden von den Amtsrichtern, diejenigen der Grundbuchführer von den Gerichtsschreibern wahrgenommen.

§ 15.

Liegen Grundstücke, welche einem einheitlichen Gutsverbande angehören, in den Bezirken verschiedener Amtsgerichte, so hat das Landgericht zu bestimmen, welches Amtsgericht das Grundbuch zu führen hat.

§ 16.

Streitigkeiten über die Zuständigkeit mehrerer Amtsgerichte werden von dem Landgerichte entschieden.

§ 17.

Wenn ein Grundbuchblatt aus dem Bezirk eines Amtsgerichts in den eines andern übergeht, so wird dem letzteren eine vollständige beglaubigte Abschrift des Blattes mitgetheilt, und das frühere Blatt geschlossen. In diese Abschrift ist nur der noch gültige Inhalt aufzunehmen.

§ 18.

Die Grundbuchs-Beamten haften für jedes Versehen bei Wahrnehmung ihrer Amtspflichten, soweit für den Beschädigten von anderer Seite her Ersatz nicht zu erlangen ist.

§ 19.

Soweit der Beschädigte nicht im Stande ist, Ersatz seines Schadens von dem Grundbuchbeamten zu erhalten, haftet ihm für denselben der Staat.

§ 20.

Die Schadensersatzklage gegen die Grundbuchbeamten verjährt in 3 Jahren, nachdem der Beschädigte von dem Dasein und dem Urheber des Schadens Kenntniß erhalten hat. Sind seit dem Zeitpunkt der Beschädigung 30 Jahre verflossen, so kommt es auf den Zeitpunkt der erlangten Kenntniß nicht weiter an.

Dritter Abschnitt.

Von dem Verfahren in Grundbuchsachen.

1. Allgemeine Bestimmungen.

§ 21.

Die Amtsgerichte verfahren in Grundbuchsachen, mit Ausnahme der im Gesetz bestimmten Fälle, nur auf Antrag.

§ 22.

Die Anträge werden mündlich bei dem Amtsgerichte angebracht oder schriftlich eingereicht.

§ 23.

Mündliche Anträge auf Eintragungen oder Löschungen sind von dem Grundbuchrichter aufzunehmen.

§ 24.

Schriftliche, zu einer Eintragung oder Löschung erforderliche Anträge und Urkunden müssen gerichtlich oder notariell aufgenommen oder beglaubigt sein. Jedoch bedürfen schriftliche Anträge, welchen die beglaubigten Urkunden beiliegen, in denen die Betheiligten die beantragte Eintragung oder Löschung schon bewilligt haben, keiner besonderen Beglaubigung.

Bei Cessionen und Löschungen innerhalb eines Betrages von 600 *M.* genügt eine von einem zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Staats- oder Gemeinde-Beamten unter der Urkunde ausgestellte Beglaubigung.

§ 25.

Urkunden und Anträge öffentlicher Behörden bedürfen, wenn sie ordnungsmäßig unterschrieben und untersiegelt sind, keiner Beglaubigung.

§ 26.

Notare bedürfen zur Stellung der Anträge keiner besonderen Vollmacht, wenn die von ihnen aufgenommene oder beglaubigte und eingereichte Urkunde die Bewilligung oder den Antrag der Betheiligten auf Eintragung oder Löschung enthält.

§ 27.

Andere Personen, welche als Bevollmächtigte Anträge stellen, haben sich durch gerichtlich oder notariell aufgenommene oder beglaubigte Vollmacht auszuweisen.

§ 28.

Sind die zur Eintragung oder Löschung erforderlichen Urkunden oder Vollmachten von einer ausländischen Behörde ausgestellt oder beglaubigt, und ist die Befugniß dieser Behörde zur Ausstellung öffentlicher Urkunden nicht durch Staatsverträge verbürgt, oder sonst dem Grundbuchamt bekannt, so muß die Befugniß der ausländischen Behörde zur Aufnahme des Actes und deren Unterschrift auf gesandtschaftlichem Wege festgestellt werden.

§ 29.

Bei Eintragungen und Löschungen auf Grund von Erbverträgen, letztwilligen Verfügungen und Erbtheilungsurkunden genügt, wenn sie gerichtlich oder notariell aufgenommen sind, ein Auszug aus diesen Urkunden, soweit derselbe die einzutragende oder zu löschende Bestimmung betrifft, wenn in den dazu geeigneten Fällen eine gerichtliche Bescheinigung darüber beigefügt ist:

daß in der Urkunde eine weitere hierauf bezügliche Bestimmung nicht enthalten ist.

§ 30.

Auf Grund von Privattestamenten oder von Erbverträgen, welche gültig ohne öffentliche Urkunde errichtet sind, können Eintragungen oder Löschungen nur erfolgen, wenn entweder das Anerkenntniß des gesetzlichen Erben durch eine öffentliche Urkunde nachgewiesen, oder eine Bescheinigung des Amtsgerichts, bei welchem der Erblasser zur Zeit des Todes seinen allgemeinen Gerichtsstand hatte, beigebracht wird, daß sich nach erfolgter öffentlicher Ladung Niemand gemeldet habe, der ein besseres Recht in Anspruch nehme.

§ 31.

Sind Nachlaßforderungen getheilt, so genügt zu deren Umschreibung eine gerichtliche Bescheinigung:

daß die Forderung bei der Theilung des Nachlasses dem Erben oder Vermächtnißnehmer übereignet worden sei.

§ 32.

Dem auf Eintragung oder Löschung gerichteten Ersuchen einer zu-

ständigen Behörde, welches den gesetzlichen Erfordernissen entspricht, insbesondere auch alle wesentlichen Punkte des einzutragenden Vermerks enthalten muß, haben die Amtsgerichte zu genügen, oder den aus dem Grundbuch sich ergebenden Anstand der ersuchenden Behörde bekannt zu machen.

§ 33.

Die Anträge sowohl, als die Urkunden sind genau mit dem Zeitpunkt des Eingangs vom Amtsrichter oder Gerichtsschreiber zu bezeichnen.

§ 34.

Die Verfügungen auf die Anträge sind vom Amtsrichter zu erlassen und vom Gerichtsschreiber auszuführen.

Die Eintragungsformel ist dem Antrag gemäß von dem Richter wörtlich in der Fassung zu entwerfen, in welcher sie in das Grundbuch eingetragen werden soll.

Nebenbestimmungen, insbesondere über Kündigung oder Zahlung des Capitals, sind dem Antrag entsprechend in die Formel aufzunehmen.

§ 35.

Bei allen Einschreibungen in das Grundbuch ist der Tag der Einschreibung anzugeben; die in die zweite und dritte Abtheilung einzutragenden Posten sind in jeder Abtheilung mit fortlaufenden Nummern zu versehen. Die Einschreibungen sind im Grundbuch von dem Amtsrichter und dem Gerichtsschreiber zu unterzeichnen.

§ 36.

Aus mehreren Eintragungsgesuchen für dasselbe Grundstück erfolgt die Eintragung in der durch den Zeitpunkt der Vorlegung der Gesuche bei dem Amtsgerichte bestimmten Reihenfolge, und aus gleichzeitig vorgelegten Gesuchen zu gleichem Recht, wenn nicht in denselben eine andere Reihenfolge bestimmt ist.

§ 37.

Der Amtsrichter ist verpflichtet, die Rechtsgültigkeit der vollzogenen Auflassung, Eintragungs- oder Löschungsbewilligung nach Form und Inhalt zu prüfen. Ergiebt diese Prüfung für die beantragte Eintragung oder Löschung ein Hinderniß, so hat der Amtsrichter dasselbe dem Antragsteller bekannt zu machen.

Mängel des Rechtsgeschäfts, welches der vollzogenen Auflassung, Eintragungs- oder Löschungsbewilligung zu Grunde liegt, berechtigen nicht, die beantragte Eintragung oder Löschung zu beanstanden.

2. Eintragung des Eigenthümers.

§ 38.

Der Amtsrichter darf die Auflassungserklärung erst entgegennehmen,

wenn er nach Prüfung der Sache sich überzeugt hat, daß der sofortigen Eintragung des Eigenthums ein Hinderniß nicht entgegensteht, namentlich die Vorschriften in den §§ 2, 3, 6, 7 und 8 des Gesetzes vom 23. März 1864, die Besitzveränderungen bei Grundstücken betreffend, beobachtet sind.

In der Auflassungserklärung können die Betheiligten das Rechtsgeschäft, welches der Auflassung zu Grunde liegt, bezeichnen, und sind dieselben befugt, eine Ausfertigung oder Abschrift der über das Rechtsgeschäft errichteten Urkunde zu den Acten zu geben.

Die Eintragung des Eigenthumsüberganges muß sich unmittelbar an die Auflassung anschließen.

§ 39.

Wer vor dem Zeitpunkt, in welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, das Eigenthum eines Grundstücks erworben hat, für welches ein Grundbuchblatt nicht angelegt ist, erhält auf Antrag die Eintragung als Eigenthümer, wenn er seinen Erwerb nach den Vorschriften des bisherigen Rechts nachgewiesen hat.

§ 40.

Die Eintragung des Eigenthums gesetzlicher Erben an den zur Erbschaft gehörigen Grundstücken erfolgt auf Grund einer Erbbescheinigung des zuständigen Richters.

§ 41.

Beruht das Erbrecht auf einem Erbvertrag oder einem Testament, so muß die letztwillige Verordnung oder ein nach § 29 bescheinigter Auszug aus derselben mit der Verkündigungsverhandlung, oder den sonst zum Nachweise des Erbrechts erforderlichen Urkunden (§ 30) in Ausfertigung beigebracht werden, sofern diese Urkunden dem Amtsrichter nicht in Urschrift vorliegen.

§ 42.

Lehnsfolger haben ihr Nachfolgerecht durch eine Bescheinigung der Lehnsbehörde nachzuweisen.

Die Eintragung der Familienfideicommiß- oder Stammgutseigenschaft erfolgt auf den Antrag des Eigenthümers oder eines Nachfolgeberechtigten, sobald derselbe nachweist, daß jene Eigenschaft entstanden ist.

Familienfideicommiß- oder Stammgutsnachfolger sind als Eigenthümer einzutragen, wenn sie ihr Nachfolgerecht durch eine Erbbescheinigung des zuständigen Richters nachweisen.

§ 43.

Vermächtnißnehmer müssen die Einwilligung der Erben in die Eintragung ihres Eigenthums in beglaubigter Form oder das die Erben zur Ertheiligung der Einwilligung verurtheilende rechtskräftige und vollstreckbare Erkenntniß beibringen.

§ 44.

Nebenbestimmungen aus Verträgen oder letztwilligen Verordnungen, welche das Eigenthum oder die Befugniß des Eigenthümers, über das Grundstück zu verfügen, beschränken, werden nur auf Antrag eingetragen.

§ 45.

In den Fällen, in welchen der Erwerb des Eigenthums an Grundstücken eine Auflassungserklärung des bisher eingetragenen Eigenthümers nicht voraussetzt, kann der Eigenthümer zur Eintragung seines Eigenthums angehalten werden, wenn

1. eine zuständige Behörde dieselbe erfordert,
2. wenn ein dinglich oder zu einer Eintragung Berechtigter dieselbe beantragt.

§ 46.

Wird von einem nach § 45 hierzu Berechtigten die Eintragung des Eigenthümers beantragt, so hat der Amtsrichter den Eigenthümer unter Mittheilung des Antrages aufzufordern, binnen einer bestimmten Frist bei Vermeidung einer die Summe von 150 Mark nicht übersteigenden Geldstrafe sich eintragen zu lassen.

Läßt derselbe die Frist fruchtlos verstreichen und bescheinigt auch nicht Hindernisse, welche einen ferneren Aufschub rechtfertigen, so setzt der Amtsrichter die Strafe fest und erneuert die frühere Aufforderung an ihn unter der Verwarnung, daß nach Ablauf der neuen Frist auf ferneres Andringen des hiervon zu benachrichtigenden Antragstellers im Wege der Zwangsvollstreckung die Eintragung seines Eigenthums werde herbeigeführt werden.

Bestreitet der Eigenthümer im Fall des § 45 Nr. 2 das Recht des Antragstellers, so ist Letzterer zum Prozeßwege zu verweisen.

§ 47.

Die Eintragung des Eigenthümers ist dem bisher eingetragenen Eigenthümer und den aus dem Grundbuch ersichtlichen dinglich Berechtigten, sowie der Cataster- und der Verwaltungsbehörde bekannt zu machen.

§ 48.

Wenn ein Grundstück, welches von einem eingetragenen Grundstück abgezweigt werden soll, auf ein anderes Blatt zu übertragen ist, so muß das einzutragende Grundstück in der Auflassungserklärung nach der Mutterrolle unter Beifügung eines beglaubigten Auszuges aus derselben und nöthigenfalls einer Vermessungsbescheinigung, aus welcher die Größe des abgezweigten Grundstücks hervorgeht, bezeichnet werden.

§ 49.

Wenn ein Theil eines Grundstücks unbelastet auf einen Eigenthümer

übergehen soll, dessen Grundbesitz im Grundbuch nicht verzeichnet zu werden braucht (§ 2), so kann auf Verlangen des Erwerbers die im Anschluß an die Auflassung zu bewirkende Eintragung des Eigenthumsüberganges dadurch ersetzt werden, daß auf dem bisherigen Grundbuchblatt die Abschreibung des Theils mit Angabe des Sachverhältnisses vermerkt wird. Dieser Vermerk hat die Wirkung der Eintragung des Eigenthumsüberganges.

§ 50.

Wird von einem Grundstück ein Theil oder ein Zubehörstück getrennt, so wird dasselbe auf dem Titel abgeschrieben, und daselbst zugleich vermerkt, auf welches Grundbuchblatt es übertragen wird.

§ 51.

Soll das abgeschriebene Stück einem andern Grundstück als Zubehör zugeschrieben oder auf das Blatt eines anderen Grundstücks selbstständig übertragen werden, so wird die Zuschreibung oder Uebertragung auf dem Titel und in der ersten Abtheilung eingetragen.

§ 52.

Der Erwerber eines Trennstücks kann noch vor der Auflassungserklärung des Veräußerers mit dessen Zustimmung die Eintragung eines vorläufigen Vermerks der erfolgten Veräußerung beantragen. Ohne Zustimmung des Veräußerers ist die Eintragung des Vermerks nur auf Anordnung oder Ersuchen des Prozeßrichters statthaft. Der Vermerk wird in der zweiten Abtheilung eingetragen und bei der Abschreibung des Trennstücks von Amtswegen gelöscht.

§ 53.

Haften auf dem Hauptgut oder auf dem ganzen Grundstück Lasten und Schulden, so wird das Trennstück frei von solchen abgeschrieben, wenn

entweder nach gesetzlicher Vorschrift das Trennstück frei von Lasten und Schulden aus dem Verbande des Hauptguts ausscheidet,

oder die Berechtigten das Trennstück aus der Mithaft entlassen.

§ 54.

Scheidet das Trennstück nicht aus der Mithaft mit dem Hauptgut aus, so werden die Lasten und Schulden auf das Blatt des Trennstücks von Amtswegen mit übertragen. In Betreff der Lasten, sowie der erforderlichen Genehmigung finden die Vorschriften der Circulare vom 12. Jan. und 1. Mai 1830 (L. V. Bd. VII S. 529, 536), sowie des Gesetzes, die Besitzveränderungen bei Grundstücken u. s. w. betr., vom 23. März 1864 (L. V. Bd. XIII S. 196.) Anwendung.

§ 55.

Gehen die Lasten und Schulden ungetheilt auf das Trennstück über, so wird dies bei den betreffenden Posten in der Spalte „Veränderungen"

auf dem bisherigen Grundbuchblatt bemerkt, und die dinglichen Verbindlichkeiten werden auf das neue Blatt in die entsprechende Abtheilung übertragen.

§ 56.

Gehen die Lasten und Schulden antheilsweise über, so wird der auf das Trennstück fallende Antheil auf das Blatt des letzteren übertragen und auf dem des Stammgrundstücks gelöscht.

§ 57.

Uebernimmt der Erwerber des Trennstücks die Lasten und Schulden unter Zustimmung der Berechtigten allein, so werden dieselben auf dem Blatt des Stammgrundstücks gelöscht und auf das Blatt des Trennstücks vollständig übertragen.

§ 58.

Die Entlassung des Trennstücks aus der Mithaft, sowie die alleinige oder antheilsweise Haftung des Trennstücks wird auf den Hypothekenurkunden und Grundschuldbriefen vermerkt.

§ 59.

Der Grundbuchrichter hat einzelne Theile oder Zubehörstücke des Grundstücks ohne Einwilligung der Hypotheken- und Grundschuldgläubiger oder anderer dinglich Berechtigter unbelastet abzuschreiben oder den Umtausch gegen andere Grundstücke zu vermerken, wenn die Unschädlichkeit der Veräußerung oder des Austausches für diese Berechtigten von dem zuständigen Verwaltungsamt bezeugt wird.

§ 60.

Grundbuchblätter werden geschlossen, wenn sämmtliche darauf eingetragene Grundstücke abgeschrieben sind.

3. Verfahren bei Eintragungen in der zweiten und dritten Abtheilung.

§ 61.

Beschränkungen des Verfügungsrechts des Eigenthümers, sowie auf einem privatrechtlichen Titel beruhende dingliche Rechte, welche an dem Tage, wo dieses Gesetz in Kraft tritt, ohne Eintragung rechtsgültig bestehen, müssen in das Grundbuch eingetragen werden, widrigenfalls sie dritten Personen gegenüber nicht geltend gemacht werden können.

§ 62.

Geldrenten bedürfen behufs ihrer Eintragung nicht der Kapitalisirung, andere zu gewissen Zeiten wiederkehrende Abgaben und Leistungen nicht der Veranschlagung in Geld.

§ 63.

Leibzuchten (Altentheile) werden in der zweiten Abtheilung eingetra-

gen. In dem Eintragungsvermerk ist auf die zu den Grundacten in beglaubigter Form einzureichende Festsetzung des Altentheils zu verweisen; einer Eintragung der einzelnen Leistungen bedarf es nicht.

Für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes schon bestehenden Leibzuchten, soweit sie einer schriftlichen Festsetzung entbehren, genügt der einfache Eintragungsvermerk.

§ 64.

Soll eine dauernde Last, eine Hypothek oder eine Grundschuld auf mehrere Grundstücke zur Gesammthaft eingetragen werden, so ist auf dem Blatt jedes Grundstücks die Mithaft der andern zu vermerken.

§ 65.

Zur Eintragung der Abtretung einer Hypothek ist die Vorlegung der Hypothekenurkunde, zur Eintragung der Abtretung einer Grundschuld die Vorlegung des Grundschuldbriefs erforderlich.

§ 66.

Die Abtretungserklärung muß den Namen des einzutragenden Erwerbers enthalten. Der Annahme-Erklärung des letzteren bedarf es nicht.

§ 67.

Bei der Eintragung einer Abtretung bedarf es nicht der Erwähnung der Zwischeninhaber der Hypothek oder der Grundschuld, dem Amtsgerichte müssen aber die Zwischenabtretungen in ununterbrochener Reihenfolge vorgelegt werden.

§ 68.

Die Eintragung der Abtretung wird auf der Hypothekenurkunde oder dem Grundschuldbrief vermerkt und dieser Vermerk mit der Unterschrift und dem Siegel des Amtsgerichts versehen. Die vorgelegten Abtretungserklärungen werden bei den Grundacten entweder in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift zurückbehalten.

§ 69.

Erfolgt eine Theilabtretung, so ist von der Hypothekenurkunde oder dem Grundschuldbrief eine gerichtlich beglaubigte Abschrift anzufertigen und zugleich auf die Haupturkunde der Vermerk, welcher Theil der Hypothek, oder Grundschuld abgetreten, und auf die beglaubigte Abschrift der Vermerk, für wen und über welchen Theil derselben die Abschrift gefertigt ist, zu setzen.

Soll die Theilabtretung eingetragen werden, so sind die Haupturkunde und die beglaubigte Abschrift dem Amtsgerichte vorzulegen und ist die Eintragung der Abtretung gemäß § 68 auf beiden Urkunden und neben dem Eintragungsvermerk auf der Haupturkunde zu vermerken:

noch gültig auf (mit Angabe der Summe).

§ 70.

Die Vorschriften der §§ 65—68 finden auch Anwendung, wenn eine Hypothek oder Grundschuld auf andere Weise erworben oder verpfändet wird.

Der Vermerk der Verpfändung muß den Gläubiger und die Forderung, zu deren Sicherheit die Verpfändung erfolgt, bezeichnen.

§ 71.

Soll die Hypothek oder Grundschuld auf einen Vermächtnißnehmer umgeschrieben werden, so muß die Einwilligung des Erben oder dessen rechtskräftige und vollstreckbare Verurtheilung zu derselben beigebracht werden.

§ 72.

Zur Einräumung des Vorrechts genügt eine darauf gerichtete Erklärung des Einräumenden.

Die Eintragung der Vorrechtseinräumung ist auf der Urkunde über die zurücktretende und auf Verlangen auch auf der Urkunde über die vortretende Post von dem Amtsgerichte zu vermerken.

§ 73.

Ueberweisungen eingetragener Posten an Zahlungsstatt im Wege der Zwangsvollstreckung sind auf Antrag des die Zwangsvollstreckung betreibenden Gläubigers oder auf Ersuchen der zuständigen Verwaltungsbehörde einzutragen.

Die ersuchende Behörde hat die über die betreffende Post ausgefertigte Urkunde vorzulegen, und ist auf derselben von dem Amtsgerichte die Eintragung der Ueberweisung zu vermerken.

Im Fall der Ueberweisung eines Theils der Post ist eine Zweigurkunde nach § 69 anzufertigen.

§ 74.

Vormerkungen werden in der ersten Hauptspalte der zweiten Abtheilung eingetragen, wenn durch dieselben das Recht eines Erwerbers auf Auflassung oder auf Eintragung eines Eigenthumsüberganges oder auf ein in diese Abtheilung einzutragendes Recht, — in der ersten Hauptspalte der dritten Abtheilung, wenn durch sie das Recht auf eine Hypothek oder Grundschuld gesichert werden soll.

In gleicher Weise ist bei Vormerkungen zur Sicherheit der Löschung eingetragener Rechte zu verfahren.

§ 75.

Die endgültige Eintragung an der Stelle einer Vormerkung erfolgt auf Grund eines rechtskräftigen und vollstreckbaren Erkenntnisses oder auf Ersuchen des Prozeßrichters oder mit Bewilligung dessen, gegen welchen die Vormerkung gerichtet war.

§ 76.

Die Umwandlung einer Hypothek in eine Grundschuld wird neben der Post in der zweiten Hauptspalte vermerkt. Die Hypothekenurkunde wird, von der Schuldurkunde gelöst und durch Zerschneiden vernichtet, bei den Grundacten zurückbehalten; die Schuldurkunde ist dem Gläubiger zurückzugeben, nachdem der vorhandene Eintragungsvermerk durchstrichen worden

§ 77.

Beschränkungen des Verfügungsrechts über das Grundstück gehören in die erste Hauptspalte der zweiten Abtheilung; Beschränkungen des Verfügungsrechts über ein in der zweiten oder dritten Abtheilung eingetragenes Recht werden neben demselben in der zweiten Hauptspalte vermerkt.

Auf der über das eingetragene Recht gebildeten und beizubringenden Urkunde ist von dem Amtsgerichte die Eintragung der Beschränkungen zu vermerken.

4. Löschungen.

§ 78.

Die Löschung der Eintragungen in der zweiten und dritten Abtheilung darf, sofern nicht die Löschung von Amtswegen vorgeschrieben ist, nur auf Antrag des im Grundbuch eingetragenen Eigenthümers des Grundstücks oder auf Ersuchen einer zuständigen Behörde erfolgen.

§ 79.

Zur Begründung des Löschungsantrages einer in der zweiten Abtheilung eingetragenen Last genügt die von dem Eigenthümer vorzulegende Löschungsbewilligung des eingetragenen Berechtigten oder dessen Rechtsnachfolgers.

§ 80.

Zur Begründung des Antrags des Eigenthümers, eine Hypothek oder Grundschuld zu löschen, gehört entweder

1. die von dem Gläubiger ertheilte Quittung oder Löschungsbewilligung, oder
2. der Nachweis der rechtskräftigen und vollstreckbaren Verurtheilung des Gläubigers, die Löschung zu bewilligen, oder
3. der Nachweis der eingetretenen Vereinigung (Confusion oder Consolidation), oder
4. die Vorlegung des Ausschlußerkenntnisses nach erfolgtem Aufgebot der Post, oder
5. die Bescheinigung des Prozeßrichters, daß von dem Eigenthümer den in dem § 89 dieses Gesetzes gestellten Anforderungen Genüge geschehen ist.

Mit dem Antrage muß in den Fällen 1 — 3 die über die Eintragung ausgefertigte Urkunde oder das Erkenntniß, durch welches die Urkunde nach erfolgtem Aufgebot für kraftlos erklärt worden ist, vorgelegt werden.

§ 81.

Mit dem zur Löschung vorgelegten Grundschuldbrief sind die noch nicht erloschenen Zinsquittungsscheine (§ 40 des E. E. G.) zu übergeben.

Der zur Berichtigung der fehlenden Zinsquittungsscheine erforderliche Betrag muß vor der Löschung gerichtlich niedergelegt werden. Die Hinterlegung des fälligen Betrages geschieht durch den Schuldner. Den nicht fälligen Betrag kann der Gläubiger für seine Rechnung hinterlegen. Verweigert er dies, so ist der Schuldner den Betrag für eigene Rechnung zu hinterlegen verpflichtet, und berechtigt, denselben von dem zurückzuzahlenden Capital abzuziehen.

§ 82.

Der Inhaber eines noch nicht erloschenen Zinsquittungsscheines kann gegen Aushändigung desselben den Betrag aus dem Depositum in Empfang nehmen.

Sechs Monate nach Ablauf der Erlöschungsfrist für jede einzelne Zinsrate ist der Hinterleger berechtigt, die Rückgabe des entsprechenden Betrages zu verlangen.

Ein Aufgebot der Zinsquittungsscheine findet nicht statt.

§ 83.

Die Löschung der Lehns-Eigenschaft kann nur auf Grund einer Bescheinigung der Lehnsbehörde, daß die Lehns-Eigenschaft erloschen sei, erfolgen.

Die Löschung der Familienfideicommiß- oder Stammgutseigenschaft erfolgt auf den Antrag des Eigenthümers, sobald derselbe nachweist, daß jene Eigenschaft erloschen ist.

§ 84.

Die Löschung der in der zweiten Abtheilung auf Antrag einer zuständigen Behörde eingetragenen Beschränkungen erfolgt auf Ersuchen dieser Behörde oder mit Bewilligung dessen, zu dessen Gunsten sie eingetragen worden, auf Antrag des Eigenthümers.

§ 85.

Persönliche unvererbliche Einschränkungen des Eigenthums oder des Verfügungsrechts werden auf Antrag des Eigenthümers des Grundstücks gelöscht, wenn der Tod des Berechtigten nachgewiesen ist.

Besteht jedoch die Möglichkeit von Rückständen, so kann die Löschung nach Ablauf eines Jahres erfolgen, sofern bis dahin eine Vormerkung zur Erhaltung des dinglichen Rechts nicht eingetragen ist.

§ 86.

Die Löschung einer im Grundbuch eingetragenen Post, deren Tilgung der Eigenthümer des Grundstücks behauptet, aber durch eine beglaubigte Quittung des eingetragenen Gläubigers oder dessen Rechtsnachfolgers nicht nachweisen kann, weil ihm dieselben ihrer Person oder ihrem Aufenthalt nach unbekannt sind, findet nur infolge eines gerichtlichen Aufgebots nach Vorschrift der Prozeßordnung statt.

§ 87.

Das Aufgebot einer Post, von welcher der Eigenthümer des Grundstücks behauptet, daß sie getilgt sei, kann, wenn er darüber eine Bescheinigung beibringt, auf seinen Antrag auch dann erfolgen, wenn der Inhaber der Post zwar bekannt ist, aber als solcher sein Verfügungsrecht nicht nachgewiesen hat.

§ 88.

Es wird in diesem Falle nach Vorschrift der Prozeßordnung unter Berücksichtigung der folgenden näheren Bestimmungen verfahren:

1. Der Eigenthümer des Grundstücks hat ein Verzeichniß der ihm bekannten angeblichen Rechtsnachfolger des letzten verfügungsberechtigten Inhabers der Post zu übergeben und zugleich zu versichern, daß außer diesen keine anderen, ihm bekannten, Rechtsnachfolger vorhanden sind.
2. Zu dem Termine werden die angezeigten. angeblichen Rechtsnachfolger besonders und die der Person oder dem Aufenthalte nach unbekannten Berechtigten öffentlich geladen. Die Ladung der ersteren kann durch Aufgabe des Aufgebots zur Post (§ 161 der Civil-Proc.-Ordn.) erfolgen. Die Sendung muß indeß eingeschrieben werden.
3. Die öffentliche Ladung der unbekannten Berechtigten muß, außer dem nach § 824 der Civ.-Proc.-Ordn. Erforderlichen, den Namen des eingetragenen Gläubigers, die Beschaffenheit und den Betrag der Post und das Datum der Urkunde oder, wenn keine Urkunde angefertigt ist, das Datum der Eintragung der Post angeben.
4. Die Ladungen erfolgen unter der Verwarnung, daß die Ausbleibenden mit ihren Ansprüchen auf die Post würden ausgeschlossen und die Post im Grundbuch würde gelöscht werden.
5. Die Löschung erfolgt auf Grund des Ausschlußerkenntnisses und nach rechtskräftiger Zurückweisung eines etwaigen Widerspruchs derjenigen, die sich bis zum Termin mit Ansprüchen gemeldet haben, auf Antrag des Eigenthümers.

§ 89.

Auf die Versicherung des Eigenthümers des Grundstücks, daß der Inhaber einer noch nicht getilgten, aber bereits fälligen oder der Kündigung unterworfenen Post, welche er zur Löschung bringen will, der Person oder dem Aufenthalt nach ihm unbekannt oder nicht verfügungsberechtigt sei, kann die Löschung unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1. Der unbekannte Inhaber der Post ist von dem Gericht der belegenen Sache öffentlich aufzufordern, dem Eigenthümer Quittung oder Löschungsbewilligung zu ertheilen. Diese Aufforderung wird einmal im Amtsblatt und durch Aushang an der Gerichtsstelle sowie nach dem Ermessen des Gerichts auch noch auf andere Art bekannt gemacht.

   Der bekannte, aber nicht als verfügungsberechtigt nachgewiesene Inhaber ist durch besondere Verfügung aufzufordern.
2. Die in der öffentlichen Aufforderung von dem Gericht zu bestimmende Frist wird, wenn mit der Aufforderung die Kündigung verbunden ist, um die Kündigungsfrist verlängert.
3. Wenn der Inhaber innerhalb der gestellten Frist sich nicht gemeldet und sein Verfügungsrecht nicht nachgewiesen hat, so gestattet das Gericht dem Antragsteller, das Capital nebst den eingetragenen Zinsen für fünf Jahre zum gerichtlichen Depositum einzuzahlen.

   Wenn der Antragsteller durch beglaubigte Quittung die Zahlung der Zinsen nachweist, oder seit Ausstellung der Urkunde noch nicht fünf Jahre verflossen sind, so ist derselbe nur verpflichtet, für den hiernach zu berechnenden kürzeren Zeitraum die Zinsen bei Gericht einzuzahlen.

§ 90.

Nach erfolgter Einzahlung ertheilt das Gericht dem Eigenthümer eine Bescheinigung, daß die Post auf seinen Antrag aufgeboten, daß sich der verfügungsberechtigte Inhaber derselben nicht gemeldet und der Eigenthümer der Vorschrift des § 89, Nr. 3 genügt hat. Die Löschung erfolgt auf Grund dieser Bescheinigung, die der Eigenthümer dem Amtsgerichte einzureichen hat.

§ 91.

Wenn sich innerhalb Jahresfrist ein Berechtigter zur Empfangnahme der eingezahlten Geldsumme nicht meldet, so ordnet das Gericht ohne weiteres Verfahren die Ablieferung derselben an die Landes- Witwen- und Waisencasse an.

Meldet sich der Berechtigte später, so wird ihm der eingezahlte Betrag ohne die inzwischen erhobenen Zinsen aus dieser Casse zurückgezahlt.

§ 92.

Ob und welcher Betrag an Zinsen dem Eigenthümer des Grundstücks zurückzuzahlen ist, weil der Gläubiger darauf keinen Anspruch hat, oder dem Gläubiger nachgezahlt werden muß, weil sein Anspruch den eingezahlten Betrag übersteigt, hat beim Mangel einer Vereinigung der Prozeßrichter zu entscheiden.

§ 93.

Wenn der Inhaber der Post zwar bekannt, auch Quittung zu leisten erbötig ist, oder wirklich geleistet hat, die Urkunde darüber aber verloren gegangen ist, so kann die Löschung nur erfolgen, nachdem die Urkunde in Gemäßheit der Vorschriften der Prozeßordnung aufgeboten und durch Erkenntniß für kraftlos erklärt worden ist.

§ 94.

Ebenso ist zu verfahren, wenn der Gläubiger an Stelle der abhanden gekommenen die Ausfertigung einer neuen Hypothekenurkunde oder eines neuen Grundschuldbriefs verlangt.

§ 95.

Die neue Urkunde wird aus einer beglaubigten Abschrift der verloren gegangenen und der mit der Bescheinigung der Rechtskraft versehenen Urtheilsformel des Erkenntnisses gebildet.

Die Ausstellung der neuen Urkunde wird in der zweiten Hauptspalte „Veränderungen" bei der Post vermerkt.

§ 96.

Die Löschung einer Post wird von dem Amtsgerichte auf der Urkunde vermerkt und der Eintragungsvermerk auf derselben durchstrichen.

§ 97.

Bei Löschung der ganzen Post werden die Urkunde und die zurückgereichten Zinsquittungsscheine durch Zerschneiden vernichtet und auf der angefügten Urkunde über die persönliche Verpflichtung der vorhandene Eintragungsvermerk durchstrichen. Die Urkunde über die Löschungsbewilligung wird bei dem Amtsgerichte zurückbehalten.

§ 98.

Bei der Löschung eines Theils der Post wird der zu löschende Theil von dem ausgeworfenen Geldbetrag abgeschrieben, und diese Theillöschung auf der Urkunde vermerkt.

§ 99.

Die Löschung einer Veränderung erfolgt in der Nebenspalte der zweiten Hauptspalte auf Antrag oder mit Einwilligung desjenigen, für welchen die Einschreibung geschehen ist, oder auf Ersuchen derjenigen Behörde, welche die Einschreibung beantragt hat.

§ 100.

Eine aus Versehen des Grundbuchamts gelöschte oder bei Ab- und Umschreibungen nicht übertragene Post ist auf Verlangen des Gläubigers oder von Amtswegen mit ihrem früheren Vorrecht wieder einzutragen. Diese Wiedereintragung wirkt jedoch nicht zum Nachtheil Derjenigen, die nach der Löschung Rechte an dem Grundstück oder auf eine der gelöschten gleich- oder nachstehende Post in redlichem Glauben erworben haben.

Vierter Abschnitt.

Von der Bildung der Urkunden über Eintragungen im Grundbuch.

§ 101.

Ueber die Eintragungen in der ersten und zweiten Abtheilung, über Veränderungen in der zweiten und dritten Abtheilung und über die Eintragungen von Vormerkungen in der ersten Hauptspalte der dritten Abtheilung werden besondere Urkunden nicht angefertigt.

§ 102.

Der Eigenthümer kann jederzeit eine beglaubigte Abschrift des vollständigen Grundbuchblatts seines Grundstücks oder des Titels und der ersten Abtheilung verlangen.

§ 103.

Ueber die Eintragung einer Vormerkung, über Eintragungen in der zweiten, Veränderungen und Löschungen in der zweiten und dritten Abtheilung erhalten die Betheiligten und die Behörde, welche die Eintragung nachgesucht hat, von dem Amtsgerichte eine Benachrichtigung, welche die Eintragungsformel wörtlich enthält. Zu den Betheiligten gehört immer der eingetragene Eigenthümer.

§ 104.

Ueber die Eintragungen der Hypotheken werden Hypothekenbriefe, über die Eintragungen der Grundschulden Grundschuldbriefe ausgefertigt und dem Eigenthümer des Grundstücks oder der Behörde, welche die Eintragung nachgesucht hat, eingehändigt. Im letzteren Fall erhält der Eigenthümer eine Benachrichtigung. Mit dem Hypothekenbrief wird die Schuldurkunde durch Schnur und Siegel verbunden. Ein Verzicht auf die Ausfertigung des Hypothekenbriefes ist zulässig; auf die Ausfertigung des Grundschuldbriefs darf nicht verzichtet werden.

Den Hypothekengläubigern, welche alte Hypothekenurkunden besitzen, steht es frei, unter Einreichung derselben die Ausfertigung von Hypothekenbriefen zu beantragen.

§ 105.

Wird auf Ausfertigung eines Hypothekenbriefs verzichtet, so erhalten

der Eigenthümer und der Gläubiger eine Benachrichtigung nach Vorschrift des § 103.

§ 106.

Der Hypotheken- und der Grundschuldbrief besteht aus der Ueberschrift, dem vollständigen Eintragungsvermerk derjenigen Post, für welche er ausgefertigt wird, den für die Prüfung der Sicherheit der Post erheblichen Nachrichten aus dem Grundbuchblatt und der Unterschrift des Amtsgerichtes mit Datum und Siegel.

§ 107.

Bei Gesammthypotheken und Gesammtgrundschulden werden von allen verhafteten Grundstücken, welche ein besonderes Blatt im Grundbuch haben, die Hypotheken- und Grundschuldbriefe ausgefertigt, und mit einander durch Schnur und Siegel verbunden.

§ 108.

Die Ueberschrift lautet:

Lippischer Hypothekenbrief, Lippischer Grundschuldbrief,

und enthält eine Angabe des Grundbuchs nach Amtsgericht, Gemeinde und Band, der Nummer des Grundbuchblatts und der Post, für welche die Urkunde ausgefertigt wird.

§ 109.

Die Nachrichten enthalten:

1. aus dem Titel des Blattes die Bestandtheile und Zubehörungen des Grundstücks mit ihrer Größenangabe nach der Mutterrolle, den Grundsteuer-Reinertrag oder den Miethwerth und die Abschreibungen mit gleicher Angabe ihrer Größe, ihres Reinertrages oder Miethwerthes;
2. aus der ersten Abtheilung des Blattes den vollständigen Namen des Eigenthümers, seinen Stand, Wohn- oder Aufenthaltsort; die letzten nicht zehn Jahre zurückliegenden Erwerbspreise, falls solche im Grundbuchblatt vermerkt sind, sowie die etwa eingetragene Versicherungssumme mit Angabe der Jahreszahl;
3. aus der zweiten Abtheilung in möglichster Kürze die Beschränkungen und Lasten;
4. aus der dritten Abtheilung die einzelnen Summen und die Fünf vom Hundert übersteigenden Zinssätze der vor- oder gleichstehenden Posten, mit kurzer Angabe, welche Nummern der zweiten und dritten Abtheilung gelöscht sind.

§ 110.

Auf Antrag des Eigenthümers ist dem Grundschuldbrief ein Zinsquittungsbogen beizulegen, auf welchem die einzelnen Zinsquittungen für einen

fünfjährigen Zeitraum, mit dem Stempel des Amtsgerichtes versehen, enthalten sind.

Auf dem Grundschuldbrief ist zu vermerken, ob und für welche Zeit Zinsquittungsscheine ertheilt sind.

Nach Verbrauch der einzelnen Quittungsscheine ist der Inhaber des Grundschuldbriefs berechtigt, die Ertheilung eines neuen Zinsquittungsbogens nachzusuchen.

§ 111.

Die bei einer Hypothek oder Grundschuld eingetragenen Veränderungen und Löschungen werden von dem Amtsgerichte auf dem Hypotheken- oder Grundschuldbrief unter Beifügung des Siegels vermerkt.

Wird bei einer Post, über welche bisher ein Hypothekenbrief nicht ausgefertigt war, eine Veränderung eingetragen, so muß die nachträgliche Bildung des Hypothekenbriefs erfolgen.

§ 112.

Bedarf der Hypotheken- oder Grundschuldbrief einer Erneuerung, so ist das ursprüngliche Exemplar von dem Amtsgerichte durch Zerschneiden zu vernichten und bei den Grundacten zurückzubehalten. Bei der Ausfertigung des neuen Exemplars werden Vermerke, die für die gegenwärtige Gültigkeit des Hypotheken- oder Grundschuldbriefs ohne Erheblichkeit sind, sowie gelöschte Eintragungen in der zweiten und dritten Abtheilung, und ältere Abtretungen weggelassen.

§ 113.

Der Amtsrichter und der Gerichtsschreiber haften für die Uebereinstimmung der Angaben des Hypotheken- oder Grundschuldbriefs mit dem Inhalte des Grundbuchs und haben diese Urkunden, sowie alle späteren Vermerke des Amtsgerichtes auf denselben zu unterschreiben.

Fünfter Abschnitt.

Von der Wiederherstellung zerstörter, sowie von Anlegung neuer Grundbücher.

§ 114.

Sind die Grundbücher eines Orts oder Bezirks zerstört oder verloren gegangen, so erfolgt deren Wiederherstellung auf Grund einer zu erlassenden Verordnung.

Amtsgericht Detmold.
zum Artikel Nr. 7.

Grundbuch=

Ordn.=№	Bestand und Veränderungen.	Zuschrei= von Art. №	Flächen=Inhalt. H.	A.	m.
1.	Bestand bei der Errichtung des Blattes	7	29	41	70
2.	Am 3. Januar 1874 die Parcellen Nr. 11, 12, 14 bis 21 und 13/67 der Flur 5 verkauft und aufgelassen	—	—	—	—
3.	Am 5. Januar 1874 zum öffentlichen Wege abgetreten und aufgelassen und hier ohne Uebertragung auf ein anderes Blatt abgeschrieben	—	—	—	—
4.	Reinertragsveränderung innerhalb des Artikels nach der Fortschreibung pro 1874	—	—	—	—
5.	Die Gebäude im Jahre 1874 abgebrannt . . .	—	—	—	—
6.	Die Gebäude im Jahre 1875 neu gebaut und eingeschätzt	—	—	—	—
7.	Im Jahre 1876 das Wohnhaus vergrößert . .	—	—	—	—
8.	Am 13. April 1876 angekauft und am 19. Mai 1876 aufgelassen von Artikel 9 die Parcellen Flur 3, Nr. 41/75 und 22/76 sowie von Parcelle 19 den östlichen Theil mit 19 Ar 63 Meter	9	4	17	73

Anlage A.

Gemeinde Berlebeck.

blatt. der Mutterrolle.

bungen.			Abschreibungen.						
Grundsteuer-Reinertrag.		Miethwerth.	nach Art.	Flächen-Inhalt.			Grundsteuer-Reinertrag.		Miethwerth.
M.	₰	M.	№	H.	A.	m	M.	₰	M
894	36	75	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	2	7	21	13	243	71	—
—	—	—	—	3	73	21	82	87	—
3	55	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	75
—	—	120	—	—	—	—	—	—	—
—	—	20	—	—	—	—	—	—	—
133	22	—	—	—	—	—	—	—	—

Erste Abtheilung.

№	Eigenthümer.	Zeit und Grund des Erwerbes.	Werth.	M.	₰
*)1.	Philipp Moritz Gutendorf zu Berlebeck	Auf Grund der Erbbescheinigung vom 3. April 1858 eingetragen am ..... F. N.			
2.	Johann Heinrich Beuthem zu Detmold.	Aufgelassen und eingetragen am 1. Juli 1867. N. F.	Preis vom 1. Juli 1867	35000	
			Wohnhaus, Hof- und Wirthschaftsgebäude sind gegen Feuersgefahr versichert mit	10580	

*) Die punktirten Linien bedeuten rothe Linien.

Zweite Abtheilung.

№	Betrag. M	₰	Dauernde Lasten und Einschränkungen des Eigenthums.	Veränderungen. Eintragung.	Veränderungen. Löschung.	Löschungen. №	Löschungen.
1.	5	—	Fünf Mark unablöslicher Zins für die Kirche zu Heiligenkirchen. Eingetragen am . . . . . F. N.				
2.	—	—	Ein Vorkaufsrecht für den Oeconom Heinrich Carl Gutendorf auf 10 Jahre, bis 1. Juli 1877. Eingetragen auf Grund des Kaufvertrags vom 1. Juli 1867 am . . . . . F. N.				
3.	—	—	Die nothwendige Subhastation ist eingeleitet. Eingetragen am . . . . . F. N.			3.	Gelöscht am . . . . . F. N.

Dritte

№	Betrag. M.	Pf.	1. Hypotheken und Grundschulden.	№	M.	Pf.
1	7000	20	Sieben Tausend Mark zwanzig Pfennige Darlehn, mit $4^1/_2$ Prozent jährlich vom 1. Juli 1858 verzinslich, gegen sechsmonatliche Kündigung am 1 Juli oder 1. Januar zahlbar, eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. auf Grund der Schuldurkunde vom . . . . . am . . . . . F. N.	1	5000	20
"	2000	—				
"	5000	20				
2	5000	—	Fünftausend Mark Darlehn mit $4^1/_2$ Prozent jährlich vom 1. October 1858 verzinslich, gegen sechsmonatliche Kündigung am 1. April oder 1. October zahlbar, eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. auf Grund der Schuldurkunde vom . . . am . . . F. N.			
"						
3	10000	—	Zehn Tausend Mark Darlehn, mit 5 Prozent jährlich vom 1. Januar 1859 verzinslich, gegen sechsmonatliche Kündigung zahlbar, eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. auf Grund der Schuldurkunde vom . . . . . am . . . . . F. N.	3	10000	—
4	10000	—	ꝛc.			
5	10000	—	ꝛc.			

Abtheilung

2. Veränderungen.			3. Löschungen.			
Eintragungen.	№	Löschungen.	№	M.	Pf.	
Von den eingetragenen 7000 Mark 20 Pf. mit den Zinsen vom 1. Januar 1859 abgetreten an den ꝛc. zu ꝛc. Eingetragen am ..... F. N.			1	2000	—	Gelöscht am — F. N.
			1	5000	20	Gelöscht am — F. N.
			2	5000	—	Gelöscht am — F. N.
Abgetreten an den Eigenthümer Johann Heinrich Benthem zu Detmold. Eingetragen am ..... F. N.						

№	Betrag. M.	₰	1. Hypotheken und Grundschulden.	№	M.	₰
6	8000	—	Vorgemerkt zur Erhaltung des Vorrechts einer Hypothek zum Betrage v. acht Tausend Mark für den ꝛc. zu ꝛc. am . . . . . F. R.			
			Acht Tausend Mark in eine Hypothek für eine Kaufgeldforderung umgeschrieben, verzinslich mit 5 Prozent vom 1. October 1859 und zahlbar gegen sechsmonatliche Kündigung für den N. N. zu N. Eingetragen auf Grund rechtskräftigen Erkenntnisses des . . . Gerichts zu . . . vom . . . am . . F. R.			
7	6000	—	Sechs Tausend Mark mit $5^1/_2$ Prozent vom			
	1000	—	1. Januar 1860 verzinslich und gegen sechs-			
	5000	—	monatliche Kündigung zahlbar eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. auf Grund der Schuldurkunde vom . . . . . am . . . . . F. R.			
8	5000	—	Fünf Tausend Mark Grundschuld, mit $5^1/_2$ Prozent	8	5000	—
	1000	—	vom 1. Juli 1872 in halbjährigen Raten ver-			
	4000	—	zinslich, gegen sechsmonatliche, nicht vor dem 1. Juli 1875 zulässige Kündigung zahlbar, eingetragen für den Banquier Friedrich Klein zu Berlin am 2. Juli 1872. F. R.		2500	—

Abtheilung.

2. Veränderungen.			3. Löschungen			
Eintragungen.	№	Löschungen.	№	M.	Pf.	
			7	1000	—	Gelöscht am..... F. N.
Abgetreten mit den Zinsen vom 1. Januar 1873 an den Holzhändler Carl Gross zu Lage. Eingetragen am . . . . . F. N.						
Von den unter Nr. 8 eingetragenen 5000 Mark mit dem Vorzugsrecht vor dem Ueberrest und mit den Zinsen vom 1. April 1873 abgetreten an den Hausbesitzer Julius Rott zu N. Eingetragen am . . . . . F. N.						

Fortsetzung siehe hinter Nr. 9

Dritte

Abtheilung.

№	Betrag. M.	Pf.	1. Hypotheken und Grundschulden.	№	M.	Pf.
6	8000	—	Vorgemerkt zur Erhaltung des Vorrechts einer Hypothek zum Betrage v. acht Tausend Mark für den ꝛc. zu ꝛc. am . . . . . F. R.				Acht Tausend Mark in eine Hypothek für eine Kaufgeldforderung umgeschrieben, verzinslich mit 5 Prozent vom 1. October 1859 und zahlbar gegen sechsmonatliche Kündigung für den N. N. zu N. Eingetragen auf Grund rechtskräftigen Erkenntnisses des . . Gerichts zu . . vom . . am . . F. R.			
7	6000	—	Sechs Tausend Mark mit $5^1/_2$ Prozent vom 1. Januar 1860 verzinslich und gegen sechsmonatliche Kündigung zahlbar eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. auf Grund der Schuldurkunde vom . . . . . am . . . . . F. R.			
	1000	—				
	5000	—				
8	5000	—	Fünf Tausend Mark Grundschuld, mit $5^1/_2$ Prozent vom 1. Juli 1872 in halbjährigen Raten verzinslich, gegen sechsmonatliche, nicht vor dem 1. Juli 1875 zulässige Kündigung zahlbar, eingetragen für den Banquier Friedrich Klein zu Berlin am 2. Juli 1872. F. R.	8	5000	—
	1000	—				
	4000	—			2500	—

2. Veränderungen. Eintragungen.	№	Löschungen.	3. Löschungen №	M.	Pf.	
			7	1000	—	Gelöschtam..... F. R.
Abgetreten mit den Zinsen vom 1. Januar 1873 an den Holzhändler Carl Gross zu Lage. Eingetragen am . . . . . F. R.						
Von den unter Nr. 8 eingetragenen 5000 Mark mit dem Vorzugsrecht vor dem Ueberrest und mit den Zinsen vom 1. April 1873 abgetreten an den Hausbesitzer Julius Rott zu N. Eingetragen am . . . . . F. R.						

Fortsetzung siehe hinter Nr. 9

Dritte

№	Betrag M.	Pf.	1. Hypotheken und Grundschulden.	№	M	Pf.
9	1000	—	Ein Tausend Mark Grundschuld, mit $5^1/_2$ Prozent vom 1. Juli 1873 verzinslich und gegen sechsmonatliche Kündigung zahlbar, eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. mit dem Bemerken, daß diesen Eintausend Mark das Vorrecht vor denjenigen 1000 Mark eingeräumt ist, welche von der unter Nr. 8 eingetragenen Grundschuld dem Friedrich Gottlieb Gross zustehen, am 15. September 1873. F. N.	9	1000	—
				8	500	—
10	1000	—	ꝛc.	8	2000	—
					1000	—
					1000	—

Abtheilung.

2. Veränderungen.			3. Löschungen.			
Eintragungen.	№	Löschungen.	№	M.	Pf.	
Abgetreten an den ꝛc. zu ꝛc. mit den Zinsen von ..... Eingetragen am ... F. N.						
Fortsetzung von Nr 8 Vorgemerkt auf diejenigen 2500 M., welche dem Holzhändl. Carl Gross zustehen, für den Kaufmann Ferd. Müller zu Lemgo am 7. Mai 1873. F. N.		Die vorgemerkten 500 Mark sind mit den Zinsen vom 1. Juni 1873 und mit dem Vorzugsrecht vor den verbleibenden 2000 Mark abgetreten an den Kaufmann Ferd. Müller zu Lemgo. Eingetragen am 31. Mai 1873. F. N.				
Bei der Theilung des Nachlasses des Holzhändlers Carl Gross dem Friedrich Gottlieb Gross übereignet. Eingetragen am ..... F. N			8	1000	—	Gelöscht am 15. Sept. 1873. F. N.
Der unter Nr. 9 eingetragenen Grundschuld von 1000 Mark ist das Vorzugsrecht vor den unter Nr. 8 dem Friedrich Gottlieb Gross noch zustehenden 1000 Mark eingeräumt worden. Eingetr. am 15. Sept. 1873. F. N						

Dritte

№	Betrag M.	Pf.	1. Hypotheken und Grundschulden.	№	M.	Pf.
9	1000	—	Ein Tausend Mark Grundschuld, mit 5½ Prozent vom 1. Juli 1873 verzinslich und gegen sechsmonatliche Kündigung zahlbar, eingetragen für den ꝛc. zu ꝛc. mit dem Bemerken, daß diesen Eintausend Mark das Vorrecht vor denjenigen 1000 Mark eingeräumt ist, welche von der unter Nr. 8 eingetragenen Grundschuld dem Friedrich Gottlieb Gross zustehen, am 15. September 1873. F. R.	9	1000	—
				8	500	—
10	1000	—	ꝛc.	8	2000	—
					1000	—
					1000	—

Abtheilung.

2. Veränderungen. Eintragungen.	№	Löschungen.	3. Löschungen. №	M.	Pf.	
Abgetreten an den ꝛc. zufolge ꝛc. mit den Zinsen von ..... Eingetragen am ... F. R.						
Fortsetzung von Nr. 8 Vorgemerkt auf vorjenigen 2500 M., welche den Holzhändl. Carl Gross zustehen, für den Kaufmann Ferd. Müller zu Lemgo am 7. Mai 1873. F. R.	Die vorgemerkten 500 Mark sind mit den Zinsen vom 1. Juni 1873 und mit dem Vorzugsrecht vor den verbliebenen 2000 Mark abgetreten an den Kaufmann Ferd. Müller zu Lemgo. Eingetragen am 31. Mai 1873. F. R.					
Bei der Theilung des Nachlasses des Holzhändlers Carl Gross dem Friedrich Gottlieb Gross übereignet. Eingetragen am ..... F. R			8	1000	—	Gelöscht am 15. Sept. 1873. F. R.
Der unter Nr. 9 eingetragenen Grundschuld von 1000 Mark ist das Vorzugsrecht vor den unter Nr. 8 dem Friedrich Gottlieb Gross noch zustehenden 1000 Mark eingeräumt worden. Eingetr. am 15. Sept. 1873. F. R						

№ 25.

Gesetz

vom 27. Juli 1882, betreffend die Einführung des Gesetzes über den Eigenthumserwerb an Grundstücken und deren dingliche Belastung, vom 27. Juli 1882 und der Grundbuchordnung vom 27. Juli 1882.

Von Gottes Gnaden Wir **Günther Friedrich Woldemar,** Regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg ꝛc. ꝛc. verkünden mit Zustimmung des Landtags als Gesetz was folgt:

§ 1.

Das Gesetz über den Erwerb des Eigenthums an Grundstücken und deren dingliche Belastung vom heutigen Tage und die Grundbuchordnung vom heutigen Tage treten nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen in Kraft.

I. Anlegung der Grundbücher.

§ 2.

Für jeden Gemeindebezirk des Fürstenthums wird von dem zuständigen Amtsgerichte (§ 14 der Grundbuchordnung) ein Grundbuch im Anschlusse an die Grundsteuer-Mutterrolle angelegt.

§ 3.

Die Cataster-Behörde hat den Amtsgerichten Abschrift der aufgestellten Grundsteuer-Mutterrolle zuzufertigen.

§ 4.

Sobald den Amtsgerichten die Grundsteuer-Mutterrolle zugegangen ist, werden die Eigenthümer der einzelnen Grundstücke behuf Anlegung des Grundbuchs vorgeladen.

§ 5.

Der als Eigenthümer Vorgeladene ist verpflichtet, dem Amtsgerichte

1. seinen unmittelbaren Rechtsvorgänger zu nennen;

2. den Rechtsgrund anzugeben, vermöge dessen das Eigenthum auf ihn übergegangen ist;

3. die darauf sich beziehenden Urkunden oder andere Beweisstücke vorzulegen und

4. alle auf dem Grundstücke haftenden Beschränkungen des Eigenthums, Eigenthumsvorbehalte und dinglichen Rechte anzuzeigen.

Das Amtsgericht ist verpflichtet, den vom Eigenthümer benannten Berechtigten Mittheilung von der geschehenen Anzeige zu machen.

Auch hat das Amtsgericht den vom Eigenthümer nicht angezeigten Berechtigten, deren Vorhandensein ihm amtlich bekannt ist, von der nicht erfolgten Anzeige ihrer Berechtigung Mittheilung zu machen.

§ 6.

Das Amtsgericht kann die Befolgung seiner Ladungen und die Erfüllung der dem Eigenthümer aufgelegten Verpflichtungen unter Androhung von Geldstrafen bis zu hundert und fünfzig Mark erzwingen.

§ 7.

Zur Eintragung des Vorgeladenen als Eigenthümer genügt es, wenn er

1. entweder nachweist, daß er nach bisherigem Rechte das Eigenthum erworben hat,

2. oder seinen Eigenthumsbesitz durch ein Zeugniß des Gemeindevorstandes bescheinigt,

3. oder durch Urkunden, eidesstattlich abgegebene Versicherungen von Zeugen oder sonst glaubhaft macht, daß er allein oder unter Hinzurechnung der Besitzzeit seiner Rechtsvorgänger das Grundstück seit zehn Jahren ununterbrochen im Eigenthumsbesitz gehabt hat.

§ 8.

Wer in dem Artikel der Mutterrolle nicht als Eigenthümer verzeichnet ist, gilt unter der Voraussetzung des § 7 als berechtigt, im Grundbuche als Eigenthümer eingetragen zu werden, wenn der in der Mutterrolle Verzeichnete in einer öffentlichen oder öffentlich beglaubigten Urkunde seine Einwilligung ertheilt hat, oder zur Ertheilung derselben durch ein rechtskräftiges und vollstreckbares Erkenntniß verurtheilt worden ist.

§ 9.

Sobald in einer Gemeinde die Eigenthumsverhältnisse in Gemäßheit der vorstehenden §§ festgestellt sind, hat das Amtsgericht die erforderlichen Hypothekenbuchs-Extracte anfertigen zu lassen.

§ 10.

Nach Anfertigung der Hypothekenextracte ladet das Amtsgericht die Eigenthümer vor und fordert sie zur Erklärung über dieselben auf. Diese Erklärung muß sich namentlich auch auf die gegenwärtigen, dem Eigen-

thümer bekannten Inhaber der im Extracte verzeichneten Hypotheken erstrecken und, so weit die Pöste anerkannt werden, zugleich dahin gerichtet werden, daß diese Pöste auf das betreffende Grundbuchblatt eingetragen werden können.

§ 11.

Ingrossirte General-Hypotheken geben das Recht auf Eintragung als Gesammt-Hypothek auf sämmtliche selbstständige Grundstücke, welche von ihnen ergriffen werden. Es müssen daher die obigen Erklärungen für alle in Betracht kommenden Grundstücke abgegeben werden.

Zu jedem Artikel ist zugleich die Mithaft der andern Artikel zu vermerken (vgl. Grundbuchordnung § 64). Ergiebt sich, daß die ingrossirte Generalhypothek auch Grundstücke in einem andern Amtsgerichtsbezirke befaßt, so haben die Amtsgerichte sich hiervon gegenseitig Mittheilung zu machen, und hat jedes Amtsgericht dafür zu sorgen, daß die ingrossirte Generalhypothek als Gesammthypothek gehörig auf dem betreffenden Artikel eingetragen werde.

§ 12.

Der Eigenthümer hat ferner seine Erklärung abzugeben über alle auf dem Grundstücke haftenden Beschränkungen des Eigenthums und über dingliche Rechte an demselben, welche nach §§ 10 und 11 des Eigenthums-Erwerbs-Gesetzes zu ihrer Wirksamkeit gegen Dritte die Eintragung voraussetzen. Diese Beschränkungen und dinglichen Rechte sind nach ihrem Umfange, dem Namen der Berechtigten, dem Ursprung u. s. w. näher anzugeben, und vom Eigenthümer ist die Erklärung abzugeben, daß er die Eintragung derselben in das Grundbuch, Abtheilung II, bewilligt.

§ 13.

Das Amtsgericht hat allen aus den vorstehend bezeichneten Verhandlungen (§§ 10, 11, 12) sich ergebenden Berechtigten Mittheilung von der erfolgten Anzeige und Anerkennung ihres Rechtes zu machen. Auch hat das Amtsgericht den vom Eigenthümer etwa nicht angezeigten Berechtigten, deren Vorhandensein ihm amtlich bekannt ist, sowie den Inhabern solcher Ingrossate, welche der Eigenthümer bestritten hat, von der nicht erfolgten Anzeige oder Anerkennung Mittheilung zu machen. Soweit die Bestreitung darauf beruht, daß diese Ingrossate bereits erledigt seien, kann nach Ermessen des Amtsgerichts von einer Benachrichtigung abgesehen werden. Bei der Mittheilung hat das Amtsgericht jedem Einzelnen diejenigen Rechte anderer Personen ihrem Umfange nach genau zu bezeichnen, welche seinem Rechte vorgehn oder gleichstehn, unter Trennung der vom Eigenthümer anerkannten von den nicht anerkannten Rechten.

Damit ist die Aufforderung an die Berechtigten zu verbinden, innerhalb einer vom Amtsgerichte zu bestimmenden Frist Widerspruch gegen die ihnen mitgetheilte Rangordnung zu erheben, widrigen Falls sie als in dieselbe einwilligend angesehen werden würden, vorbehältlich einer Aenderung in Folge später etwa noch erfolgenden Anmeldungen.

§ 14.

Wenn die Erklärungen des Eigenthümers nicht einfach anerkennend sind, oder wenn ein Berechtigter gegen die ihm mitgetheilte Rangordnung Widerspruch erhoben hat, so hat das Amtsgericht unter Anwendung der Vorschriften des § 6 behuf gütlicher Vereinbarung die Betheiligten zu einem Termine vorzuladen, in welchem jeder derselben die in seinem Besitz befindlichen Beweisstücke vorzulegen hat.

§ 15.

Kommt eine Vereinbarung über das vom Eigenthümer bestrittene Recht nicht zu Stande, so ist dasselbe demnächst als Vormerkung in das Grundbuch einzutragen Behauptet der Eigenthümer, daß ein beanspruchtes Recht erloschen sei, ohne dies urkundlich nachweisen zu können, so ist das Recht einzutragen, zugleich aber in der Spalte „Veränderungen" die behauptete Erlöschung, falls sie bescheinigt ist, vorzumerken.

§ 16.

Vereinigen sich die Betheiligten über die Rangordnung ihrer Rechte nicht, so stellt das Amtsgericht dieselbe vorläufig fest. Derjenige, welcher sich durch diese Feststellung für beschwert erachtet, hat innerhalb 4 Wochen nach Mittheilung derselben dagegen Widerspruch zu erheben und die Eintragung einer Vormerkung zu beantragen, widrigen Falls er an die Feststellung gebunden ist. Auf Antrag eines Betheiligten hat das Amtsgericht dem Widersprechenden eine Frist zu bestimmen, innerhalb welcher er bei Strafe der Löschung der Vormerkung durch eine Bescheinigung des Prozeßrichters nachzuweisen hat, daß der Widerspruch gerichtlich geltend gemacht ist.

§ 17.

Von allen denjenigen Ingrossaten, bei welchen die gegenwärtigen Inhaber nicht mit Sicherheit zu ermitteln sind, sowie von denen, bezüglich welcher der Schuldner behauptet, daß die Schuld erloschen sei, fertigt das Amtsgericht nach Gemeinden getrennte Verzeichnisse an und erläßt unter deren Veröffentlichung im Amtsblatte und andern geeigneten Blättern ein Aufgebot nach Vorschrift der §§ 86, 87 und 88 bezw. 93 der Grundbuchordnung.

§ 18.

Sobald die nach § 10 folg. zu veranlassenden Vernehmungen und Ermittelungen für den betreffenden Bezirk stattgefunden haben, erläßt das Amtsgericht eine Bekanntmachung durch Anschlag in den Amtsgerichtsge-

bäude und durch Veröffentlichung im Amtsblatte und in anderen geeigneten Blättern.

Durch dieselbe werden alle nicht bereits vorgeladenen Personen, welche vermeinen, daß ihnen an einem Grundstücke in dem Bezirke das Eigenthum zusteht, sowie diejenigen Personen, welche vermeinen, daß ihnen an einem Grundstücke ein das Eigenthum beschränkendes Recht, oder eine Hypothek, oder ein anderes dingliches Recht zustehe, aufgefordert, sich innerhalb sechs Monaten von einem zugleich zu bestimmenden Tage an bei dem Amtsgerichte zu melden. Von der Verpflichtung zur Anmeldung sind diejenigen hypothekarisch oder sonst dinglich Berechtigten frei, denen eine besondere Mittheilung nach § 13 dahin zugegangen ist, daß ihr Recht anerkannt sei, oder welche sich nach § 17 schon gemeldet haben, oder deren Rechte nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes ingrossirt worden sind.

Ferner sind von der Verpflichtung zur Anmeldung frei alle diejenigen Eigenthümer, welche nach § 29 von Amtswegen berücksichtigt werden müssen.

§ 19.

Die Unterlassung der Anmeldung hat den Rechtsnachtheil zur Folge, daß bei Hypotheken das Recht aus der Ingrossation verloren geht, und daß Eigenthums- oder sonstige dingliche Rechte Dritten gegenüber, welche innerhalb der Ausschlußfrist ihre Rechte angemeldet haben, oder welche im redlichen Glauben an die Richtigkeit des Grundbuchs das Grundstück oder Rechte an demselben erworben haben, nicht geltend gemacht werden können.

§ 20.

Die Anmeldung muß eine bestimmte Bezeichnung des Grundstücks, wo möglich unter Bezugnahme auf den Artikel der Mutterrolle bzw. auf Flur und Parcele, und bei Eigenthumsvorbehalten und Hypotheken einen bestimmten Geldbetrag enthalten, für welchen die Eintragung beansprucht wird. Zugleich ist die Rangordnung, welche für das angemeldete Recht in Anspruch genommen wird, zu bezeichnen. Die vorhandenen Beweisurkunden müssen der Anmeldung beigefügt werden.

§ 21.

Das Amtsgericht hat die erfolgenden Anmeldungen zu den Grundacten zu nehmen und den Anmeldenden auf Verlangen eine Bescheinigung zu ertheilen; von den eingelieferten Beweisurkunden sind vor ihrer Rückgabe beglaubigte Abschriften zu den Grundacten zu nehmen.

§ 22.

Das Amtsgericht hat die §§ 18,20 und 30 ihrem wesentlichen Inhalte nach innerhalb der Ausschlußfrist von sechs zu sechs Wochen durch das Amtsblatt und sonst geeignete Blätter mit Angabe des Tages, mit welchem die Ausschlußfrist abläuft, bekannt zu machen.

§ 23.

Die in der Mutterrolle genannten Eigenthümer, welche sich nicht in Gemäßheit des § 7 legitimirt haben, werden in das Grundbuch als Eigenthümer eingetragen, sobald sie die in § 7 genannten Nachweisungen liefern.

§ 24.

Angemeldete Eigenthumsansprüche werden zur Erhaltung des Rechts auf Anfechtung der geschehenen Eintragung und auf eigene Eintragung als Vormerkungen in die zweite Abtheilung eingetragen, sobald diese Ansprüche glaubhaft gemacht sind.

Von der Eintragung einer derartigen Vormerkung, sowie von der Verwerfung eines darauf gerichteten Antrags ist sowohl der in der Mutterrolle genannte Eigenthümer, als auch Derjenige, welcher die Eintragung beantragt hat, in Kenntniß zu setzen.

§ 25.

Die dinglichen Rechte bzw. Hypotheken werden mit der ihnen nach dem bisherigen Rechte zukommenden Rangordnung in Abtheilung II und III des Grundbuchs eingetragen. Sind vor dem Ablauf der Ausschlußfrist derartige Rechte angemeldet, über welche die im § 15—17 vorgeschriebenen Verhandlungen noch nicht stattgefunden haben, so tritt, so weit erforderlich, das dort angeordnete Verfahren ein.

§ 26.

Ein Vorbehalt des Eigenthums zur Sicherung einer Forderung, welcher vor dem Tage, an welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, ingrossirt war, wird im Grundbuch als Hypothek auf das dem Vorbehalt unterworfene Grundstück eingetragen.

Ergiebt das Ingrossat nicht einen bestimmten Geldbetrag der Forderung, und kommt eine Einigung unter den Betheiligten über einen solchen nicht zu Stande, so erfolgt dessen Festsetzung durch den Prozeßrichter. Inzwischen ist eine Vormerkung auf den höchsten vom Gläubiger geforderten Betrag einzutragen.

§ 27.

Die Eintragung oder Vormerkung einer nach dem bisherigen Recht auf eine unbestimmte Summe ingrossirten Hypothek kann nur auf eine bestimmte Summe geschehen. Diese wird für Vormünder und Curatoren durch die obervormundschaftliche Behörde, in andern Fällen durch den Prozeßrichter festgesetzt.

§ 28.

Die Amtsgerichte haben die in Betreff der angefertigten Extracte (§§ 9 und 10) eintretenden Veränderungen in denselben zu vermerken und das danach noch Erforderliche auf Grund des § 11 folg. zu bewirken.

§ 29.

Ueber alle in der Zeit zwischen der Mittheilung der Abschriften aus der Mutterrolle (§ 3) bis zum Ablauf der Ausschlußfrist (§ 18) in den Mutterrollen vorgekommenen Veränderungen hat die betr. Cataster-Behörde innerhalb 14 Tagen, nach erfolgter Anordnung der Umschreibung durch die zuständige obere Behörde, dem betreffenden Amtsgerichte Abschriften der Fortschreibungslisten mitzutheilen. Außerdem sind bei Ablauf der Ausschlußfrist die vorhandenen noch unerledigten Umschreibungsanträge dem Amtsgerichte in Abschrift mitzutheilen. Letzteres hat sodann die nach Maßgabe dieses Gesetzes zur Feststellung des Eigenthums und dessen Beschränkungen noch erforderlichen Verhandlungen einzuleiten.

§ 30.

Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen den Ablauf der in diesem Gesetze bestimmten oder nach demselben richterlich zu bestimmenden Fristen findet nicht statt.

§ 31.

Alle durch dieses Gesetz nöthig werdenden Zustellungen an Personen außerhalb des Fürstenthums erfolgen im Gebiete des deutschen Reiches durch die Postanstalten, und zwar frankirt mittelst eingeschriebener Sendung.

II. Uebergangs-Bestimmungen.

§ 32.

Bis zum Ablauf der Ausschlußfrist führen die Hypothekenbehörden ihre Geschäfte in der bisherigen Weise fort, sofern nicht in den nachstehenden Bestimmungen Abänderungen enthalten sind.

Neben den bisherigen Hypothekenbüchern legen dieselben jedoch neue nach Gemeindebezirken getrennte Hypothekenbücher an, in welche die Eintragungen zu den betreffenden Artikeln der Mutterrolle erfolgen.

§ 33.

Nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ist die Ingrossation von General-Hypotheken nicht mehr zulässig. Jede Urkunde, auf Grund deren eine Hypothek eingetragen werden soll, muß das Grundstück, auf welches die letztere sich bezieht, nach dem Artikel der Mutterrolle, nöthigen Falls nach Flur und Parcele, genau bezeichnen, und ist ihr ein beglaubigter Auszug aus der Mutterrolle, oder eine Bescheinigung der Catasterbehörde über die Catastrirung des betreffenden Grundstücks beizufügen. Bei öffertlichen Urkunden bedarf es einer solcher Beifügung nicht, wenn aus der Urkunde selbst hervorgeht, daß der Bezeichnung des Grundstücks ein Auszug aus der Mutterrolle zum Grunde gelegen hat. — Im Uebrigen sind die Vorschriften des § 23 des Eigenthums-Erwerbs-Gesetzes zu beachten.

§ 34.

Wo dem Gläubiger ein Anspruch auf Ingrossation einer General-Hypothek zusteht, hat derselbe ein Recht auf Bewilligung der Eintragung einer Hypothek auf die Grundstücke des Schuldners, und zwar bei Hypotheken von unbestimmten Betrage zum Belauf einer bestimmten Summe, welche bei Dienst-Cautions-Hypotheken durch die zuständige Dienstbehörde unter Ausschluß des Rechtsweges festgesetzt wird.

Eine Eintragung zur Gesammtschaft auf die in verschiedenen Artikeln der Mutterrollen, beziehungsweise demnächst in verschiedenen Grundbuchblättern befaßten Grundstücken ist nicht statthaft. Es hängt von dem Antrage des Gläubigers bezw. von der Anordnung durch die zuständige Behörde ab, auf welches Grundstück oder in welcher Vertheilung auf die verschiedenen Grundstücke die Eintragung geschehen soll.

§ 35.

Ingrossationen auf unbestimmte Summen sind nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unzulässig.

§ 36.

Der Vorbehalt des Eigenthums zur Sicherung einer Forderung kann nur als Hypothek ingrossirt werden.

§ 37.

Die Wirkung der bisherigen General-Hypotheken erstreckt sich nicht auf diejenigen Grundstücke, welche der Schuldner nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erwirbt.

§ 38.

Mit dem Ablauf der Ausschlußfrist schließt die Hypothekenbehörde die Hypothekenbücher ab.

Die in die neuen Bücher, (§ 32, Abs. 2), eingetragenen Rechte werden ohne Weiteres nach dem Zeitpunkte der Ingrossation in die Grundbücher übertragen unter Benachrichtigung des eingetragenen Eigenthümers und der Berechtigten von der geschehenen Eintragung und deren Rangordnung, wenn sie entweder auf den Antrag des Eigenthümers, oder auf den Antrag eines Rechtsvorgängers desselben in einem Zeitpunkte eingetragen sind, in welchem derselbe gemäß der zu den Grundacten erfolgten Feststellungen Eigenthümer des Grundstücks war.

Andernfalls tritt zunächst das Verfahren gemäß § 10 folg. ein.

§ 39.

Mit dem Ablaufe der Ausschlußfrist treten die im § 1 genannten Gesetze für den betr. Amtsgerichtsbezirk vollständig in Wirksamkeit, und ist deshalb hierüber von dem betr. Amtsgerichte eine mehrmals zu publicirende Bekanntmachung zu erlassen.

§ 40.

Bis zur wirklichen Anlegung der einzelnen Grundbuchblätter gelten wegen der darin einzutragenden Grundstücke folgende Bestimmungen:

Die zu den Grundacten erfolgten Feststellungen der in das Grundbuch einzutragenden oder vorzumerkenden Rechte ersetzen die Eintragung bezw. Vormerkung im Grundbuch.

Diejenigen noch nicht festgestellten Rechtsverhältnisse, welche zu den Grundacten angemeldet sind, oder aus den Extracten der Hypothekenbücher (§§ 9. 28. 38) oder aus den Mittheilungen der Catasterbehörde (§§ 3. 29) sich ergeben, gelten bis dahin, daß das Amtsgericht über die Eintragung oder Vormerkung entschieden hat, als im Grundbuche vorgemerkt.

Veräußerungen und dingliche Belastungen des Grundstücks sind statthaft, nachdem die Person des einzutragenden Eigenthümers festgestellt ist. Die Eintragung im Grundbuch wird ersetzt durch die Bemerkung zu den Grundacten, daß dieselbe geschehen solle.

Auf Ersuchen wird darüber vom Amtsgericht eine vorläufige Bescheinigung ertheilt.

§ 41.

Die behufs Anlegung der Grundbücher zur Ermittelung und Eintragung des Eigenthums, der Hypotheken und dinglichen Rechte von Amtswegen erforderlichen Verhandlungen sind kostenfrei; soweit sie nicht durch das Verschulden eines Betheiligten veranlaßt sind.

§ 42.

Die Hypothekenordnung vom 12. März 1771 und alle sonstigen auf das Hypotheken- und Ingrossationswesen bezüglichen Gesetze und Anordnungen treten mit dem Tage für den betreffenden Bezirk außer Kraft, an welchem für denselben die Ausschlußfrist (§ 18) abgelaufen ist.

§ 43.

Der Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes wird im Verordnungswege bestimmt.

Gegeben Detmold den 27. Juli 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 16. August 1882.

№ 26.

Anweisung

zur Ausführung des Gesetzes vom 8. April 1882, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, vom 10. August 1882.

Zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, vom 8. April 1882, wird nachstehende

Anweisung

erlassen.

Detmold, den 10. August 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

§ 1.

Steuerpflichtiger Gewerbebetrieb.

Der Wanderlagerbetrieb besteht in der Regel darin, daß der Inhaber eines Waarenlagers die Waaren desselben an einem oder mehreren Orten, woselbst er weder wohnt, noch eine gewerbliche Niederlassung begründet hat, dem Publicum zu freihändigen Käufen von einer festen Verkaufsstätte (Laden, Magazin, Zimmer und dgl.) aus, vorübergehend feilbietet.

Das Veranstalten einer Auction von Waaren eines Wanderlagers wird dem Feilbieten derselben gleichgeachtet.

Der Wanderlagerbetrieb gehört hiernach regelmäßig zum Gewerbebetriebe im Umherziehen, setzt den Besitz eines Legitimationsscheines und Gewerbescheines voraus, welche der Inhaber während der thatsächlichen Ausübung des Gewerbebetriebes bei sich führen und auf Erfordern vorzeigen muß, um sich über seine Befugniß zu dem Geschäftsbetriebe, sowie über die Entrichtung der Gewerbesteuer des Staats und über die ihm gestattete Anzahl von Begleitern auszuweisen.

§ 2.

Nach § 1 des Gesetzes ist von dem Wanderlagerbetriebe neben und unabhängig von der Staatssteuer, an jedem Orte, wo derselbe stattfindet, eine besondere Steuer für die Stadt- und Amtsgemeinden zu erheben, deren Betrag im § 4 des Gesetzes bestimmt ist.

Die Verwaltungsbehörden, (die Fürstlichen Verwaltungsämter und die Magistrate der Städte) denen die Festsetzung der Steuer nach § 6 des Gesetzes obliegt, sind verpflichtet, für deren Erhebung in jedem dazu geeigneten Falle zu sorgen. Es bedarf hierzu weder eines vorgängigen Gemeindebeschlusses, noch kann durch Gemeindebeschluß auf die Erhebung der Steuer verzichtet, oder deren Betrag ermäßigt werden, dieselbe ist vielmehr in allen Stadt- und Amtsgemeinden lediglich nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zu erheben.

Um die Entrichtung dieser Steuer zu sichern, sind einige Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen, auf welche besonders aufmerksam gemacht wird.

a). Da es vorgekommen ist, daß die Inhaber von Wanderlagern an dem Orte, wo sie ihr Geschäft betreiben wollten, sich als Neuanziehende und zum stehenden Gewerbebetriebe angemeldet, auch wohl die wirkliche Niederlassung an dem betreffenden Orte durch Miethung eines Locals in einem Gasthause und dgl. nachzuweisen versucht haben, so ist in dem Gesetze (§ 1 Abs. 2) ausdrücklich bestimmt, daß die Erfüllung der Förmlichkeiten der Begründung eines Wohnsitzes oder einer gewerblichen Niederlassung den Inhaber des Wanderlagers nicht von der Steuer befreien, wenn die begleitenden Umstände erkennen lassen, daß die Förmlichkeiten behufs Verdeckung des Wanderlagerbetriebes erfüllt sind. Hierzu genügen natürlich nicht bloße Vermuthungen, sondern es müssen Thatsachen ermittelt und nachgewiesen werden, aus denen deutlich hervorgeht, daß in dem gegebenen Falle die Verdeckung eines Wanderlagerbetriebes beabsichtigt ist.

b). Da es ferner nahe liegt, daß die Inhaber von Wanderlagern, um der Besteuerung zu entgehen, sich der Vermittlung einer an dem betreffenden Orte wohnenden (einheimischen) Person bedienen, um ihre Waaren feilzubieten oder zu versteigern, so ist in dem Gesetze (§ 1 Abs 1) zum Wanderlagerbetriebe auch das Feilbieten (bzw. das Veranstalten einer

Auction) von Waaren eines Wanderlagers durch einen einheimischen Verkäufer oder Auctionator gerechnet, und zwar gleichviel, ob der Besitzer des Wanderlagers selbst mit an Ort und Stelle ist oder an seinem Wohnorte verbleibt. (Letzterenfalls ist allerdings kein Gewerbebetrieb im Umherziehen nach dem Gesetze vom 19. Februar 1878 vorhanden, da dieser die persönliche Anwesenheit des Geschäftstreibenden am Betriebsort voraussetzt).

Danach unterliegt ein derartiger Gewerbebetrieb der Steuer vom Wanderlagerbetriebe, es ist jedoch immer nur der auswärtige Auftraggeber, nicht aber der einheimische Verkäufer bzw. Auctionator zur Entrichtung der Steuer und zur Erfüllung aller daraus folgenden Verbindlichkeiten verpflichtet. Auf den einheimischen Verkäufer oder Auctionator findet deshalb auch die im § 8 des Gesetzes bestimmte solidarische Haftung keine Anwendung.

§ 3.

Nach § 2 des Gesetzes ist die volle Steuer für jedes Verkaufslocal besonders zu entrichten, wenn das Feilbieten oder die Auction an einem Orte in mehreren Verkaufslocalen gleichzeitig oder nach einander stattfindet. Es muß deshalb jede Eröffnung eines zweiten oder ferneren Verkaufslocals und jede Verlegung des Geschäftsbetriebes aus einem Locale in das andere besonders angemeldet und besteuert werden.

Eine bloße Erweiterung des Verkaufslocals, sowie ein Wechsel in den Räumen desselben Gebäudes pp. begründet keine neue Steuerpflicht.

§ 4.

Steuerbefreiungen.

1. Gesetzliche. Welche Arten des Geschäftsbetriebes der Besteuerung nicht unterworfen sind, ist unter Nr. 1 bis 3 im § 3 des Gesetzes bestimmt.

Zu der Bestimmung unter 1 wird noch folgendes bemerkt.

Unter „Marktverkehr" ist nur der nach allgemeinen oder localen Anordnungen zulässige und zwar hauptsächlich der Verkehr auf Jahrmärkten oder Märkten für gewisse Waaren zu verstehen Der Wochenmarktverkehr kommt hierbei nur hinsichtlich derjenigen Gegenstände in Betracht, welche von Jedermann auf dem Wochenmarkte feilgeboten werden können.

Der Verkauf von Ausstellungsgegenständen auf öffentlichen, von der zuständigen Behörde genehmigten Ausstellungen, ist nur insoweit von der Steuer befreit, als das Feilbieten im Ausstellungslocale stattfindet.

2. Von der Regierung zu bewilligende. Außerdem kann die Regierung

a) für gewisse Gewerbsarten oder

b) in einzelnen Fällen den Geschäftsbetrieb steuerfrei gestatten.

Ersterenfalls (zu a) wird über die der Steuer nicht unterworfenen Geschäftsarten das Nöthige durch das Amtsblatt bekannt gemacht werden.

Letzterenfalls (zu b) müssen diejenigen, welche sich auf Bewilligung der Steuerfreiheit berufen, sich hierüber durch Vorlegung der betreffenden Verfügung der Regierung ausweisen, widrigenfalls sie die Steuer (vorbehaltlich der Erstattung) vor Beginn des Betriebes zu entrichten haben.

§ 5.

Steuerbetrag.

Bezüglich der zu entrichtenden Steuern unterscheidet das Gesetz zwischen dem gewöhnlichen Feilbieten der Waaren eines Wanderlagers und den Wanderauctionen. Im ersteren Falle ist der einfache Steuersatz für jede Woche, im letzteren für jeden Tag des Betriebes zu zahlen. Wer jedoch die Steuer für eine Wanderauction entrichtet hat, kann an dem Tage, für welchen der volle Steuersatz erlegt ist, auch freihändig verkaufen, ohne nochmalige Steuerzahlung. Erfolgt aber das Feilbieten der Waaren eines Wanderlagers in der Form des gewöhnlichen freihändigen Verkaufs und durch Auction an verschiedenen Tagen nach einander, so ist die Steuer für jede der beiden Betriebsarten besonders zu entrichten.

Die Woche umfaßt sieben auf einander folgende Kalendertage.

Ingleichen wird bei Auctionen der Tag von Mitternacht zu Mitternacht gerechnet, ohne Rücksicht darauf, zu welcher Tagesstunde der Betrieb begonnen hat.

§ 6.

Anmeldung des Gewerbebetriebes.

Wer einen Wanderlagerbetrieb beginnen will, hat davon der Verwaltungsbehörde des Orts eine schriftliche Anzeige in zwei gleichlautenden Exemplaren einzureichen. Die Anzeige muß alle zur Festsetzung der Steuer nöthigen Angaben enthalten.

Ein Muster ist beigefügt.

Soll der Betrieb über die Zeit hinaus, für welche die Steuer entrichtet ist, fortgesetzt oder nach deren Ablauf wieder begonnen werden, so ist rechtzeitig neue Anzeige zu machen.

Beim Vorhandensein mehrerer Verkaufslocale ist die Anzeige für jedes derselben besonders zu machen, (siehe oben § 3).

§ 7.

Festsetzung und Erhebung der Steuer.

Die Verwaltungsbehörde prüft die Vollständigkeit der Anmeldung und führt nöthigenfalls deren Ergänzung herbei. Sodann bescheinigt sie auf beiden Exemplaren der Anmeldung den Eingang derselben und verbindet damit die Festsetzung der zu entrichtenden Steuer und die Bezeichnung der

Stelle, an welche sie einzuzahlen ist, (vgl. die Rückseite des beigefügten Anmeldemusters).

Das eine Exemplar wird nunmehr unverzüglich dem Anmeldenden behufs Entrichtung der Steuer zugestellt.

Die Empfangsstelle nimmt die ihr unter Vorlegung der Anmeldungsbescheinigung angebotene Steuer in Empfang, quittirt über denselben auf der Anmeldungsbescheinigung (vgl. die Rückseite des Musters) und giebt diese dem Zahlenden zurück. Zugleich hat sie der Verwaltungsbehörde, von welcher die Anmeldungsbescheinigung ausgestellt ist, von dem Eingange der festgesetzten Steuer Nachricht zu geben. Letztere hat, wenn die Nachricht ausbleibt, festzustellen, ob der Betrieb ohne Entrichtung der Steuer stattfindet und, falls dies geschehen, die Einleitung des Strafverfahrens zu veranlassen.

Nach § 9 des Gesetzes sind die zuständigen Beamten befugt, bei jeder Verkaufsstelle während der Dauer des Geschäftsbetriebes die Vorzeigung der Steuerquittung zu fordern.

Zuwiderhandlungen gegen diese Gesetzbestimmungen werden im gerichtlichen Verfahren (ohne vorläufige Straffestsetzung durch die Regierung) mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. bestraft. Sobald die Verwaltungsbehörde von der Empfangsstelle die Mittheilung über die Entrichtung erhält, verbindet sie dieselbe mit dem zurückbehaltenen zweiten Exemplar der Anmeldung, welches aufzubewahren ist.

§ 8.

Empfangsstellen.

Als Empfangsstellen haben in den Stadtgemeinden die Stadtkassen zu fungiren, in den Amtsgemeinden die Amtsgemeindekassen. Bei denjenigen Gemeindekassen, welche von Staatssteuerbeamten verwaltet werden, sind von dem Betrage der Steuer, vor Abführung der Isteinnahme an die Kasse der berechtigten Gemeinde, drei Prozent als Erhebungskosten für die Landkasse in Abzug zu bringen.

§ 9.

Strafverfahren.

Das Verfahren bei Untersuchungen wegen unterlassener oder nicht rechtzeitig — vor Beginn des Geschäfts — bewirkter Anmeldung und Versteuerung des Wanderlagerbetriebes regelt sich nach den für Untersuchungen wegen Gewerbesteuercontraventionen geltenden Bestimmungen, (§§ 57, 60, 61, 62 des Gesetzes vom 19. Februar 1878). Insbesondere kommen auch die gleichen Bestimmungen wegen Beschlagnahme der zum Wanderlagerbetriebe mitgeführten Gegenstände und wegen der vorläufigen Straffestsetzung durch die Regierung zur Anwendung.

Ingleichen steht letzterer die Festsetzung der vorenthaltenen Nachsteuer zu; diese wird jedoch nicht einer Fürstlichen Steuerkasse, sondern der Kasse der berechtigten Stadt oder Amtsgemeinde durch die Vermittlung der Verwaltungsbehörde überwiesen.

Die von der Regierung festgesetzten und eingezahlten Strafen verbleiben hingegen der Landkasse.

§ 10.

Beschwerdeverfahren.

Beschwerden über die Steuerfestsetzung (Reclamationen) sind bei der Behörde, welche die Steuer festgesetzt hat, anzubringen. Auf das Beschwerdeverfahren finden dieselben Bestimmungen sinngemäße Anwendung, welche hinsichtlich der Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe gelten.

§ 11.

Nachweisung über das Aufkommen an Steuer.

Nach Ablauf eines jeden Jahres und spätestens am 1. Februar jeden Jahres hat die Verwaltungsbehörde der Regierung eine Nachweisung einzureichen, welche die im Vorjahre vorgekommenen Wanderlagerbetriebe, getrennt nach Wanderlagern und Wanderauctionen, sowie den festgesetzten und den in Isteinnahme verbliebenen Ertrag an Steuer ergiebt.

Muster.

Anmeldung.

Unterzeichneter beabsichtigt in (Ort) . . . . . die Waaren eines Wanderlagers $\frac{\text{mit}}{\text{ohne}}$ Veranstaltung einer Auction feilzubieten.

Das Verkaufslocal ist: (genaue Bezeichnung des Hauses pp. nach Straße und Hausnummer pp.) . . . . . .

Der Betrieb wird eröffnet am (Wochentag und Datum)

. . . . . .

Der Betrieb dauert:

(Zahl in Buchstaben geschrieben) $\frac{\text{Tage}}{\text{Woche}}$

Unterzeichneter ist im Besitz eines Gewerbescheines zum (Gegenstand des Gewerbebetriebs im Umherziehen) . . . . . .

ausgefertigt unter № . . . . . (№ des Gewerbescheins)

(Ort und Datum) (Namen und Vornamen)

(Wohnort, Verwaltungsbezirk,
bei Angehörigen anderer Staaten
auch Angabe des Heimathstaates.)

Anmeldebescheinigung.

Der Eingang der umseitigen Anmeldung wird bescheinigt.

Die auf . . (buchstäblich) . . Mk. hiermit festgesetzte Steuer ist vor Eröffnung des Betriebes an . . . . (Bezeichnung der Empfangstelle) zu entrichten.

(Ort und Datum.)

(Bezeichnung der Verwaltungsbehörde)

(Siegel oder Stempel.) (Unterschrift.)

Quittung.

Nebenstehend festgesetzte Steuer ist mit . . . . . Mk. buchstäblich . . . . . Mk. heute baar eingezahlt worden.

(Ort und Datum.)

(Bezeichnung der Empfangsstelle.)

(Siegel oder Stempel.) (Unterschrift des Empfängers.)

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 9. September 1882.

№ 27.

Bekanntmachung

bezüglich der Stellen, welche nach Maßgabe der von dem Bundesrathe beschlossenen „Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militairanwärtern" im hiesigen Lande mit Militairanwärtern zu besetzen sind, vom 2. Sept. 1882.

In Gemäßheit der von dem Bundesrathe beschlossenen „Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militairanwärtern" (Gesetzsamml. v. 1882, Nr. 9), werden vom 1. October l. J. an die nachstehend verzeichneten Stellen entweder ausschließlich oder theilweise mit Militairanwärtern besetzt werden, sofern sich derartige Anwärter, welche zur Uebernahme der Stellen befähigt und bereit sind, finden.

I. Ausschließlich mit Militairanwärtern zu besetzende Stellen:

1. Die mit der Anfertigung der Abschriften betrauten Expedienten der Regierung,
2. Hülfsschreiber der Caster-Verwaltung, der Verwaltungsämter, der Gerichte und der Staatsanwaltschaft,
3. Pedellen der Regierung, des Consistoriums, der Caster-Verwaltung, der Leihekasse und Sparkasse, der Gerichte, des Gymnasiums in Detmold,

4. Castellan des Landgerichtsgebäudes,
5. Gefangenwärter bei den Gerichten und Verwaltungsämtern,
6. der Oberaufseher und die Aufseher in der Strafanstalt,
7. der Aufseher in der Badeanstalt,
8. Wegaufseher,
9. Wärter in der Irrenanstalt zu Brake und im Landkrankenhause in Detmold,
10. Bauerrichter und sonstige Untererheber der Staatssteuern.

II. Mindestens zur Hälfte mit Militairanwärtern zu besetzende Stellen:

1. Registratoren des Consistoriums und der Staatsanwaltschaft,
2. Secretair der Cataster-Verwaltung,
3. Secretair der Leihekasse,
4. Rendant der Leihekasse,
5. Rendant der Sparkasse,
6. Controleur der Sparkasse,
7. Amtsschreiber der Verwaltungsämter.

Die unter II, 2 bis 6 aufgeführten Stellen können auch mit solchen Militairpersonen im Officierrange, welchen die Aussicht auf Anstellung im Civildienste verliehen ist, besetzt werden.

Ebenso können bei den unter I, 3 bis 8 gedachten Stellen die einstweilig in den Ruhestand versetzten und Wartegeld oder dem gleich zu erachtende Einnahmen beziehenden Gensdarmen Berücksichtigung finden.

Sämmtliche Bewerbungen um die oben aufgeführten Stellen sind an Fürstliche Regierung zu richten, an welche auch die erforderliche Mittheilung über eingetretene Vacanzen von den betr. Behörden behuf Wiederbesetzung der erledigten Stellen zu machen ist.

Detmold, den 2. September 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 20. September 1882.

№ 28.

Bekanntmachung,

die Vollziehung der im hiesigen Lande erkannten Zuchthausstrafen betreffend,
vom 16. September 1882.

In Gemäßheit einer von dem Königlich Preußischen Minister des Innern bezüglich der betr. Strafanstalten getroffenen Anordnung sind vom 1. October l. J. an von den im hiesigen Lande zu Zuchthausstrafen verurtheilten Personen männlichen Geschlechtes und christlicher Religion einzuliefern

1. in die dann eröffnet werdende Strafanstalt zu Wehlheiden bei Cassel, Abtheilung für Zuchthausgefangene, alle diejenigen, welche das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder zum ersten Male Zuchthausstrafen erleiden, ohne vorher wiederholt zu Gefängnißstrafen verurtheilt zu sein;

2. in die Männerstrafanstalt zu Ziegenhain diejenigen, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, und die rückfälligen nicht gefährlichen Verurtheilten bis zur Strafdauer von 5 Jahren;

3. in die Strafanstalt an der Fulda zu Cassel die gefährlichen Verurtheilten mit einer Strafdauer von 5 Jahren und darüber.

Die zu Zuchthausstrafe Verurtheilten weiblichen Geschlechtes und christlicher Religion sind vom 1. Januar 1883 ab in die Weiberanstalt zu Ziegenhain einzuliefern.

Die zu Zuchthausstrafe verurtheilten Personen jüdischer Religion beiderlei Geschlechtes werden, wie bisher, in die Strafanstalt zu Cöln eingeliefert.

Als Verwaltungsstellen für jene Anstalten bestehen vom 1. October l. J. ab

1. die Direction der Strafanstalt zu Wehlheiden, welcher auch die Strafanstalt an der Fulda zu Cassel und die Weiberanstalt zu Cassel (letztere bis zu ihrem mit Ablauf dieses Jahres stattfindenden Eingehen) untergeordnet sind,

2. die Inspection der Strafanstalt zu Ziegenhain, welcher vom 1. Januar 1883 ab auch die daselbst neu eröffnet werdende Weiberanstalt unterstellt wird.

Detmold, den 16. September 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 4. Oktober 1882.

№ 29.

Allgemeine Verfügung,

die Ausstellung der Zeugnisse zum Zwecke der Bewilligung des Armenrechtes betreffend, vom 29. September 1882.

Nach der zur Zeit im hiesigen Lande bestehenden Gemeinde-Verfassung kann als die „obrigkeitliche Behörde", von welcher das Zeugniß über das Unvermögen einer Partei zur Bestreitung der Prozeßkosten in Gemäßheit der Vorschrift im § 109 der deutschen Civilproceß-Ordnung auszustellen ist, in den Landgemeinden nur das Verwaltungsamt angesehen werden, und ist deshalb unter dem „Gemeindevorstande", welcher im § 2 des Ausführungsgesetzes zur deutschen Civilproceß-Ordnung vom 26. Juni 1879 als die obrigkeitliche Behörde bezeichnet ist, welche das fr. Zeugniß in den Landgemeinden auszustellen hat, nicht der Dorfschafts- oder Bauerschafts-Vorstand, sondern das Verwaltungsamt als Vorstand der Amtsgemeinde (§ 23 der Verordnung, die Gemeinde-Verfassung betreffend, vom 2. März 1841), zu verstehen.

Bei Ausstellung der Zeugnisse ist das nachstehende Formular anzuwenden, und bleibt es den Fürstlichen Verwaltungsämtern überlassen, das thatsächliche Material für die Zeugnisse durch die Ortsvorsteher beschaffen zu lassen.

Detmold, den 29. September 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.

Eschenburg.

Zeugniß
zum Zweck der Bewilligung des Armenrechts,
ausgestellt in Gemäßheit der §§ 106 und 109 der Civilprozeßordnung.

Name der Partei:

Stand oder Gewerbe:

Vermögensverhältnisse:

Familienverhältnisse:

Directe Staatssteuern:

Auf Grund der vorstehenden Angaben wird hierdurch bezeugt, daß N. N. außer Stande ist, ohne Beeinträchtigung des für {ihn / sie} und {seine / ihre} Familie nothwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten.

den ten 18

Der Magistrat.

Fürstliches Verwaltungsamt.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 7. Oktober 1882.

№ 30.

Bekanntmachung,

die Einführung der Pharmacopoea Germanica. Editio altera. betreffend.

Auf Grund des Beschlusses des Bundesrathes vom 5. Juli d. J. tritt die in Berlin erschienene Pharmacopoea Germanica (Edito altera) (v. Decker'sche Verlagsbuchhandl.) mit dem 1. Jan. 1883 im hiesigen Lande in Geltung und wird die seit dem 1. Nov. 1872 geltende Pharmacopoea Germanica alsdann außer Gebrauch gesetzt.

Detmold, den 30. September 1882.

Fürstlich Lippische Regierung.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 21. Oktober 1882.

№ 31.

Bekanntmachung

vom 14. October 1882,

einen Nachtrag zu dem Uebereinkommen verschiedener Staaten wegen Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei vom 3. December 1877 betreffend.

Der zwischen Bevollmächtigten von Preußen, der Thüringischen Staaten, von Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck, Bremen und Hamburg vereinbarte Nachtrag vom 8. Mai 1880 zu dem am 3. December 1877 getroffenen Uebereinkommen wegen Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei, welchem das Fürstenthum Lippe laut der angeschlossenen Ministerial-Erklärung beigetreten ist, wird nachstehend zur öffentlichen Kenntniß gebracht

Detmold, den 14. October 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

Ministerial-Erklärung

über den Beitritt des Fürstenthums Lippe zu dem unter dem 8. Mai 1880 vereinbarten Nachtrage zu dem Uebereinkommen wegen Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei vom 2. September 1880.

Nachdem auf Grund des Schlußprotokolls zu dem Uebereinkommen

vom 3. December 1877 wegen Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei zwischen den Bevollmächtigten von Preußen, der Thüringischen Staaten, von Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck, Bremen und Hamburg unter dem 8. Mai 1880 ein Nachtrag vereinbart worden ist, welcher folgenden Wortlaut hat:

Nachtrag

zu dem Uebereinkommen zwischen Preußen, den Thüringischen Staaten, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck, Bremen und Hamburg wegen Herbeiführung übereinstimmender Maßregeln zum Schutze und zur Hebung der Fischerei vom 3. December 1877.

Auf Grund des Schlußprotokolls zu dem Uebereinkommen vom 3. December 1877 sind als Bevollmächtigte:

1. Für Preußen:
   Der Ministerial-Director, Wirkliche Geheime Ober-Regierungs-Rath Marcard und der Geheime Regierungs-Rath Fastenau,
2. Für Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ältere Linie und Reuß jüngere Linie:
   Der Ministerial-Director, Staatsrath Dr. Schomburg,
3. Für Oldenburg:
   Der Geheime Ober-Regierungs-Rath a. D. Hofmeister,
4. Für Braunschweig:
   Der Kammer-Director Griepenkerl,
5. Für Sachsen-Coburg-Gotha:
   Der Geheime Regierungs-Rath Hornbostel,
6. Für Anhalt:
   Der Geheime Regierungs-Rath Rindfleisch,
7. Für Lübeck:
   Der Senator Dr. Rittscher,
8. Für Bremen:
   Der Senator Dr. Tetens,
9. Für Hamburg:
   Der erste Beamte der Landherrschaft der Hamburgischen Marschlande Dr. Voigt,

zusammengetreten und haben unter Vorbehalt der Ratification folgendes Uebereinkommen getroffen:

§ 1.

Abweichend von den Bestimmungen der §§ 7 und 8 des Uebereinkommens vom 3. December 1877 kann in einzelnen dringenden Fällen und sofern die Erhaltung des Fischbestandes es gestattet, der Betrieb der Fischerei vermittelst ständiger Vorrichtungen, sowie vermittelst schwimmender oder am Ufer oder Flußbett befestigter oder verankerter Fanggeräthe während der jährlichen Schonzeit von den einzelnen Regierungen ausnahmsweise gestattet werden.

Soweit es sich hierbei um Gewässer handelt, welche das Gebiet mehrerer bei dem Uebereinkommen vom 3. December 1877 betheiligter Staaten berühren, ist von jeder ertheilten Dispensation den andern Regierungen, deren Gebiet von den betreffenden Gewässern berührt wird, Nachricht zu geben.

§ 2.

Die in § 7 des Uebereinkommens für den Fang von Lachsen, Lachsforellen, Maifischen, Finten und Stinten während der Frühjahrs-Schonzeit zugelassene fünftägigen Frist einer jeden in die Schonzeit fallenden Woche kann auch auf den Fang von Stören und Stichlingen ausgedehnt werden.

§ 3.

Der Königlich Preußischen Regierung ist es gestattet, für die Provinzen Ost- und Westpreußen die Frühjahrsschonzeit auf zwei Monate innerhalb der Zeit vom 10. April bis zum 1. Juli festzusetzen.

§ 4.

Den einzelnen Regierungen bleibt es anheimgestellt, von der Festsetzung eines Minimalmaßes für den Fang des Hechtes (§ 1 des Uebereinkommens) abzusehen.

§ 5.

Dieses Uebereinkommen soll ratificirt werden und die Auswechslung der Ratificationserklärungen soll möglichst bald nach der Unterzeichnung des Uebereinkommens stattfinden. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Uebereinkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Berlin, den 8. Mai 1880.

(L. S) Marcard.
(L. S.) Fastenau.
(L. S.) Dr. Schomburg.
(L. S.) Hofmeister.
(L. S.) Griepenkerl.
(L. S.) Hornbostel.
(L. S.) Rindfleisch.

(L. S.) Rittscher Dr.
(L. S.) Tetens Dr.
(L. S.) Voigt Dr.

und nachdem die Fürstlich Lippische Regierung, wie seiner Zeit dem Uebereinkommen vom 3. December 1877, so auch jetzt diesem Nachtrage beigetreten ist, wird hierüber die gegenwärtige Erklärung ausgetauscht.

Detmold, den 3. September 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 25. Oktober 1882.

№ 32.

Verordnung,
den Termin für den Amtsantritt der Kirchenvorsteher und Stellvertreter wie der Klassensuperintendenten betreffend, vom 19. October 1882.

Von Gottes Gnaden Wir, **Günther Friedrich Woldemar** regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg etc. etc. verordnen unter Zustimmung der Landessynode zur Ergänzung der §§ 10, 11 und 25 der Verordnung, die Kirchenvorstände pp. vom 18. Februar 1876 betreffend, wie folgt:

§ 1

Die von den stimmberechtigten Gemeinegliedern gewählten Kirchenvorsteher und Stellvertreter treten ihr Amt am 1. September und die von den Klassenversammlungen gewählten und Höchstlandesherrlich bestätigten Klassensuperintendenten treten ihr Amt am 1. December des Jahres an, in welchem ihre Wahl erfolgt ist.

§ 2.

Die betreffenden Wahlen sind so zeitig vorzunehmen, daß diese Termine eingehalten werden können.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit der Publication in Kraft und wird Unser Consistorium mit Ausführung derselben beauftragt.

Detmold, den 19. October 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

№ 33.

Verordnung,
die Abänderung des § 17 wegen der Kirchenvorstände pp. vom 18. Februar 1876 betreffend, vom 19. October 1882.

Von Gottes Gnaden Wir, **Günther Friedrich Woldemar** regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg etc. etc. verordnen unter Zustimmung der Landessynode, wie folgt:

§ 1.

§ 17, vierter Absatz der Verordnung, die Kirchenvorstände pp. betreffend, vom 18. Februar 1876 wird in der Art abgeändert, daß er lautet:

Die Versammlung ist beschlußfähig, wenn wenigstens zwei Drittel der Mitglieder des Kirchenvorstandes anwesend sind. Bei mangelnder Beschlußfähigkeit der Versammlung haben die ohne genügende Entschuldigung, über welche der Kirchenvorstand vorbehältlich des Recurses an das Consistorium zu befinden hat, ausgebliebenen Kirchenvorstandsmitglieder eine Ordnungsstrafe im Betrage von 0,50 bis 3 Mark zur Kirchencasse zu zahlen. Ist eine ordnungsmäßig berufene Versammlung des Kirchenvorstandes nicht beschlußfähig gewesen, so wird eine andere Versammlung mit dem Bemerken anberaumt, daß die dann Erschienenen über die vorliegende Sache Beschluß zu fassen berechtigt seien.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit der Publication in Kraft und wird Unser Consistorium mit Ausführung derselben beauftragt.

Detmold, den 19. October 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Eschenburg.

№ 34.

Verordnung,
den Beitritt der lutherischen Gemeinden des Landes zur Landessynode betr., vom 19. October 1882.

Von Gottes Gnaden Wir, **Günther Friedrich Woldemar** regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Stern-

berg etc. etc. verordnen hinsichtlich des Beitritts der lutherischen Gemeinden des Landes zur Landessynode in Gemäßheit von § 15 der Verordnung, die Einführung einer Landessynode betreffend, vom 12. September 1877 unter Zustimmung der Landessynode, wie folgt:

§ 1.

Die vier lutherischen Gemeinden zu Detmold, St. Nicolai zu Lemgo, St. Marien zu Lemgo und zu Bergkirchen treten der Landessynode bei.

§ 2.

Die Verordnung, die Einführung einer Landessynode betreffend, vom 12. September 1877 gilt auch für die lutherischen Gemeinden des Landes, ohne daß ihr Bekenntnißstand, wie er sich namentlich in den Bekenntnißschriften der lutherischen Kirche, in Gottesdienstordnung und in kirchlichen Lehr- und Gesangbüchern darstellt, dadurch berührt oder in der Landessynode darüber verhandelt wird.

Andererseits haben die lutherischen Mitglieder der Landessynode in allen den Gegenständen, welche den Bekenntnißstand der reformirten Kirche des Landes betreffen, sich der Betheiligung an der Debatte und der Abstimmung zu enthalten.

§ 3.

Die lutherischen Gemeinden des Landes wählen nach Maßgabe der Vorschrift in § 3 der Synodal-Ordnung vom 12. September 1877 aus ihrer Mitte zur Landessynode drei Abgeordnete, nämlich einen Prediger und zwei Laien.

§ 4.

Die lutherischen Gemeinden des Landes haben

1. ihre Kirchenvorstände da, wo es nicht, wie in der Gemeinde zu Detmold nach ihrem von Uns genehmigten Gemeindestatut vom 8. März 1875 in ähnlicher Weise schon geschieht, nach Vorschrift der für die reformirten Gemeinden gültigen Verordnungen, die Kirchenvorstände u. s. w. betreffend, vom 18. Februar 1876 und die Abänderung der §§ 7. 8. 9 u. s. w. betreffend vom 29. August 1878 zusammenzusetzen;
2. zu einer Classe zusammenzutreten, welche nach Maßgabe der bezüglichen Bestimmungen der Verordnung, die Kirchenvorstände, die Wahl der Prediger und die Classenversammlungen der reformirten Kirchengemeinden des Landes betreffend, vom 18. Februar 1876, nur mit der Abweichung gebildet wird, daß sie auf ihrer jedesmaligen Jahresversammlung einen Geistlichen zum Vorsitzenden wählt, welcher im Behinderungsfalle durch das an Dienstjahren älteste geistliche Mitglied der

Classe vertreten wird. Der Vorsitzende ernennt ein Mitglied der Versammlung zum Schriftführer.

Im Uebrigen bleiben die inneren Einrichtungen der lutherischen Gemeinden, ihre statutarischen Vorschriften, ihre Selbstständigkeit und ihr Verhältniß unter einander so wie ihre Stellung zu Unserem Consistorium unberührt. Es werden deshalb auch die Geschäfte eines Superintendenten für die lutherischen Gemeinden durch das lutherische Mitglied Unseres Consistoriums besorgt.

§ 5.

Die drei Verordnungen, die Emeritirung, die Pension der Witwen und Waisen und die Gehaltsverbesserung der reformirten Pastoren des Landes betreffend, vom 29. August 1878 finden auch auf die lutherischen Pastoren des Landes und deren Witwen und Waisen Anwendung.

§ 6.

Die § 2, § 4 erster und letzter Absatz, § 6 und § 7 Nr. 4 der Verordnung, die Einführung einer Landessynode betr., vom 12. September 1877 werden in der Art abgeändert, daß

I.

§ 2 lautet:

Die Landessynode besteht aus

1. den drei Superintendenten
2. drei von dem Landesherrn zu ernennenden weltlichen Mitgliedern,
3. sieben zu wählenden Predigern,
4. elf zu wählenden Laien.

Von den zu wählenden Predigern wählt jede der drei Classen Detmold, Brake und Varenholz zwei, die lutherische Classe einen; von den zu wählenden Laien wählt jede der drei Classen Detmold, Brake und Varenholz je drei, die lutherische Classe zwei. Außer den Abgeordneten werden eben so viel Stellvertreter gewählt. Für jede ordentliche Synode findet eine neue Wahl statt.

II.

a, § 4, erster Absatz, lautet:

Die Wahl der Abgeordneten zur Landessynode erfolgt innerhalb jeder Classe unter Leitung des Superintendenten, bez. in der lutherischen Classe unter Leitung des Vorsitzenden, in der der Landessynode zunächst vorhergehenden Classenversammlung.

b, § 4, letzter Absatz, lautet:

Ueber die Wahlen ist ein Protokoll aufzunehmen, vom Schriftführer, vom Superintendenten, bzw. in der lutherischen Classe vom Vorsitzenden,

und von zwei andern Mitgliedern des Wahlcollegiums zu unterzeichnen und an das Consistorium einzusenden.

III

§ 6 lautet:

Die Mitglieder der Landessynode legen bei ihrem Eintritt in die Synode nachstehendes Gelöbniß ab:

> Ich gelobe vor Gott, daß ich meine Obliegenheiten als Mitglied der Synode sorgfältig und treu, dem Worte Gottes und den bestehenden kirchlichen Ordnungen gemäß, erfüllen und darnach trachten will, daß die Kirche in allen Stücken wachse an dem, der das Haupt ist, Christus.

IV.

§ 7, Nr. 4, lautet:

Die Landessynode ist berechtigt, an den Prüfungen der reformirten Candidaten der Theologie Theil zu nehmen und tritt zu diesem Zwecke der Vorsitzende der Synode als Mitglied der theologischen Examinations-Commission mit vollem Stimmrecht ein.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Publication in Kraft. Mit der Ausführung derselben ist Unser Consistorium beauftragt.

Detmold, den 19. October 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 1. November 1882.

№ 35.

Bekanntmachung,

die Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Geschäftsbetrieb der literarischen, musikalischen, künstlerischen, photographischen und gewerblichen Sachverständigen-Vereine betreffend, vom 30. October 1882.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. August 1876, Nr. 18 der Gesetzsammlung von 1876, die Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Geschäftsbetrieb der literarischen, musikalischen, künstlerischen, photographischen und gewerblichen Sachverständigen-Vereine betreffend, wird nachstehend eine jene Bestimmungen abändernde Bekanntmachung des Reichskanzlers veröffentlicht.

Detmold, den 30. October 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

Bekanntmachung,

betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Geschäftsbetrieb der literarischen, musikalischen, künstlerischen, photographischen und gewerblichen Sachverständigen-Vereine.

An die Stelle des § 7 der über die Zusammensetzung und den Geschäftsbetrieb der literarischen und musikalischen Sachverständigen-Vereine erlassenen Instruktion vom 12. Dezember 1870 (Bundes-Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes Seite 621), sowie an die Stelle des § 5 der über

die Zusammensetzung und den Geschäftsbetrieb der künstlerischen, photographischen und gewerblichen Sachverständigen-Vereine erlassenen Bestimmungen vom 29. Februar 1876 (Central-Blatt für das Deutsche Reich Seite 117) tritt die nachstehende Vorschrift:

„Sobald der Antrag auf Erstattung eines Gutachtens von Seiten des Vereins an den Vorsitzenden desselben gelangt ist, ernennt der letztere nach seinem Ermessen ein oder zwei Mitglieder zu Referenten, welche ihre Meinung schriftlich abzugeben und in einer demnächst anzuberaumenden Sitzung des Vereins vorzutragen haben. Nach stattgehabter Berathung erfolgt durch Stimmenmehrheit der Beschluß. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag."

Berlin, den 25. Oktober 1882.

Der Reichskanzler.
In Vertretung: v. Boetticher.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 8. November 1882.

№ 36.

Bekanntmachung, die in den Apotheken zulässigen Waagen betreffend.

Nachstehend wird die in Nr. 43 des Centralblattes erschienene Bekanntmachung der Kaiserlichen Normal-Aichungs-Commission vom 24. October 1882 zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Detmold, den 1. November 1882.

Fürstlich Lippische Regierung.
Eschenburg.

Auf Grund von Art. 18 der Maaß- und Gewichts-Ordnung vom 17. August 1868 (Bundes-Gesetzblatt S. 473) wird die Vorschrift im ersten Absatz der Bekanntmachung vom 17. Juni 1875 (Central-Blatt für das Deutsche Reich Seite 374) dahin abgeändert:

In den Officinen (Arznei-Verkaufslocalen) der Apotheken dürfen andere als Präcisionswaagen nicht vorhanden sein. In allen übrigen Geschäftsräumen der Apotheken sind neben den Präcisionswaagen solche Handelswaagen zulässig, bei welchen die größte einseitige Tragfähigkeit oder größte zulässige Last nicht weniger als ein Kilogramm beträgt.

Berlin, den 24. October 1882.

Kaiserliche Normal-Aichungs-Commission.
Foerster.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 11. November 1882.

№ 37.

Gesetz,

die Hebung der Grundsteuer von den Liegenschaften betreffend,

vom 9. November 1882.

Von Gottes Gnaden Wir, **Günther Friedrich Woldemar,** regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg etc. etc. verordnen mit Zustimmung des Landtages was folgt:

§ 1.

Der Zeitpunkt, von welchem ab die Grundsteuer von den Liegenschaften nach den Ergebnissen der in Gemäßheit des Gesetzes vom 12. September 1877 stattgehabten Grundsteuerveranlagung zu erheben ist, wird hierdurch auf den

1. Januar 1883

festgesetzt.

§ 2.

Unsere Regierung wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Detmold, den 9. November 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

№ 38.
Verordnung
vom 9. November 1882, die Organisation der Kataster-Verwaltung betreffend.

§ 1.

Für die Verwaltung der Grund- und Gebäudesteuer im hiesigen Lande (§ 5 u. ff. des Gesetzes vom 12. September 1877, die Grundsteuer von den Liegenschaften betreffend, sowie § 12 und ff. des Gesetzes vom 28. Februar 1878 die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer betreffend) wird mit höchster Genehmigung vom 1. Januar 1883 ab in Detmold eine Fürstliche Kataster-Inspection errichtet, deren technisches Personal bis auf Weiteres aus einem Kataster-Inspector, einem Kataster-Secretair und einem Kataster-Gehülfen besteht. Außerdem werden zur Wahrnehmung der örtlichen auf die Fortführung der Grund- und Gebäudesteuer-Documente bezüglichen Arbeiten im Lande drei Katastergeometer bestellt, deren Bezirke sich in folgender Weise abgrenzen.

Der I. Vermessungs-Bezirk, mit der Stadt Detmold als Stationsort des Katastergeometers, umfaßt die Städte und Aemter Detmold, Horn und Lage und das Amt Oerlinghausen.

Der II. Vermessungs-Bezirk mit der Stadt Lemgo als Stationsort des Katastergeometers umfaßt die Städte Lemgo und Salzuflen und die Aemter Brake, Hohenhausen, Schötmar und Varenholz.

Der III. Vermessungs-Bezirk mit der Stadt Blomberg als Stationsort des Katastergeometers umfaßt die Städte Barntrup und Blomberg, den Flecken Schwalenberg, sowie die Aemter Blomberg, Schieder, Schwalenberg, Sternberg-Barntrup einschl. der Bauerschaft Almena und des Verwaltungsamtes Lipperode-Cappel.

§ 2.

Dem Kataster-Inspector liegt das Referat in Kataster- und Vermessungssachen im Regierungs-Collegium ob. Derselbe hat als Decernent die auf die Grund- und Gebäudesteuer-Verwaltung und das Vermessungswesen bezüglichen Geschäftssachen der Regierung, sowie auch sonstige in den Geschäftsbereich der Kataster-Verwaltung fallende Angelegenheiten zu bearbeiten. Daneben liegt demselben die specielle Leitung des Bureaus der Katasterinspection, die Revision der Amtsführung und der Arbeiten der Katastergeometer und Bureaubeamten, ferner die Festsetzung der Gebühren für die von den Beamten der Kataster-Verwaltung ausgeführten Arbeiten ob. Insbesondere hat derselbe für die ordnungsmäßige Fortführung und den rechtzeitigen jährlichen Abschluß der Grundsteuer-Documente und Gebäudesteuer-Kataster Sorge zu tragen.

§ 3.

Die Beamten der Kataster-Inspection haben unter Mitwirkung und

Leitung des Kataster-Inspektors die Vollständigkeit und Brauchbarkeit der von den Grundeigenthümern oder Behörden ꝛc. eingereichten Unterlagen zur Fortschreibung der Grund- und Gebäudesteuer-Kataster zu prüfen und darnach die Katasterbücher und Karten nach den näheren Bestimmungen der zu erlassenden Anweisung über das Verfahren bei der Fortschreibung der Grundsteuerbücher und Karten bei der Gegenwart zu erhalten, sowie die auf die Fortführung der Kataster-Documente und auf die Ausfertigung von Auszügen bezw Copien aus den Karten und Büchern gerichteten Anträge der Behörden und Grundeigenthümer zu bearbeiten.

§ 4.

Die Katastergeometer haben, nach Maßgabe der für dieselben zu erlassenden Geschäftsanweisung, innerhalb ihres Vermessungsbezirks die auf die Fortführung der Kataster bezüglichen Vermessungs-Arbeiten nach den Vorschriften der zu ertheilenden Vermessungs-Anweisung für das Verfahren bei den Vermessungen behufs Fortschreibung der Grundsteuer-Bücher und Karten auszuführen, soweit ihnen solche von den Grundbesitzern übertragen werden, und die Ergebnisse derselben zur Umschreibung im Kataster vorzubereiten. Dieselben haben ferner auf Ansuchen den Verkehr der Grundeigenthümer mit der Kataster-Inspection bezüglich sämmtlicher die Kataster-Verwaltung betreffenden Anträge zu vermitteln und den Grundeigenthümern jede thunliche ihr Eigenthum betreffende Auskunft zu ertheilen.

Der Bezirksgeometer hat die Fortschreibungs-Vermessungs-Arbeiten gegen die nach dem Gebührentarif amtlich festzusetzenden tarifmäßigen Gebühren bzw. den ihm ausgeworfenen Gehalt zu bewirken.

Die Einziehung der Gebühren für diese Arbeiten erfolgt ausschließlich durch die Steuerkassen nach Maßgabe der für die Steuererhebung geltenden Vorschriften. Die Grundbesitzer haben, nach erfolgter Benachrichtigung über den Betrag der Gebühren, solche innerhalb 4 Wochen an die Steuerkassen zu entrichten.

Der Katastergeometer ist verpflichtet, die einzelnen Vermessungs-Aufträge thunlichst schleunig, längstens aber binnen 6 Wochen auszuführen, soweit die Vornahme örtlicher Arbeiten nicht durch ungünstige Witterungs-Verhältnisse oder sonstige triftige Hindernisse während dieser Zeit unausführbar gemacht wird.

Den Katastergeometern ist gestattet, mit Genehmigung der Kataster-Inspection geometrische Privatarbeiten jeder Art auszuführen. Die dafür zu liquidirenden Gebühren werden auf Antrag der Auftraggeber gleichfalls durch den Kataster-Inspector festgesetzt, jedoch nicht im Verwaltungswege eingezogen.

§ 5.

Die vorgesetzte Dienstbehörde der Katasterbeamten ist die Fürstliche Regierung.

§ 6.

Die etwa durch concessionirte Privatgeometer ausgeführten Fortschreibungs-Vermessungs-Arbeiten sind, abgesehen von dem Kostenwesen, nach den für die Katastergeometer bestehenden Vorschriften der Geschäftsanweisung zu behandeln und müssen den hier gegebenen Vorschriften, sowie denjenigen der Anweisung für das Verfahren bei den Vermessungen behufs der Fortschreibung der Grundsteuerbücher und Karten nebst den etwa bestehenden sonstigen Vorschriften entsprechen, um als Unterlagen für die Fortschreibung der Grundsteuer-Documente und die Eintragungen im Grundbuch verwendet werden zu können.

§ 7.

Die Landes-Kataster-Kommission wird zum 1. Januar 1883 aufgelöst. Von diesem Zeitpunkt an sind demnach sämmtliche auf die Fortführung der Kataster, auf Abänderung, Berichtigung, Befreiung oder Erstattung von Grund- oder Gebäudesteuerbeträgen 2c. gerichteten Verfügungen, Mittheilungen, Anträge und Berichte an die Fürstliche Kataster-Inspection zu richten. Ebenso sind bei derselben alle Anträge auf Kartenextracte, Auszüge aus den Katasterbüchern bezw. Fortschreibungs-Documenten entweder mündlich oder schriftlich anzubringen.

Die Anträge auf Fortschreibungs-Vermessungs-Arbeiten, bezw. auf Vorbereitung der für die Umschreibung in den öffentlichen Büchern erforderlichen, gemäß § 6 des Gesetzes vom 12 September 1877 von den Grundeigenthümern beizubringenden Unterlagen sind in der Regel bei den zuständigen Katastergeometern mündlich oder schriftlich anzubringen, können aber auch bei der Kataster-Inspection direct gestellt werden.

§ 8.

Die von den Grundeigenthümern gemäß § 6 des Grundsteuergesetzes zu erstattenden Anmeldungnn über Veränderungen im Besitzstand, welche die Steuerpflichtigkeit, Steuererhöhung oder Steuerfreiheit eines Grundstückes bedingen, oder über Veränderungen an den Hofräumen und Gebäuden (§§ 5 bis 7 des Gesetzes vom 12. September 1877) sind bei der Kataster-Inspection oder den Katastergeometern anzubringen

Außerdem sind jedoch die Seitens der Gebäude-Eigenthümer anzuzeigenden Veränderungen im Gebäudebestande (§ 13 Abs. 3 des Gebäude-Steuer-Gesetzes) bis auf Weiteres noch wie bisher bei den Bezirks-Verwaltungsbehörden anzubringen.

Detmold, den 9. November 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 18. November 1882.

№ 39.

Verordnung,
die Abänderung des § 6 der Verordnung wegen der Emeritirung der reformirten Pastoren des Landes vom 29. August 1878 betreffend,
vom 16 November 1882.

Von Gottes Gnaden Wir, **Günther Friedrich Woldemar,** regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg etc. etc. verordnen unter Zustimmung der Landessynode wie folgt:

§ 1.

§ 6 zweiter Absatz der Verordnung, die Emeritirung der reformirten Pastoren des Landes betreffend, vom 29. August 1878 wird in der Art abgeändert, daß er lautet:

Wenn das dem Nachfolger verbleibende Einkommen nicht die Höhe des Einkommens erreicht, welches ihm nach seinem Dienstalter zusteht, so wird die fehlende Summe aus der Synodalkasse zugeschossen.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit der Publication in Kraft, und wird Unser Consistorium mit der Ausführung derselben beauftragt.

Detmold, den 16. November 1882.

Woldemar, Fürst zur Lippe.

Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 29. November 1882.

№ 40.

Allgemeine Verfügung,

die Verpflichtung zur Tragung der durch die Arrestation, die Verpflegung und den Transport von Bettlern, Vagabunden u. s. w. verursachten Kosten betreffend, vom 23. November 1882.

Da nach erstatteten Berichten über die Verpflichtung zur Tragung der durch die Arrestation, die Verpflegung und den Transport von Bettlern, Vagabunden u. s. w. verursachten Kosten, namentlich auch über die Auslegung und Handhabung des §. 42 der Gemeindeordnung vom 2. März 1841 unter den Gerichten des Landes vielfache Meinungsverschiedenheiten bestehen, so wird behufs Herbeiführung einer einheitlichen Praxis für die in Rede stehenden Fälle Folgendes bestimmt:

1. Die Kosten, welche durch die Arrestation eines nicht zahlungsfähigen Bettlers, Vagabunden u. s. w., sowie durch dessen Transport zum Gerichtssitze entstehen, sind als rein polizeiliche zu betrachten und aus der Gemeindecasse des betreffenden Verwaltungsbezirks zu bezahlen.

2. Sobald jedoch in einem derartigen Straffalle das Gericht in irgend einer Weise thätig geworden ist, sei es durch Erlaß eines Haftbefehls, durch Vorführung des Beschuldigten vor den Richter, durch Urtheil oder durch Vollziehung der erkannten Strafe, so erfolgt die Bezahlung der durch die Ausführung der gerichtlichen Maßregeln verursachten Kosten aus der Gerichtssportelncasse.

3. Ist bei der Verurtheilung eines Bettlers, Vagabunden u. s. w. zur Haft zugleich die Ueberweisung der verurtheilten Person an die Landespolizeibehörde nach vollzogener Strafe erkannt worden, so geschieht die Ablieferung in das Arbeitshaus zur Verbüßung der von der Landespolizeibehörde festgesetzten Nachhaft, bzw. zur weiteren Detention bis zur erfolgten Entscheidung der Landespolizeibehörde nach der Allgemeinen Verfügung, die von den Beamten der Staatsanwaltschaft an andere Behörden zu machenden Mittheilungen betr., vom 12. September 1879 (Art. I, A, II, 4 letzter Absatz) direct von den Gerichten ohne Vermittelung der Orts-Polizeibehörden und zwar lediglich in Ausführung oder behuf Ausführung der von der Landespolizeibehörde erlassenen oder zu erlassenden Entscheidungen, es fallen daher die dadurch veranlaßten Kosten ebenso, wie die für Verpflegung während der Nachhaft, oder aber für den Transport über die Landesgrenze, falls dem Verurtheilten der Aufenthalt im hiesigen Lande landespolizeilich verweigert ist, der Regierung als der Landespolizeibehörde zu und sind mithin aus der Landcasse zu zahlen, nicht aber von den Gemeinden zu tragen.

Detmold, den 23. November 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.

Gesetz-Sammlung

für das

Fürstenthum Lippe.

Detmold, den 30. December 1882.

№ 41.

Verordnung, die Hebung der Grundsteuer von den Liegenschaften betreffend, vom 28. December 1882.

In Folge eines dieserhalb von dem Landtage ausgesprochenen Wunsches, sowie in Rücksicht auf das noch anhängige Verfahren über die gegen die neue Vermessung und Grundsteuerveranlagung erhobenen Reclamationen wird der durch das Gesetz vom 9. November 1882, die Hebung der Grundsteuer von den Liegenschaften betreffend, auf den 1. Januar 1883 festgesetzte Zeitpunkt, von welchem ab die Grundsteuer von den Liegenschaften nach den Ergebnissen der in Gemäßheit des Gesetzes vom 12. September 1877 stattgehabten Grundsteuerveranlagung zu erheben ist,

auf den 1. Juli 1883

hinausgeschoben.

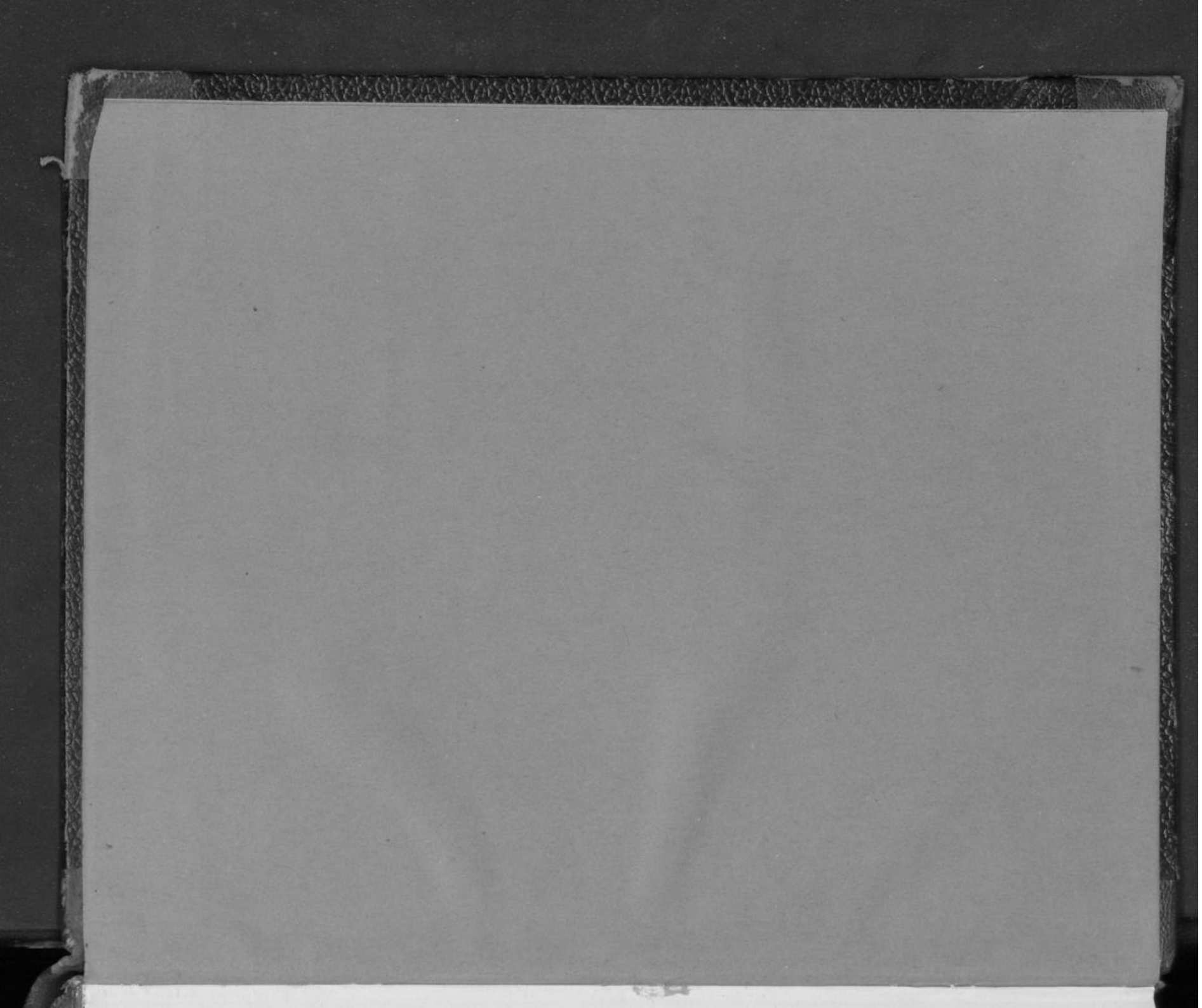
Bis dahin bildet demnach das bisherige Grundsteuer-Catáster die Grundlage nicht nur für die Grundsteuer-Hebung, sondern auch für die eintretenden Besitzveränderungen

Für das Halbjahr vom 1. Januar bis 1. Juli 1883 kommen drei Simpla der bisherigen Grundsteuer für die Landkasse zur Hebung.

Im Uebrigen bleibt die Verordnung vom 9. November 1882, die Organisation der Catáster-Verwaltung betreffend, nach welcher die Verwaltung der Grund- und Gebäudesteuer vom 1. Januar 1883 ab von der bisherigen Landes-Catáster-Commission auf die Fürstliche Catáster-Inspection übergeht, auch für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1883 in Kraft.

Detmold, den 28. December 1882.

Fürstliches Cabinets-Ministerium.
Eschenburg.





HN006949423
HT013359847